



universität
wien

MASTERARBEIT/MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Entwicklung, Infrastruktur und Macht:

Inwiefern stellt das chinesische Modell eine Alternative für Entwicklung in Afrika dar?“

verfasst von / submitted by

Aleksandar Kolja Forstbauer B.A.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2023 / Vienna, 2023

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von / Supervisor:

Mag. Dr. Helmut Krieger

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
1. Theoretischer Ansatz.....	7
<i>1.1 Entwicklung als Hierarchie.....</i>	<i>7</i>
<i>1.2 Chinas Verortung im Welt-System</i>	<i>18</i>
2. Die sino-afrikanischen Beziehungen.....	26
<i>2.1 Der Aufstieg Chinas</i>	<i>26</i>
<i>2.2 Das Interesse Pekings an Afrika</i>	<i>37</i>
3. Methode.....	50
4.1 Das chinesische Entwicklungsmodell	53
<i>4.1 Merkmale des chinesischen Entwicklungsmodells.....</i>	<i>53</i>
<i>4.2 Potentiale und Gefahren des chinesischen Modells: Eine Alternative?</i>	<i>67</i>
5. Schlussfolgerungen und Ausblick.....	85
Literaturverzeichnis.....	91
Anhang	97

Abkürzungsverzeichnis

BC = Beijing Consensus
BRI = Belt and Road Initiative
COP = Co-evolutionary Pragmatism
CPC = Communist Party China
FDI = Foreign Direct Investment
KPCh = Kommunistische Partei China
MDG = Millennium Development Goals
NDP = National Development Plan
ODA = Official Development Aid
SAP = Structural Adjustment Program
SDG = Sustainable Development Goals
SME = Small-to-Medium-Sized-Enterprises
WC = Washington Consensus
WS = Welt-System
WST = Welt-System-Theorie
Z-SP-P = Zentrum – Semi-Peripherie – Peripherie

Abstract

Diese Masterarbeit untersucht vor dem Hintergrund der Welt-System-Theorie von Wallerstein, die chinesischen Entwicklungsmaßnahmen auf dem afrikanischen Kontinent und fragt nach deren Eignung als Alternative zu den Modellen des Globalen Nordens. Zu diesem Zweck wird die Position Chinas innerhalb des Welt-Systems untersucht und die Aktualität der Theorie Wallersteins geprüft.

Werden statistische Indikatoren herangezogen, wird China meist als Semi-Peripherie klassifiziert. Gleichzeitig sind sich die Forscher*innen über die transzendente Rolle Chinas innerhalb des Welt-Systems einig. Ein Beispiel stellen die Entwicklungsprojekte auf dem afrikanischen Kontinent dar. Die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Einflüsse übersteigen die einer Semi-Peripherie. Peking bietet alternative Finanzierungsmodelle an und stellt den Aufbau von Infrastruktur sowie die Förderung der Industrialisierung in den Vordergrund. Auf diese Weise grenzt sich China praktisch wie diskursiv vom Globalen Norden ab und stellt hegemoniale Ansprüche.

Das chinesische Entwicklungsmodell (obgleich schwer definierbar) kann als Alternative für afrikanische Länder fungieren. Der (wirtschaftliche) Strukturwandel wird durch flexible Kredite angestoßen und die Präsenz Chinas hat die Entstehung einer Wettbewerbsdynamik unter den Geber*innen zur Folge – zugunsten der afrikanischen Partner*innen. Negativ wirken sich hingegen die teils intransparenten chinesischen Finanzierungsstrukturen und die Nichtbeachtung ökonomischer, politischer und ökologischer Folgen aus. Peking strebt die Verbesserung der eigenen Position innerhalb des Welt-Systems an und trägt auf diese Weise zur Aufrechterhaltung ungleicher kapitalistischer Ausbeutungsmechanismen bei.

This Master's thesis examines China's development efforts on the African continent against the backdrop of Wallerstein's world-system theory and questions their suitability as an alternative to the models of the Global North. To this end, China's position within the world system is examined and the relevance of Wallerstein's theory is tested.

When statistical indicators are used, China is usually classified as a semi-periphery. At the same time, researchers agree on China's transcendent role within the world system. One example is the development projects on the African continent. The economic, political and social influences exceed those of a semi-periphery. Beijing offers alternative financing models and prioritises the development of infrastructure and the promotion of industrialisation. In this way, China distinguishes itself from the Global North, both practically and discursively, and makes hegemonic claims.

The Chinese development model (although difficult to define) can function as an alternative for African countries. The (economic) structural change is triggered by flexible loans and China's presence has led to the emergence of a competitive dynamic among donors - to the benefit of African partners. On the other hand, the partly non-transparent Chinese financing structures and the disregard of economic, political and ecological consequences have a negative impact. Beijing strives to improve its own position within the world system and in this way contributes to the perpetuation of unequal capitalist mechanisms of exploitation.

Einleitung

Chinas Erfolgsgeschichte in Verbindung mit der anhaltenden Präsenz auf dem afrikanischen Kontinent bieten wichtige Aufschlüsse darüber, wie Entwicklung angestoßen werden könnte und zeigt auf, wie die chinesische Regierung seine eigene Zukunft gestalten und gleichzeitig die internationalen Partner*innen anleiten möchte: durch die Förderung der Industrialisierung, den Ausbau von Infrastruktur, die Anziehung von Foreign Direct Investment (FDI) sowie durch die Ablehnung von konditionalen Krediten und die Achtung staatlicher Souveränität. Gleichzeitig zeigt der Fall China, wie Ideen von „Entwicklung“ auf internationaler Ebene konkurrieren können. Das chinesische Engagement auf dem afrikanischen Kontinent stellt einen Bruch mit der Hilfe im "traditionellen" Sinne dar. Durch die Einführung kommerzieller Kredite und durch die Rückbesinnung auf modernisierungstheoretische Annahmen hat Peking einen Gegenpol zur Geber-Empfänger-Beziehung geschaffen. Das Auftreten Pekings ist daher in zweierlei Hinsichtlich bemerkenswert. Zum einen, weil afrikanische Länder einen großen Bedarf bezüglich des Aufbaus von Infrastruktur und der Förderung der Industrialisierung haben, womit auf mögliche positive Effekte für Entwicklung verwiesen wird. Zum anderen, weil jene engagierten Investitionen neue partnerschaftliche und politische Bündnisse zur Folge haben, welche den hegemonialen Status quo infrage stellen könnten.

Die chinesische Regierung geht einen Weg, der die nationale Industrialisierung fördert und sich abseits von Konditionalitäten bewegt – antagonistisch zur „traditionellen“ Variante. Die Gegensätze werden diskursiv vorangetrieben, indem der Aufbruch der kolonialen wie imperialistischen Hegemonie gefordert wird. Die wissenschaftliche und politische Relevanz des vorgeschlagenen Themas beruht auf der Annahme, dass „Entwicklung“ heute in gewisser Weise globale Ziele vorgeben muss, wodurch der Schein einer einheitlichen Idee von „Entwicklung“ erweckt werden könnte. In der tatsächlichen Ausführung aber finden wir ein Konglomerat höchst differenzierbarer, teils konträrer Ansätze vor, die, eingebettet in das globale hierarchische Wirtschafts- und Machtgefüge, ganz eigene Interessen verfolgen. Die dieser Forschung zugrundeliegende Analyse greift jene Frage der Machtgefüge und Hierarchien im Rahmen der Welt-System-Theorie (WST) von Wallerstein auf und untersucht, welche Position China im Welt-System (WS) einnimmt, welche Faktoren den Aufstieg Chinas begünstigt haben, welches Interesse am afrikanischen Kontinent besteht, wie die Definition des chinesischen Entwicklungsmodells ausfällt und inwiefern das chinesische Entwicklungsmodell eine Alternative zu den Modellen des Globalen Nordens darstellt.

Diese Arbeit ist in drei Felder unterteilt. Das erste Kapitel fasst die Merkmale der WST zusammen und fragt nach Chinas Verortung im WS. Die WST wird deshalb herangezogen, weil sie einerseits hegemoniale Struktur und Abhängigkeiten (historisch) darstellen kann. Andererseits beschreibt sie die Abfolge von Zyklen, die zum Auf- und Abstieg von Staaten führen können. Wallersteins Theorie dient innerhalb dieser Arbeit zur Erklärung möglicher konfliktiver Dynamiken. Grund dafür ist die Ausgangssituation von Zentrum, Semi-Peripherie und Peripherie (Z-SP-P). Das Modell der Blöcke wird bezüglich der Dreiteilung überprüft bzw. angefechtet. Gleichzeitig rückt dies die Frage der Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der WST in den Raum.

Das zweite Kapitel schildert den Aufstieg Chinas mit Verweis auf jene Mittel, Reformen oder Ideologien, die das Land zur zweitgrößten Volkswirtschaft haben aufsteigen lassen. Ebenso wird das Interesse Pekings an Afrika, bzw. die sino-afrikanischen Beziehungen beleuchtet. Indem das Wachstum Chinas hinsichtlich der Gründe untersucht wird, kann ein Verständnis für die chinesische Idee von „Entwicklung“ gewonnen werden. Eine Analyse der sino-afrikanischen Beziehungen ist deshalb relevant, weil sie Rückschlüsse bezüglich der Interessen, Form und Dynamiken der Zusammenarbeit zulässt.

Durch das letzte Kapitel werden die bis dato gewonnen Erkenntnisse vereint und der Versuch einer Definition des chinesischen Entwicklungsmodells unternommen unter Berücksichtigung der Position Chinas im WS, der Lehren der letzten Jahrzehnte und der chinesischen Interessen auf dem afrikanischen Kontinent. Mit der Ausformulierung der Merkmale kann anschließend eine Diskussion der Potentiale und Gefahren des chinesischen Entwicklungsmodell gestartet werden.

1. Theoretischer Ansatz

Die Welt-System-Theorie dient als theoretischer Ansatz und soll Aufschluss darüber liefern, inwiefern die heutige Weltmarktstruktur (abgeleitet aus den historisch-hierarchischen Verhältnissen) die afrikanische Entwicklung beeinflusst und wie das Auftreten Chinas auf dem Kontinent Möglichkeiten sowie Gefahren für Entwicklung birgt. Dieses Kapitel befasst sich mit der Definition der Merkmale der WST sowie der Frage danach, welche Position China im Welt-System einnimmt.

Zentral für Wallersteins Weltauffassung ist die enge Verbindung zwischen dem Kapitalismus und die daraus gründende Weltordnung von Zentrum, Semi-Peripherie und Peripherie (Z-SP-P). Der Kolonialismus in Kombination mit dem kapitalistischen Zwang zur Kapitalakkumulation hätten eine Weltordnung geschaffen, innerhalb derer einige wenige Länder vom globalen Warentausch profitieren würden, während andere Länder in ihrer Entwicklung gehemmt werden. Wallerstein verweist auf ein historisch geborenes, vertikales Machtverhältnis zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden und rückt den Handel zwischen Ländern in den Vordergrund, um jene hierarchischen Machtverhältnisse aufzudecken.

Die Positionen innerhalb des WS seien zwar nicht bindend, trotzdem würden die Zentrumsländer versuchen ihre Vorteile und Interessen (ökonomisch, politisch, kulturell und militärisch) zu bewahren. Dennoch ist es China gelungen einen eklatanten Sprung zu machen, was auch Wallerstein zu der Aussage hat hinreißen lassen, dass sich das aktuelle WS womöglich in einer Krise befindet. Der zweite Teil dieses Kapitels sucht daher nach Antworten bezüglich Pekings tatsächlichem Einfluss und fragt, wie China innerhalb des WS bewertet werden sollte: Wirtschaftlich kann von einer Semi-Peripherie ausgegangen werden, wohingegen der politische Einfluss den einer Semi-Peripherie übersteigt. Viele Autor*innen, und auch Wallerstein, definieren das WS daher als ein sich im Umbruch befindendes System und schlagen das Konzept von China als „Quasi-Zentrum“ oder ein Modell mit multiplen Zentren vor.

1.1 Entwicklung als Hierarchie

Der Kapitalismus und das Welt-System – Historische Wurzeln

Für Wallerstein sind der Kapitalismus und das Welt-System ein sich gegenseitig bedingender Mechanismus. Die historischen Wurzeln des Welt-Systems erkennt Wallerstein in der Geburt des Kapitalismus, welche er auf das 16. Jahrhundert datiert. Er argumentiert: „[d]er Imperativ

der unendlichen Akkumulation von Kapital erzeugte den Bedarf an unablässigem technologischen Wandel sowie ständiger Expansion der geografischen, psychologischen, intellektuellen und (natur-)wissenschaftlichen Grenzen“ (Wallerstein 2018: 5). Das Wesen des Kapitalismus wird als ein sich ausbreitendes beschrieben, das sich auf verschiedene Bereiche des Zusammenlebens auswirkt und neue Grenzen setzt.

Jene Wirkung des Kapitalismus wurde begleitet von einer anhaltenden Differenzierung innerhalb der Universitäten (vgl. ebd.: 6). Wallerstein erschließt zwei Lager: Die Philosophie und die Naturwissenschaft. Während „[d]er Schwerpunkt der Naturwissenschaften [...] auf empirischer (gar experimenteller) Forschung und der Prüfung von Hypothesen [lag], [betonten] [d]ie Humanwissenschaften hingegen [...] das empathische Einfühlen, das später hermeneutisches Verstehen genannt wurde“ (ebd.: 7). Zwischen diese beiden Ansätze drängelten sich die Sozialwissenschaften, welche sowohl zu der naturwissenschaftlichen als auch der humanistischen Weise tendierten (vgl. ebd.: 8). Das Aufkommen der Sozialwissenschaften entsprang als Antwort auf die Erkenntnisse der Französischen Revolution: „Wenn politischer Wandel nun als normal angesehen wurde und die Souveränität beim Volk lag, wurde es für jeden unerlässlich zu verstehen, wie sich Art und Geschwindigkeit des Wandels erklären ließen und wie ‚das Volk‘ zu den Entscheidungen kam/kommen konnte, die es angeblich trifft“ (ebd.: 8).

In der Zeit des Kolonialismus und des Imperialismus, so Wallerstein, hätten jene Entwicklungen zu einer Forschung geführt, welche zunächst von ihrer eigenen europäischen bzw. nordamerikanischen Geschichte ausgeht, „[d]as heißt, die geschriebene und gelehrte Geschichte war zunächst vor allem die Geschichte dieser [...] Nationen“ (ebd.: 10). Erst durch den Kontakt mit jenen Zivilisationen, die über „Geschichte“ verfügen, würde „eingefrorene“ Zustand dieser Völker aufgetaut und zukünftigen kulturellen Wandel möglich machen (vgl. ebd.: 13).

Mit Ende des Zweiten Weltkrieges setzen drei Entwicklungen ein, welche die Prägung des Begriffs „Entwicklung“ beeinflussen: Die USA stechen als sogenannte Hegemonialmacht hervor, die ehemaligen Kolonien der „Dritten Welt“ werden Spielfeld der politischen Machtkämpfe zwischen Ost und West und Demokratisierungstendenzen beschleunigen die Ausbreitung des Universitätssystems auf dem Globus (vgl. ebd.: 14). Daraus formte sich ein Entwicklungsdenken, das davon ausging, „dass sich die einzelnen Einheiten – ‚Nationalgesellschaften‘ – grundsätzlich alle auf dieselbe Art und Weise [...] jedoch in unterschiedlichen Schritten entwickelten“ (ebd.: 15). Dies bedeutete, „dass der am ‚weitesten entwickelte‘ Staat sich selbst als Modell für die ‚weniger entwickelten‘ Staaten anbieten konnte und letztere so zu einer Art Mimikry drängte und ihnen einen höheren Lebensstandard sowie eine liberalere staatliche Struktur (‚politische Entwicklung‘) am Ende des Regenbogens versprach“ (ebd.: 15).

Die Modernisierungstheorie von Walt Whitman Rostow

Den Grundstein der Modernisierungstheorie legt der US-amerikanische Ökonom und Wirtschaftshistoriker Walt Whitman Rostow. Er definiert mithilfe von fünf Wachstumsstadien ein Stufenmodell, welches aufbauend auf einer Analyse von historisch-ökonomischen Faktoren die Kategorisierung einer vorab determinierten Vorstellung vom Entwicklungsfortschritt einer Gesellschaft ermöglichen soll. „[J]ede Gesellschaft“, so Rostow, „[kann] in wirtschaftlicher Hinsicht einer von fünf Kategorien [zugeordnet werden]: der traditionellen Gesellschaft; der Anlaufperiode [...]; der Periode des wirtschaftlichen Aufstiegs; der Entwicklung zur Reife; und dem Zeitalter hohen Massenkonsums“ (Rostow 1960: 45). Dem Stufenmodell wohnt eine auf wirtschaftliche und technologische Faktoren basierende Definition von Entwicklung inne. Rostow plädiert konsequenterweise zur „Entwicklung“ dieser zwei Variablen. Folglich müssen Gesellschaften die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufstieg schaffen, indem „die Erkenntnisse der modernen Wissenschaft sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie in neue Produktionsfunktionen übersetzt [werden]“ (ebd.: 47).

Dieser Schritt gilt für Rostow als Basis um den Weg für (kapitalistisches) Wachstum freizumachen: „Die treibenden Kräfte des wirtschaftlichen Fortschritts [...] expandieren und beginnen die Gesellschaft zu dominieren“ (ebd.: 49). Das sich anschließende Reifestadium wird erreicht, „indem die Wirtschaft zeigt, dass sie fähig ist, über die ursprünglichen Industrien hinauszuwachsen [...] und die Errungenschaften der (zu diesem Zeitpunkt) modernen Technologie wirkungsvoll auf sehr viele ihrer Ressourcen [...] anzuwenden“ (ebd.: 52). Das letzte Stadium, der hohe Massenkonsum, bewirkt eine Verschiebung der „führenden Wirtschaftssektoren in Richtung dauerhafter Konsumgüter und Dienstleistungen“ (ebd.: 52). In diesem Sinne ist der Prozess bis zum Erreichen der letzten Stufe jeweils identisch, das Durchlaufen des vorgelagerten Stadiums obligatorisch.

Walt Whitman Rostow begründet ein Fortschreiten von Entwicklung primär auf Basis von technologischem und ökonomischen Fortschritt (Industrialisierung). Sie seien der Nährboden, auf welchem die gesellschaftliche und politische Evolution vorangetrieben werden könnte und final, basierend auf der dem Liberalismus immanenten Prämisse des Kapitalismus, vorangetrieben werden müsste. Für Rostow begünstigen sich Technologie und Wirtschaft. Gesellschaftliche Strukturen entstehen, weil sie sich den neu aufkommenden Produktionsprozessen anpassen. Umgekehrt bleibt der Aufstieg zur nächsten Stufe aus, sofern die Hauptcharakteristika der traditionellen Gesellschaft (ihre Politik, ihre soziale Struktur, ihre Werteskala und Wirtschaft) nicht überwunden werden können (vgl. ebd.: 47).

Die Abstinenz einer funktionierenden modernen Wirtschaft hat für Rostow somit nicht nur Auswirkungen auf den Kapitalmarkt. Unmittelbar verwoben mit den Anforderungen einer sich entwickelten Ökonomie sind Fragen der Infrastruktur, der gesellschaftlichen Organisation, der Verfügbarkeit von Kapital an sich sowie Fragen, die kulturelle Faktoren betreffen. Dieser Annahme liegt die These zugrunde, dass etwaige Strukturanpassungen an den Kapitalmarkt und Investitionen in denselben, Bildung und Modernisierung begünstigen. Im Vergleich zur WST lokalisiert sich eine zentrale Differenz, denn die Modernisierungstheorie erkennt, dass sich die Entwicklungswege der Staaten historisch, kulturell und wirtschaftlich unterscheiden (vgl. Lubienska, Ewelina Róža 2014: 435). Als die Strukturanpassungsprogramme der 80er Jahre als strategische Fahrtrichtung ausgemacht wurden, konnten in den darauffolgenden Jahren einige der befürchteten negativen Effekte beobachtet werden. Primär der Austausch zwischen industrialisierten und weniger industrialisierten Länder erfuhr ein bemerkenswertes Ungleichgewicht. Indem die Organisation der Volkswirtschaften der Peripherie den Bedürfnissen des Zentrums unterlag, konnten diese den internationalen Markt zugunsten eigener Produkt- und Wertsteigerungen manipulieren (vgl. ebd.: 435).

Die strukturelle Organisation des Welt-Systems

Diese Idee einer deterministischen Entwicklung lehnt Wallerstein ab. In seiner Analyse verweist auf die strukturelle Organisation des Welt-Systems, welche die Abhängigkeiten der Peripherie und Semi-Peripherie zugunsten des Zentrums fördere. Die von ihm beschriebenen Welt-Systeme sind keine Nationalstaaten, sondern einen „Raum-Zeit-Bereich, der quer durch viele politische und kulturelle Einheiten verläuft und einen integrierten Bereich von Aktivitäten und Institutionen repräsentiert, die bestimmten systemischen Regeln folgen“ (Wallerstein 2018: 22). Eine kapitalismuskritische Analyse ist der Welt-System-Theorie konsequenterweise inhärent. Dessen konstitutiver Drang zu Kapitalakkumulation und technologischem Fortschritt fungiert als Ausgangspunkt der Analyse.

Die Kritik zielt nicht auf die Vereinfachung komplexer Sachverhalte ab. Eher soll das Welt-System in seiner komplexen „Ganzheit“ erfasst werden, um „alle sogenannten einfachen Variablen komplexer zu gestalten und in einen Kontext zu stellen, um reale soziale Situationen zu verstehen“ (ebd.: 25). Die besonderen Dynamiken, welche die Ansammlung, Herstellung und Verbreitung von Wissen begleiten, werden hervorgehoben. Der (un)bewussten Etablierung von „Grand Narratives“, so die Welt-System-Theoretiker*innen, kann nicht entkommen werden (wohl wissend, dass manche Wissensaktivitäten den zu darstellenden Inhalt besser wiedergeben können als andere) (vgl. ebd.: 27).

Das moderne Welt-System schließt eine aus diversen politischen Einheiten, zwischenstaatlichen Systemen, Kulturen, Religionen und Sprachen bestehenden Welt-Wirtschaft ein (vgl. Wallerstein 2018: 29). Wallerstein definiert jene Welt-Wirtschaft als „eine große geografische Zone, in der es Arbeitsteilung und folglich einen signifikanten internen Austausch von lebenswichtigen Gütern sowie Kapital- und Arbeitsströme gibt“ (ebd.: 29). Wie bereits besprochen, ist der Kapitalismus in der wallersteinschen Analyse ein struktur-gebendes Merkmal der Welt-Wirtschaft aufgrund seines Zwangs zur Kapitalakkumulation (vgl. Wallerstein 2018: 30). Weil die Welt-Wirtschaft ein Konglomerat an Diversität sei, bräuchte sie die kapitalistische Stütze, [d]a es den Welt-Wirtschaften an einer alles umspannenden politischen Struktur oder homogenen Kultur fehlt, hält sie nur noch die Wirksamkeit der Arbeitsteilung zusammen“ (ebd.: 30). Die Arbeitsteilung erfolgt durch die global-hierarchische Aufteilung in Zentrum, Semi-Peripherie und Peripherie. Jede Zone erfüllt eine eigene Funktion innerhalb der internationalen Arbeitsteilung, „related to the degree of capital-versus labor-intensity of production process and/or the costs/remuneration for the commodities or goods produced in each area“ (Komlosy & Nolte 2018: 4). Während die Zentren aufgrund von industriellen Vorteilen ihren Fokus auf kapitalintensive Produktionsprozesse legen können, fungieren die Länder der Peripherie primär als Rohstoff- und Landwirtschaftslieferanten (vgl. ebd.: 4). Die Semiperipherie stellt jene Kategorie von Ländern dar, die den Raum der Peripherie verlassen haben, aber aufgrund der noch zu geringen Kapitalkraft nicht dem Zentrum zugerechnet werden können.

Jene „Makrostruktur“ von Z-SP-P sei wiederum unterbaut von Mikrostrukturen, die in der Form von Institutionen oder globalen Prozessen auftreten können (vgl. Wallerstein 2018: 30). Eine klassische Institution, die sowohl intra- als auch inter-staatliche Funktionen ausübt, ist der Markt. Er „stellt sowohl eine konkrete örtliche Struktur dar, in der Individuen oder Firmen Waren verkaufen und kaufen können, als auch eine virtuelle, raumübergreifende Institution für dieselben Transaktionen“ (ebd.: 31). Am Beispiel des Marktes können die relationalen Effekte der Welt-System-Theorie veranschaulicht werden: Im Sinne der Kapitalakkumulation ist es Ziel die Profitrate zu steigern, denn „Verkäufer präferieren stets ein Monopol, denn dann können sie eine relativ große Marge zwischen den Produktionskosten und Verkaufspreisen schaffen“ (ebd.: 32). „Echte“ Monopole seien kaum realisierbar, weshalb Wallerstein auf die Rolle des Staates verweist. Starke Staaten würden die Erschaffung von Quasi-Monopolen ermöglichen, indem „[Quasi-Monopole] dort auch überwiegend ihren Sitz – juristisch, physisch und im Sinne der Eigentümerschaft [haben]. Darum hat die Zentrum-Peripherie-Beziehung geografische Auswirkungen“ (ebd.: 35).

Kontrolle, Souveränität und Hegemonie

Im Dreigestirn Z-SP-P wirke sich dies auf die Position innerhalb der Produktionsprozesse sowie auf die Einwirkungen auf dieselben aus (vgl. Wallerstein 2018: 35). Je stärker ein Staat, desto stärker sein Einfluss auf den Aufbau oder Erhalt von Quasi Monopolen. Je schwächer ein Staat, desto geringer ist sein Einfluss. Die semi-peripheren Staaten der „Mitte“ werden durch das Zentrum von oben beeinflusst, aber können (anders als periphere Staaten) Einfluss nach unten ausüben (vgl. ebd.: 35). Semiperiphere Staaten seien an in ihrer protektionistischen Politik zu erkennen, da „[s]ie hoffen [...], einerseits ihre eigenen Produktionsprozesse vor den stärkeren Wettbewerbern aus dem Ausland zu ‚beschützen‘ und andererseits die Effizienz ihrer inländischen Firmen zu erhöhen, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger zu sein“ (Wallerstein 2018: 36).

Die Legitimität für das operative Handeln von Staaten liegt in der Souveränität begründet, die, so Wallerstein, sowohl nach innen an das eigene Volk als auch nach außen gegenüber anderen Nationalstaaten einen Anspruch an Autorität hegt (vgl. ebd.: 50-51). Wallerstein definiert Souveränität als einen „hypothetische[n] Handel, in dem zwei potenziell (oder tatsächlich) konfligierende Seiten unter Beachtung tatsächlicher Machtverhältnisse derartige Anerkennung austauschen – als kostengünstigste Strategie für beide“ (ebd.: 51). Die gegensteige Anerkennung dieses Handels schließt die Ausübung von Kontrolle ein, welche sich auf „alle möglichen politischen Funktionen [überträgt]: Steuereintreibung, Gerichte, Gesetzgebung und Exekutivorgane“ (ebd.: 50).

Innerhalb des kapitalistischen Welt-Systems und dem Gesetz des freien Handels folgend, sollte diese Kontrolle auf ökonomische Prozesse möglichst minimal ausfallen (wohl wissend, dass dies kaum realisierbar wäre) (vgl. ebd.: 53). Trotzdem würden starke und souveräne Staaten auf diverse Weise Einfluss ausüben, beispielsweise durch die Waren- oder Kapitalregulierung an der Grenze, durch das Eigentumsrecht, durch Regelungen zur Beschäftigung oder durch die Festlegung von Steuersätzen (vgl. ebd.: 53). Der Staat tritt neben national ansässigen Unternehmen ebenfalls als kapitalistischer Akteur auf. Seine Rolle als Dienstleister für Infrastruktur sei enorm, denn

[diese] ist mit sehr hohen Kosten verbunden und diese Kosten werden für gewöhnlich nicht von den Firmen getragen, die die Infrastruktur nutzen, sondern in erster Linie von der Gesamtheit. Die Begründung dafür ist, dass die Kosten gewaltig sind und der Nutzen für eine individuelle Firma so gering ist, dass die Infrastruktur ohne erhebliche Kostenübernahme durch den Staat niemals entstehen würde (ebd.: 56).

Solche Projekte können nur dann gewährleistet werden, sofern der Staat seinerseits wirtschaftlich haushalte, indem er in den Kreislauf der unendlichen Kapitalakkumulation eintritt, weshalb

auch der Staat nicht vor den Sogmächten der kapitalistischen Produktionsweise gefeit sei (vgl. Wallerstein 2018: 56).

In der Hierarchie zwischen Z-SP-P ergäben sich Dynamiken, innerhalb derer Autorität von oben nach unten ausgeübt würde: „Starke Staaten beziehen sich auf schwache Staaten, indem sie sie drängen, ihre Grenzen für jene Produktionsströme offen zu halten, die für Firmen in starken Staaten nützlich und rentabel sind, während sie sich jeglicher Forderungen nach Gegenseitigkeit in dieser Hinsicht widersetzen“ (ebd.: 63). Gleiches gelte für politische Prozesse: auch hier könnten starke Staaten schwachen Staaten ihre Agenda aufzwingen, „indem sie sie drängen, Personen einzusetzen und an der Macht zu halten, die die starken Staaten für akzeptabel halten. Und sie verlangen von den schwachen Staaten, sich den starken Staaten anzuschließen, um Druck auf andere schwache Staaten auszuüben, damit diese sich den politischen Bedürfnissen der starken Staaten anpassen“ (ebd.: 63).

Den Semiperipherien weist Wallerstein an dieser Schnittstelle abermals eine besondere Rolle zu, da diese bestrebt seien ihren Platz nicht an einen Nationalstaat der Peripherie zu verlieren und parallel von der Verheißung in das Zentrum aufzusteigen, gelockt würden (vgl. ebd.: 64). Für die Semiperipherie gilt es ihre „staatliche Macht [zu nutzen], um in der internen und zwischenstaatlichen Arena den Status ihres Staates als Produzent, für die Akkumulation von Kapital und als Militärmacht zu erhöhen“ (ebd.: 65). In diesen „zwischenstaatlichen Rivalitäten“ erkennt Wallerstein ein „Gleichgewicht der Kräfte“ und definiert eine Situation, „in der kein einzelner Staat automatisch seinen Willen in der zwischenstaatlichen Arena durchsetzen kann“ (ebd.: 65).

Dies ermögliche einen gewissen Spielraum, obwohl eher von einem unfairen Aushandlungsort gesprochen werden muss. Die hegemoniale Vormachtstellung der Zentrumsstaaten „schafft jene Art der Stabilität, in der kapitalistische Unternehmen, das heißt insbesondere monopolistisch führende Industrien, gedeihen“ (ebd.: 66). Da Wallerstein aber von einem relationalem und nicht von einem regionalen Modell ausgeht, lösen sich die Hegemonialmächte untereinander ab. Dies geschieht, indem „andere Staaten, ihre ökonomische Effizienz soweit [...] verbessern, dass die Überlegenheit der Hegemonialmacht deutlich gemindert wird und letztendlich verschwindet. Im Zuge dessen verschwindet auch der politische Einfluss“ (ebd.: 67). Die Welt-System-Theorie erkennt in der andauernden Akkumulation von Kapital die treibende Kraft, welche durch Hegemonie, Souveränität und Autorität bedingt wird (vgl. ebd.: 67). Das moderne Welt-System wird zum Perpetuum Mobile „mit einem stets wechselnden Gefüge von politischen und kulturellen Dominanzen, in deren Rahmen kapitalistische Firmen agieren, und dabei

zwar die Unterstützung der Staaten annehmen, aber zugleich sich deren Kontrolle zu entziehen versuchen“ (Wallerstein 2018: 67).

Das Zusammenspiel von Hegemonie und Ideologie im Welt-System

Zentral ist die Aussage Wallersteins, dass mit Beginn der Kolonialisierung im 16. Jahrhundert die multiplen, in sich geschlossen staatlichen oder regionalen Systeme zu einem einzigen wirtschaftlichen Ökosystem verschmelzen und Kontrolle möglich machen: „Von einem Planeten ausgehend, der eine gewisse Anzahl von Weltreichen wie auch zahlreiche Minisysteme beherbergt, wird die Erde nun zu einem Planeten, dessen Teile zunehmend in einer Welt-Ökonomie zusammengeschlossen werden“ (Overbeek 2008: 127). Die Herrschaft des Gesamtsystems stehe auf dem Spiel, weshalb „[j]eder machtvoller Staat [...] versuchen [wird], seine Herrschaft über das gesamte System zu etablieren, um es so von einer Welt-Ökonomie in ein Weltreich umzuwandeln“ (ebd.: 127). Ist diese Kontrolle erreicht, dann wird von Hegemonie gesprochen, also jenem „kurzen Zeitpunkt, an dem eine bestimmte Zentrumsmacht gleichzeitig produktive, kommerzielle und finanzielle Überlegenheit über alle anderen Zentrumskräfte erlangen kann“ (ebd.: 128). Zusammengefasst:

Hegemonie in der Weltsystemtheorie ist die Vorherrschaft einer Zentrumsmacht über alle Konkurrenten, ist zunächst von ihrer Natur her wirtschaftlich, muss notwendigerweise aber von militärischer Macht unterstützt werden, wird untermauert durch die systemweite Verbreitung einer liberalen Ideologie, die die Ausnutzung der Wettbewerbsvorteile der Hegemonialmacht fördert (ebd.: 129).

Hegemoniale Kriterien sind geographisch, ökonomisch und politisch und erfordern die ideologische Durchsetzung durch den Staat nach innen, also gegenüber dem eigenen Volk, als auch nach außen gegenüber anderen Nationalstaaten (vgl. ebd.: 129). Für Expansionsbestrebungen bedarf es ideologischer Kräfte, da „Hegemonie in der Weltpolitik [...] nicht einfach ein Machtverhältnis zwischen verschiedenen Staaten [ist]. Die Macht des Hegemonialstaates ruht auf der Stärke der hegemonialen Klasse oder Koalition sozialer Kräfte innerhalb des Staates“ (ebd.: 135). Gleichzeitig kam Wallerstein zu der Erkenntnis, „dass die kapitalistische Wirtschaftsform und kapitalistische Klassenbeziehungen seit ihrer Entstehung nicht in Volkswirtschaften, sondern in einem globalen Kontext – der Weltwirtschaft – verortet sind“ (ebd.: 138).

(Unfairer) Wettbewerb ist der sinngebende Charakter des Welt-Systems, denn „[d]ie kapitalistische Welt-Ökonomie [...] muss als [...] ein einziger Markt [...] begriffen werden. Das Moderne Weltssystem [...] besteht aber aus mehreren politischen Einheiten. [Konstitutiv für die] internationale Arbeitsteilung [...] ist ihre geographische und darüber hinaus ihre hierarchische Struktur“ (Torp 1998: 219-220). Solange es nur einen Markt gibt, steht die Vorherrschaft um den

Zugang zu und den Umgang mit dem Markt zwischen den Nationalstaaten konsequenterweise immer infrage. Da Wallerstein den Ursprung des modernen Weltsystems mit dem Beginn des Kolonialismus datiert, ergibt sich die hierarchische Struktur aus der geographischen heraus. Was 1450 zunächst als Agrarkapitalismus in Form eines neuen Systems begann, beschleunigte sich zu einer rasanten kolonialen Expansion bis Mitte des 18. Jahrhunderts und mündete letztlich im Industriekapitalismus (vgl. Torp 1998: 226-227).

Wie bereits erwähnt, spricht Wallerstein der Französischen Revolution eine besondere Rolle für die kulturelle Entwicklung des Welt-Systems zu. Neu ist „[d]ie Normalität politischen Wandels und die Umgestaltung des Konzeptes der Souveränität, das nun auf die Leute als ‚Bürger‘ übertragen wurde“ (Wallerstein 2018: 69). Aufgrund dieses Wandels sei es zu einer Beeinflussung der gesellschaftlichen Debatten gekommen, denn die interne und externe Verantwortung sowie Autorität einer Nation gehe nun von den Bürger*innen aus, deren politische Realität veränderbar sei. Eine der prominentesten Debatten sei jene „über die Trennlinie zwischen Inklusion und Exklusion. Aber diese Debatte fand im Rahmen einer Geokultur statt, die die Inklusion aller als Definition einer guten Gesellschaft proklamierte“ (ebd.: 69). Somit sei es zum „Aufstieg“ der Ideologien gekommen, da diese ein geeignetes Mittel seien, um auf jenen neuen Raum der gesellschaftlichen Gegebenheiten einzuwirken. Wallerstein erkennt in der Ideologie „eine in sich kohärente Strategie im gesellschaftlichen Bereich, aus der man politische Schlussfolgerungen ableiten kann“ (ebd.: 69).

Ideologien hätten zur Hybris des Globalen Nordens beigetragen, indem „[d]ie pan-europäische Welt, die das Welt-System ökonomisch und politisch dominierte, [...] sich selbst als das Herz, den Höhepunkt eines zivilisatorischen Prozesses [definierte], der bis zu den in der Antike vermuteten Wurzeln Europas zurückreichte“ (ebd.: 76). Ideologisch hätte dies zum Aufstieg des Liberalismus geführt, welcher „institutionell durch die Entwicklung der rechtlichen Grundlagen des liberalen Staates ermöglicht [wurde]“ (ebd.: 76). Für das moderne Welt-System hätte dies politische, wirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen, die sich in „[einer westlich dominierten] Welt, deren ‚Rest‘ entweder aus Kolonien oder Semikolonien bestand“ (ebd.: 85) offenbarten. Die Entstehung einer Wissenschaft, die sich mit der Thematik der „Entwicklung“ befasste, konnte sich erst mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, der Dekolonisation und Einsetzen des Kalten Krieges entfalten. Erst mit dem Eintreten dieser Ereignisse kam es zu Staatenbildungen in der neuen „Dritten Welt“ abseits des „Westens“ und des „Ostens“ (vgl. Overbeek 2008: 98). Folglich „entstand die Dritte Welt, nicht nur als geographischer Raum, der die ehemals unterworfenen Gebiete umfasste, sondern auch als ein politisches Programm“ (ebd.: 98).

Produktionskostenreduktion und Produktionsverlagerungen

Die Dominanz einiger weniger Staaten hätte dazu geführt, dass die Fähigkeit zur und der Nutzen der Kapitalakkumulation ungleich auf Zentrum, Semiperipherie und Peripherie verteilt sei. Zwar gilt derselbe Zwang für alle Kapitalist*innen, jedoch wirken die Effekte wie Möglichkeiten zur Maximierung der Verkaufspreise und zur Senkung der Produktionskosten (vgl. Wallerstein 2018: 88) nicht für alle am Markt beteiligten Akteur*innen auf die gleiche Weise, weshalb Wallerstein von einer Krise des modernen Welt-Systems spricht (vgl. ebd.: 88). Primär gelte: oberstes Ziel sei die Produktionskostenreduktion – oder umgekehrt, die Steigerung der Produktionseffizienz (vgl. ebd.: 89). Eine solche Reduktion sei aber ab 1968 nur schleppend vorangegangen, was dazu geführt hätte, dass „die Produktionskosten im Laufe der Zeit trotz aller Anstrengungen der Produzenten weltweit angestiegen sind und sich dadurch die Marge zwischen den Kosten der Produktion und den möglichen Verkaufspreisen verkleinert hat“ (ebd.: 89).

Ein klassischer Schritt zur Steigerung der Produktionseffizienz sei die Verlagerung der Produktion ins Ausland gewesen, mit dem Ziel von den lokal geringeren Löhnen Gebrauch zu machen und gleichzeitig die Arbeiter*innen der heimischen Produktion durch diese Konkurrenz ebenfalls zur Akzeptanz geringerer Löhne zu drängen (vgl. ebd.: 91). Eine solcher Schritt sei aber nicht ungefährlich, schließlich entstünden durch eine Verlagerung erhebliche Kosten: durch den Umzug selbst, aufgrund von höheren Transaktionskosten sowie fehlender Infrastruktur oder wegen politischer Instabilität (vgl. ebd.: 91). Der Produktionsverlagerung und Gehaltskostensenkung sei aber aufgrund der endlichen Anzahl möglicher Umsiedlungsmöglichkeiten Barrieren gesetzt – die Welt ist schlichtweg begrenzt groß – und so „[hat sich die Welt] ‚entländlicht‘ [...]“. Wenn es keine Regionen mehr gibt, in die Fabriken flüchten können, wird es weltweit auch keine Möglichkeit mehr geben, das Lohnniveau der Beschäftigten erheblich zu senken“ (ebd.: 92).

Innerhalb dieser Sichtweise bedingen sich der Ausbau eines fähigen Staatsapparates und der Aufbau von Institutionen, angetrieben, bzw. ermöglicht durch den Kapitalismus (vgl. Overbeek 2008: 41). Bezogen auf theoretische Überlegungen zu Entwicklung impliziert dies, „dass die heutigen Wirtschaftsreformen in der Dritten Welt ihr Ziel nicht erreichen werden, wenn sie nicht zum Aufbau starker staatlicher Institutionen führen“ (ebd.: 41). Der Kapitalismus avanciere zu einer treibenden Kraft, dessen „wandlerische“ Fähigkeiten den „modernen Staat“ ermögliche, indem er die ökonomischen und politischen Instanzen zur Trennung forcieren (vgl. ebd.: 41). Fraglich war wie die neuen Nationalstaaten Anschluss an die führenden Volkswirtschaften halten könnten und wie ein „Aufholen“ möglich sei. Viele Länder „strebten nach einer auf Importsubstitution aufbauenden Industrialisierung“ (Wallerstein 2018: 98). Ausgehend von

einer Benachteiligung durch den „ungleichen Tausch“ wählten viele Länder eine protektionistische Strategie, verbunden mit hohen Zöllen und dem Versuch eine schnelle Industrialisierung zu forcieren (vgl. Wallerstein 2018: 100).

Veränderungen und Hierarchie im Welt-System

Wallerstein beschreibt also ein System, das auf der nationalen wie der internationalen Ebene interagiert, zusammengehalten durch den Kapitalismus. Oder anders ausgedrückt: „Die Struktur wird vom Prozess der Kapitalakkumulation bestimmt, ihre Träger, die handelnden Akteur*innen, von den konkreten gesellschaftlichen Kräften, die der Sphäre der Produktionsbeziehungen entstammen und ständig um die Richtung des Akkumulationsprozesses, um die Aufgaben und Formen des Staates sowie um die Weltordnung kämpfen“ (ebd.: 154). Dies hat eindeutige Implikationen für Veränderungen innerhalb des Weltsystems. Jene „sind mit einer Verlagerung der relativen wirtschaftlichen und militärischen Potenziale, mit der Herausbildung neuer sozialer Strukturen der Akkumulation und mit der Neuformierung gesellschaftlicher Interessenkoalitionen des jeweiligen historischen Blockes in den Zentren verbunden“ (Overbeek 2008: 170). Als Beispiel kann die Entstehung der Ordnung des gegenwärtigen Welt-Systems angeführt werden. Angetrieben durch die Interessen hegemonialer Entscheidungsträger (USA und Großbritannien) kam es zur Erleichterung internationaler Kapitalbewegungen und zur Verlagerung von Produktionsstätten vom Zentrum in die Länder der (Semi-)Peripherie, während führende Finanzinstitutionen weitere Öffnungen ausländischer Märkte für Zentrumsländer forcierten (vgl. ebd.: 189).

Hervorzuheben ist die ordnende Kraft der internationalen Arbeitsteilung. Sprich, „die einzelnen Sektoren oder Teilgebiete innerhalb eines sozialen Systems sind vom ökonomischen Austausch mit anderen abhängig und gewährleisten so ihre reibungslose und kontinuierliche Versorgung“ (Torp 1998: 218). Arbeitsteilung ist kein spontan auftretendes Phänomen, sondern „ein historischer Prozess, der eine Reihe von Dimensionen aufweist“ (Overbeek 2008: 61). Für Wallerstein führte jener Prozess zur Bildung „eines integrierten ökonomischen Raumes, in dem verschiedene Bereiche einander ergänzende Rollen aufweisen“ (ebd.: 61). Somit würde die Arbeitsteilung relationale Beziehungen zwischen den Nationalstaaten bedingen (vgl. ebd.: 61). Diese Hierarchie ist in Wallersteins Aufteilung zwischen Z-SP-P wiederzuerkennen, denn der Austausch zwischen den Regionen ist von Ausbeutung und Kontrolle gekennzeichnet, beispielsweise durch den ungleichen Tausch (vgl. ebd.: 61). Ein Großteil der ungleichen Beziehungen zwischen Regionen bezieht sich auf das Zentrum als Gewinner und die Peripherie als Verliererin.

Der Semiperipherie bliebe zwar die Möglichkeit zum Aufstieg, jedoch hätte dies kaum Einfluss auf die grundlegende hierarchische Systematik des Welt-Systems. Die Semiperipherie gilt als Stabilisator, da sie „die Aufwärts- und Abwärtsbewegung von Ländern [ermöglicht], ohne die umfassende Struktur des Systems zu beeinflussen, und trägt somit entscheidend zum Erhalt dieses Systems bei“ (Overbeek 2008: 62). Ein Kernelement des kapitalistischen Wesens ist nach Wallerstein daher dessen anhaltende globale Ausbreitung, welche als Form des Selbsterhalts bezeichnet werden kann (vgl. ebd.: 65). Die Expansion hätte dreierlei Funktionen: die Bewältigung von Krisen durch die Integration neuer Regionen, die Suche nach neuen Arbeitskräften sowie drittens, die Erschließung neuer Technologien wodurch parallel der Wettbewerb im Zentrum gesteigert wird (vgl. ebd.: 65-66).

Die Stärke der Weltsystemtheorie liegt in ihrem Ansatz das Werden der Welt zu verstehen. Sie hilft zu verstehen, dass Ungleichheit ein konstitutives Merkmal der kapitalistischen Akkumulation ist und, dass Marginalisierung und Ausgrenzung daher keine Nachwirkungen von „Rückständigkeit“, sondern der kapitalistischen Entwicklung intrinsisch sind (vgl. Kiely 2012: 243). Auf diese Weise kann ein kritischeres Verständnis für bestehende Strukturen und institutionelle Prozesse entwickelt werden, indem die verschiedenen vorteilhaften und nachteiligen Ausgangspositionen berücksichtigt werden, die den heutigen globalen Handel beeinflussen. Entwicklung wird nicht mehr nur als Entwicklung „von Ländern“, sondern auch als Entwicklung des Kapitalismus verstanden. Durch die Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsweise muss zwangsläufig die Frage gestellt werden, inwiefern ein vorherrschendes Produktionsverhältnis die zukünftige Ausrichtung einer Nation oder einer Region beeinflusst. Im Rückblick wird diese zeitgenössische Analyse von einer kritischen Hinterfragung des Zustandekommens beeinflusst und festigt derart die kritische Begutachtung der heutigen Handlungsspielräume.

1.2 Chinas Verortung im Welt-System

Die Kategorisierung von Ländern und die Krise des Kapitalismus

Die Kategorisierung von Ländern in Zentrum, Semi-Peripherie und Peripherie fällt zunehmend schwer, da es nicht nur geeignete Parameter zur Messung braucht, sondern diese Parameter zusätzlich die hierarchischen Änderungen im Lauf der Zeit aussagekräftig wiedergeben können müssen (vgl. Komlosy & Nolte 2018: 6). Komlosy und Nolte schlagen in diesem Zusammenhang zwei Ansätze vor: attributive und relationale Maßstäbe. Beide Maßstäbe werden in diesem Kapitel herangezogen. Ersterer „uses measures of national (or any other unit) characteristics to

define zone membership” (Komlosy & Nolte 2018: 6). Letzterer, “[offers] sophisticated mathematical approaches to rigorously determine formal properties of system structure, the clustering of units, the precise “positions” connected units hold in networks, etc” (ebd.: 9).

Klare Positionierungen von Ländern könnten auch deshalb schwerfallen, weil es die dreiteilige Ordnung Wallersteins womöglich gar nicht mehr gibt. Wallerstein selbst schreibt im Jahr 2013 von einer Krise des Kapitalismus. Kapitalist*innen würden den Kapitalismus als nicht mehr erfüllend empfinden, basierend auf zwei Eckpfeilern: Erstens, der Kapitalismus sei ein System, und alle Systeme seien endlich und zweitens, würde ein solches System seit seinem Bestehen von etwa 500 Jahren nach bestimmten Regeln funktionieren (vgl. Wallerstein 2013: 9). Die erste Aussage ist konsequent mit den Charakteristika seiner Definition von Welt-Systemen. Ebenso konsequent ist seine Definition eines kapitalistischen Systems, welches nur dann als solches benannt werden könne, sollte die unendliche Akkumulation von Kapital im Vordergrund stehen (vgl. ebd.: 10). Zum Schutz des Fortbestandes des Kapitalismus muss es Mechanismen geben, wodurch solche Akteur*innen bestraft werden, welche auf der Grundlage anderer Werte oder Ziele zu handeln versuchen, so dass diese nicht konformen Akteur*innen verschwinden oder zumindest in ihrer Fähigkeit, erhebliche Kapitalmengen anzuhäufen, beeinträchtigt werden (vgl. ebd.: 10).

Zur Erinnerung: Um die erfolgreiche Akkumulation von Kapital zu gewährleisten, benötigen Produzent*innen ein Quasi-Monopol, um von den systemischen Wirkweisen zu profitieren und ökonomisches Wachstum zu fördern, welches sich zunächst positiv auf die Gesellschaft auswirkt (vgl. ebd.: 11). Um die Perioden wirtschaftlicher Prosperität zu verlängern, bedarf es hegemonialer Durchsetzungskraft, denn „the imposition of relative order by a hegemonic power is a positive benefit for the ‚normal‘ operation of the capitalist system as a whole” (ebd.: 15). Eine Krise des Kapitalismus erkennt Wallerstein in der zunehmend gewichtigen Rolle des Finanzbereichs. In diesem Bereich könne nur dann erfolgreich gewirtschaftet werden, indem mit Zinsen belastete Darlehen vergeben würden, die von den Schuldner*innen im besten Fall bis auf die Zinsen nicht zurückgezahlt werden könnten, was zu einem stetig ansteigenden Einkommen für die Kreditgeber*innen führen würde – bis zum Bankrott der Schuldner*innen (vgl. ebd.: 14).

Solche Kredite aber „[do] not create new real value, not even new capital. It essentially reallocates existing capital. It also requires that there be ever new circles of debtors to replace those who are overwhelmed, in order thereby to maintain the flow of lending and indebtedness” (ebd.: 14). Das Problem dieses Mechanismus sei, dass Quasi-Monopole der geopolitischen Macht selbstzerstörerisch seien (vgl. ebd.: 16), denn Verlierer*innen seien dem Welt-System inhärent.

Hegemonie sei zwar ebenfalls durch militärische Gewalt gewährleistet, auf diese Weise würden jedoch Gelder abgezogen und Institutionen geschwächt und weiter käme es notwendigerweise zum Aufstieg ehemals schwächerer geopolitischer Staaten, die aufgrund ihrer stärkeren Position nach mehr Einfluss streben (vgl. Wallerstein 2013: 16).

Laut Wallersteins Analyse führen diese Umstände zu einer strukturellen Krise, welche durch zwei Merkmale geprägt sei. Erstens sei die endlose Kapitalanhäufung schwieriger geworden und zweitens, sei das konjunkturbedingte Ende des dominanten, liberalen Zentrums der Geokultur gekommen, wodurch die politische Stabilität des WS untergraben würde (vgl. ebd.: 21). Auch hätte sich die Rolle von Regierungen geändert, denn die politischen Forderungen nach einer neuen, direkteren Rolle von Regierungen, einhergehend mit der zunehmenden Finanzialisierung des Welt-System, um die Akkumulation von Kapital zur Stabilisierung aufrechtzuerhalten, würden lauter werden (vgl. ebd.: 23;29).

Die ehemals bestehende US-Hegemonie hätte sich gleichzeitig nicht halten können, wodurch die Stabilisierung ausblieb und ein Vakuum nach sich gezogen hätte, das zu einer multipolaren Welt geführt hätte, „in which there are eight to ten centers of power, sufficiently strong that they can negotiate with other centers with relative autonomy” (Wallerstein 2013: 31). Wallerstein sieht das moderne Weltsystem in einer strukturellen Krise und im Kampf um ein Nachfolgesystem, da man sich zu weit vom Gleichgewicht entfernt habe und Kapitalist*innen keine Möglichkeiten zur endlosen Kapitalakquirierung mehr hätten (vgl. ebd.: 35).

Die hegemoniale Ausbeutungskette des Welt-Systems

Ein Beispiel für die neue multipolare Struktur des Welt-Systems könnte die Rolle Chinas innerhalb der globalen Ordnung sein. Gleichzeitig präsentiert sich die Definition dieser Rolle als schwieriges Unterfangen, aufgrund des rasanten Aufstiegs der Volksrepublik. Wurde China lange als Semi-Peripherie deklariert, ist diese Bezeichnung mitunter nicht mehr ausreichend. Grundsätzlich symbolisiert die Semi-Peripherie jene Länder, welche sich in der „Catch-Up Phase“ auf dem Weg zu einer kapitalintensiveren Produktion befinden. Umgekehrt impliziert ein Aufholen ehemaliger (Semi-)Peripherien aber auch die Gefährdung des hegemonialen Status quo.

Der Aufstieg Chinas innerhalb der letzten Jahrzehnte zeigt exemplarisch wie die bestehende ökonomische und politische Ordnung ins Wanken geraten kann. Änderungen im Weltsystem seien auch deshalb von großer Wirkung, weil sie die grundlegenden Mechanismen, sprich die militärische Kraft des Zentrums, die Verpflichtung zum kapitalistischen System samt der implizierten Wahrung freiheitlicher wie demokratischer Werte und der grundlegenden Macht-

Dreiteilung drohen infrage zu stellen (vgl. Grell-Brisk 2017: 3). Die Stabilisierungsfunktion der Semi-Peripherie, welche eher als Trittbrettfahrer des Zentrums nutznießen sollte, wird gebrochen.

Fraglich ist demnach, welcher Eckpfeiler und Mechanismus des Weltsystems entscheidend ist und in der Folge von aufstrebenden Semi-Peripherien mitgetragen wird. Primär scheint die Hingabe zum kapitalistischen System grundlegend zu sein. China würde kaum mit dem wirtschaftlichen System des modernen Kapitalismus brechen und trage zu dessen Stabilität und Fortbestand bei (vgl. ebd.: 8). In diesem Sinne kann es weniger das Anliegen Chinas sein die kapitalistische Grundstruktur zu ändern. Eher entwickelt sich ein Gegen-Narrativ hinsichtlich politischer Einflusszonen, welches als Antithese zum „westlichen“ Modell steht. Chinas außenpolitische Haltung gegenüber Ländern des Globalen Südens sei zumeist geprägt von postkolonialer Solidarität und den Grundsätzen der Gleichheit, des gegenseitigen Nutzens, der Vielfalt, des Pragmatismus und des gemeinsamen Fortschritts (näheres dazu in Kapitel Drei) (vgl. ebd.: 9). Ist dem so, würde dies implizieren, dass „China does not seek to fundamentally transform the system“ (ebd.: 9).

Die grundsätzliche hegemoniale Ausbeutungskette, also der Mechanismus des bevorteilten Zugriffs innerhalb des globalen Handels, würde bestehen bleiben und dies würde bedeuten, dass China von einem bevorteilten Zugriff auf die Peripherie profitieren würde (vgl. ebd.: 9). Inwiefern dieser Zugriff als Möglichkeit zur Innovation im Bereich der internationalen Entwicklung genutzt wird und ob chinesische Investitionen Teil eines neuen Denkanstoßes sein können, soll im dritten Kapitel dieser Arbeit analysiert werden.

China – mehr als eine Semi-Peripherie?

Die Bewertung, ob China der Peripherie, der Semi-Peripherie oder gar dem Zentrum zugerechnet werden kann, hängt sowohl von den quantitativen, bzw. qualitativen Parametern ab, als auch von den Kriterien, welche zur Untersuchung herangezogen werden. Unter jenem Gesichtspunkt der Positionierung Chinas innerhalb des Weltsystems argumentiert beispielsweise Lubieniecka, dass China aufgrund diverser Charakteristika zwar der Semi-Peripherie zugeteilt werden könnte, Pekings Einfluss auf peripheren Staaten womöglich aber zentrumsähnliche Effekte ausstrahlt. Die Einflussmaßnahme gelingt im Sinne der Weltsystemtheorie durch den Aufbau abhängiger Strukturen. Unterentwicklung sei eine direkte Folge der ungünstigen Bedingungen, unter denen die Peripherie in das kapitalistische Weltsystem eingegliedert wurde, wobei jene Unterlegenheit durch den Fortbestand Systems aufrechterhalten werden würde (vgl. Lubieniecka 2014: 436).

Jedoch wird nicht nur auf ökonomische Abhängigkeiten verwiesen. Die Dependenz hätten weitreichende und tiefgreifende ideologische Folgen, in der Form der Verflechtung und der Assimilierung der Ideologie des Zentrums und seiner Einstellung zu Entwicklung (vgl. Lubieniecka 2014: 437). Zentrumsländer seien derart definiert, als dass die Akkumulierung von Profitten im Vordergrund stehe. Dies gelingt durch die Extraktion von Rohstoffen und den Zugriff auf billige Arbeitskräfte in den Peripherien (vgl. ebd.: 437). Daher schlussfolgert Lubieniecka, dass China im Sinne der wallersteinschen Theorie zwar als Semi-Peripherie klassifiziert werden müsste, aber der ökonomische und politische Einfluss Pekings dieser Klassifizierung nicht gerecht werden würde (vgl. ebd.: 448).

Um China innerhalb des Welt-Systems zu lokalisieren sei es wichtig alle relevanten Handels- und Investitionsbeziehungen zu berücksichtigen und festzustellen, ob das Land insgesamt einen Mehrwert erhält oder diesen abgibt (Li 2021: 55). Gehen die Überschüsse unterm Strich an Peking, könne die Volksrepublik als „ausbeuterisch“ eingestuft werden, während im Falle einer Abgabe an Überschüssen an die Zentrumsländer eher von einem (semi-)peripheren Status gesprochen werden könne (vgl. ebd.: 55). In seiner Analyse kommt Li zu dem Schluss, dass China aktuell zu den Semi-Peripherien gezählt werden sollte. Beispielsweise untersucht Li die Geschäftsbedingungen des Arbeitsmarktes von China und den USA, welche er als „units of foreign labor that can be exchanged for one unit of domestic labor through trade of exported goods and imported goods of equal market value“ (ebd.: 55) definiert. Seine Untersuchungen zeigen, dass der Wert zweier Einheiten chinesischer Arbeit im Vergleich mit den USA einer Einheit amerikanischer Arbeit entspricht. Er argumentiert, dass der chinesische Kapitalismus innerhalb der aktuellen Ära des Neoliberalismus als Säule für die globale kapitalistische Wirtschaft fungiert, indem er den von Millionen von Arbeitern produzierten Mehrwert in die imperialistischen Länder transferiert (vgl. ebd.: 57).

Den Status als periphere Nation hätte China aber in jedem Fall hinter sich gelassen. Wird der obige Vergleich für chinesische Arbeit und die Arbeit von Ländern der Peripherie wiederholt, zeigt sich, dass chinesische Arbeit gegenüber Arbeit aus anderen Ländern der Peripherie oder der Semi-Peripherie entweder wertvoller ist oder gleichauf gewertet wird (vgl. ebd.: 58). Folglich sei die Einordnung Chinas klar: Gegenüber der Hälfte der Weltbevölkerung hätte Peking ausbeuterische Verhältnisse aufgebaut, weshalb China im kapitalistischen Weltsystem nicht als ein peripheres Land behandelt werden könne (vgl. ebd.: 58).

Ein weiteres Mittel zu Bestimmung von Chinas Position sei die Einordnung durch das Pro-Kopf-BIP: Li argumentiert, dass seit 1870 etwa 75% des imperialen Standards des Pro-Kopf-BIP erreicht werden müssen, um ins Zentrum zu gehören (vgl. ebd.: 61). Mit aktuell 25%

schaffe China den Sprung ins Zentrum zwar nicht, als Semi-Peripherie könne das Land jedoch ebenfalls nicht kategorisiert werden, da diese Statistik im Umkehrschluss auf eine ausbeuterische Beziehung mit über der Hälfte der Weltbevölkerung hinweist (vgl. Li 2021: 62). Dies eröffnet Überlegungen bezüglich eines möglichen Vorstoßes Pekings in den Kreis der Zentrumsländer, was bedeuten würde „[that China] would cease to be a net provider of surplus value to the capitalist world system and be turned into a net recipient of surplus value from the rest of the world” (ebd.: 64).

Gleichzeitig verweist Li auf die Problematiken der chinesischen Rolle, welche er vor allem an der besonderen Größe des Landes ausmacht. Indem er die Positionierung von Ländern im globalen System anhand des Pro-Kopf-BIP definiert, würde ein anhaltender Aufstieg Chinas konsequenterweise einer Verschiebung von Überschüssen gleichkommen (ebd.: 59-60). Würde China innerhalb des kapitalistischen Weltsystem einen Platz im Zentrum einnehmen, dann müssten die bestehenden Kernländer Teile des Mehrwerts aufgeben, den sie derzeit aus der Peripherie abschöpfen (vgl. ebd.: 64). Li erkennt ökonomische und politische Gefahren, welche sich unweigerlich auf globale Fragen von Nachhaltigkeit, Ressourcen und Energieverbrauch ausweiten (vgl. ebd.: 69). Die Folgen wären weitreichend, denn derzeitige Zentrumsländer müssten enorme Einbußen ihrer Mehrwerte hinnehmen. Unter diesen Voraussetzungen warnt Li vor möglichen wirtschaftlichen und politischen Unruhen innerhalb des aktuellen Zentrums, ansonsten müssten neue Schemata entwickelt werden, um zusätzlichen Mehrwert aus der Teil Peripherie zu extrahieren (vgl. ebd.: 65).

China als „Quasi-Zentrum“

Cheng und Zhai fokussieren ihre Analyse auf die Thematik des Aufstiegs und untersuchen welche Möglichkeiten den Ländern der Semi-Peripherie und Peripherie offenstehen. Die Autor*innen stellen sich gegen Wallersteins Aussage „that the ‘catch-up’ development model that aims to make semi-peripheral countries part of the center should not be encouraged, and that the countries of the periphery should seek to develop their economies through ‘de-linking’ from the world system” (Cheng & Zhai 2021: 5). Stattdessen schlagen sie alternative Maßnahme vor,

the peripheral countries should vigorously develop their economies and achieve a high degree of industrialization and modernization; gradually overcome their economic dependency on the countries of the center; pursue scientific development that effectively combines economic independence and international collaboration; and actively promote just and rational governance of the world system (ebd.: 5).

Grundlage für Wallersteins Überlegungen zu Aufstiegs- wie Abstiegsmöglichkeiten, sei die Beobachtung, dass der weltweite Kapitaltransfer dem Zentrum ermögliche, durch Ausbeutung

und Enteignung der Arbeitskräfte der Peripherie beträchtliche Überschüsse zu erzielen (vgl. Cheng & Zhai 2021: 7). Eingebettet in diese Formulierung sei die Annahme, dass ein Aufstieg entweder durch (gewaltsame) Revolutionen oder durch einen systemgetreuen Weg möglich wären, weshalb die Struktur des Welt-System als wandelbar definiert werden müsse (vgl. ebd.: 7). Folglich sei ein Ausbruch aus dem kapitalistischen System nicht möglich – eine Annahme, welcher die Autor*innen dahingehend widersprechen, als dass sie von weiteren Möglichkeiten zum Aufstieg ausgehen und eine eurozentrische Ideologie vermuten, welche sie hinsichtlich eines Modells multipolarer Variablen ersetzen würden (vgl. ebd.: 7). Beispielsweise sei China als „manufacturing center“ einzuordnen und sei damit ein Land, das noch keine nennenswerten technologischen Vorteile erzielen konnte und sich auf arbeitsintensive Exporte stütze (vgl. ebd.: 8). Gleichzeitig würde die Einstufung als 'peripheres Land' nicht ausreichen, um Chinas Rolle in der Weltwirtschaft zu definieren (vgl. ebd.: 8).

China sei ein Beispiel, weshalb der Rahmen der Z-SP-P-Ordnung überarbeitet werden müsse, mit dem Ziel der zunehmenden Komplexität und der Transformation der Weltordnung gerecht zu werden (vgl. ebd.: 8-10). Den Einfluss Chinas und damit den Anspruch auf den Titel „Quasi-Center“ machen die Autor*innen an drei Faktoren fest: „[F]irst, its economic growth rate; second, the share of its GDP in total world product; and third, the country’s contribution to global economic growth” (ebd.: 10). Jene Beiträge zum globalen Wachstum seien daran zu erkennen, dass China nicht mehr nur ein Magnet für ausländisches FDI sei, sondern selbst vermehrt auf ausländischen Märkten vertreten wäre: Der Anteil Chinas an den weltweiten ausländischen Direktinvestitionen nimmt weiter zu, machen seit drei Jahren in Folge mehr als zehn Prozent der weltweiten Ströme aus und geben wichtige Wachstumsimpulse in den Ländern und Regionen, in denen sie investiert wurden (vgl. ebd.: 14).

Die Anzahl chinesischer Industriegüter, Maschinen, Transportmittel und Primärgüter wachse kontinuierlich, wodurch nicht nur Pekings Wettbewerbsfähigkeit auf dem globalen Markt gesichert sei, sondern andere Länder und Regionen mehr und mehr abhängig von China würden (vgl. ebd.: 16-17). Jene Wettbewerbsfähigkeit ziehe weitreichende Implikationen für das Welt-System nach sich: Chinas Aufstieg eröffne Investitionen in den Technologiesektor; die chinesische Fertigungsindustrie sei global überlegen; der Schutz intellektueller Eigentumsrechte rücke auf Pekings Agenda; Chinas kompetitiver Vorteil steigt und steigt (vgl. ebd.: 19-20). Infrastrukturprojekte, wie die „Belt and Road Initiative“ (BRI) seien Mittel, den neuen Status als „Quasi-Center“ zu zementieren: „[This] framework not only plays a role in enhancing China’s economic influence and attractiveness, but also encourages countries along the Belt and Road

routes to implement more extensive multi-dimensional cooperation and to further promote the reform of the global economic system” (Cheng & Zhai 2021: 21).

Das chinesische Modell sei eine Vorlage für viele Nationen, die nach Möglichkeiten abseits der gängigen Entwicklungspfade suchen. Cheng und Zhai vermuten, dass daraus ein neues Modell der internationalen Zusammenarbeit resultieren könnten, innerhalb dessen nur ein Land mit quasi zentraler oder zentraler Stellung die Führung übernehmen kann (vgl. ebd.: 22). Folglich agiere China außerhalb der von Wallerstein propagierten Ordnung: “To sum up, analysis of China’s important role in the contemporary world economic system, together with comparisons with advanced economies, leads to the conclusion that while a gap still exists between China and the developed world, the dramatic progress that China has achieved clearly distinguishes it from semi peripheral and peripheral countries” (ebd.: 23).

An dieser Stelle soll noch einmal auf Lubieniecka verwiesen werden. In ihrer Analyse weist sie China nicht die Funktion als klassisches Bindeglied zwischen der Peripherie und dem Zentrum zu, sondern beschreibt eine transzendente Rolle (vgl. Lubieniecka: 447-448). Die korrekte Einordnung Chinas innerhalb des Welt-Systems sei schwierig, da sich die Volksrepublik den gängigen Mechanismen und Strukturen widersetze. Nach den Kriterien der WST sei die Klassifizierung als Semi-Peripherie logisch, der wirtschaftliche und politische Einfluss übertreffe die Erwartungen jedoch (vgl. ebd.: 448). Die Welt-System-Theorie solle dahingehend erweitert werden, als dass die Entwicklung von Peripherien auch durch Semiperipherien vorangetrieben werden könne (vgl. ebd.: 448).

Mit Blick auf den globalen Handel sollte die Stellung der Volksrepublik nicht unterschätzt werden. Gleichzeitig besteht der Konsens, dass das chinesische Wirtschaftswachstum, obgleich seiner beeindruckenden Strahlkraft, keinem Aufstieg ins Zentrum gleichkommt. Relational agiere Peking aktuell als klassische Semi-Peripherie: zwar findet ein beachtlicher Werttransfer aus peripheren Staaten statt, dennoch sticht in Relation zu den Zentrumsländern die Abwanderung von Überschüssen hervor. China wird als Stütze des Zentrums definiert. Innerhalb der attributiven Merkmale zeichnet sich ein konträres Bild ab. Ein ideologischer Aufbruch wird erkannt, indem chinesische Ideologien die bestehenden (europäischen) Narrative auf politischer, wirtschaftlicher und diskursiver Ebene anfechten. China wird als Gefahr für das Zentrum definiert. Es besteht Einigkeit über die Tatsache, dass Änderungen im Weltsystem zwar einen Einfluss auf den globalen wirtschaftlichen Waren- und Werttransfer haben, diese Einflüsse aber innerhalb der Logik des Kapitals stattfinden. Folglich bricht Peking nicht mit dem Kapitalismus, sondern wächst innerhalb der bestehenden Strukturen. Auf der politisch-ideologischen Ebene destabilisiert der chinesische Aufstieg den Status Quo hingegen.

2. Die sino-afrikanischen Beziehungen

Das nachfolgende Kapitel dient einerseits zum Aufzeigen solcher Schritte, die das wirtschaftliche Wachstum Chinas mitgetragen haben und andererseits zur Beschreibung des Charakters der sino-afrikanischen Beziehungen. Beide Aspekte besitzen eine besondere Relevanz. Sie fungieren als Grundlage für die Analyse des chinesischen Entwicklungsmodells im vierten Kapitel. Zum einen basieren die Entwicklungsvorhaben Pekings auf den eigenen Erfahrungen. Zum anderen zeigt das Interesse Chinas am afrikanischen Kontinent wie sich diese Vorhaben mit den außenpolitischen und wirtschaftlichen Zielen vereinbaren lassen.

Im ersten Schritt wird der Prozess der wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und strukturellen Transformation der letzten Jahrzehnte untersucht, welche den Weg für einen chinesische Entwicklungsansatz gepflastert haben. Während Peking in den frühen 70er Jahren die heimische Wirtschaft vor äußeren Einflüssen schützte, erfolgte in den folgenden Jahrzehnten die schrittweise Öffnung. Intern fokussierte man sich auf den Ausbau der Industrialisierung und der heimischen Infrastruktur. Extern präsentierte sich Peking als dritte Instanz neben den historisch gewachsenen Modellen der Sowjetunion und den USA und versteht sich bis heute an der Seite der Peripherie sowie als Sprachrohr gegen (neo-)imperialistische und (neo-)kolonialistische Tendenzen.

Der zweite Schritt fragt nach den Interessen Pekings am afrikanischen Kontinent und untersucht die sino-afrikanischen Beziehungen. Die Analysen bezüglich der chinesischen Interessen gehen mitunter weit auseinander, doch lässt sich die Motivation Chinas in ökonomische, historische und politische Faktoren aufteilen. Angeleitet durch Peking soll die afrikanische Industrialisierung gefördert, die Infrastruktur ausgebaut und durch den chinesischen Staat sowie dessen Unternehmen und Arbeiter*innen finanziert werden.

2.1 Der Aufstieg Chinas

Komponenten des wirtschaftlichen Aufstiegs Chinas

Der wirtschaftliche Aufstieg Chinas liest sich beeindruckend, wie die Zahlen belegen: eine durchschnittliche BIP-Wachstumsrate von 10,5 Prozent in den letzten zehn Jahren, die Verdoppelung des chinesischen Anteils am weltweiten BIP auf 15 Prozent im Jahr 2012 sowie die Ablösung Japans als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt (vgl. Wang 2019: 387). Chinas Erfolgsgeschichte bietet wichtige Aufschlüsse darüber, wie wirtschaftliche Entwicklung

angestoßen werden könnte und zeigt, wie die chinesische Regierung die eigene Zukunft gestalten und internationale Partner*innen anleiten möchte: durch die Förderung der Industrialisierung, den Ausbau der Infrastruktur und die Anziehung von Foreign Direct Investment (FDI) (vgl. Yueh 2019: 21).

In den nachfolgenden Absätzen werden primär vier Komponenten diskutiert: das Agieren des Staates als Lenker der Entwicklung, das Vorantreiben des strukturellen Wandels durch Pragmatismus, die Dynamiken des Welt-Systems, welche den chinesischen Bestrebungen geholfen haben sowie die Gegenposition, also die Annahme, dass die Volksrepublik hauptsächlich von „Delinking“-Maßnahmen profitiert hätte. Für die erste Komponente werden zwei Zeiträume berücksichtigt, innerhalb derer der Staat seine Rolle als entwicklungspolitischer Lenker unterschiedlich interpretiert hat. Bis in die 80er Jahre verfolgte der chinesische Staat eine protektionistische Politik und agierte als Bankier sowie Kreditgeber. Die Substitution heimischer Unternehmen stand im Vordergrund. Während der Öffnung Chinas wurde hingegen die Industrialisierung, der Ausbau der Infrastruktur, die Internationalisierung eigener Unternehmen sowie das Anziehen von FDI gefördert.

Die Regierung Pekings und die regionalen Provinzregierungen agierten innerhalb der letzten Jahre sowohl als Lenkerinnen industriepolitischer Maßnahmen, aber traten mit fortschreitender Industrialisierung in den Hintergrund, um die wirtschaftliche Öffnung zuzulassen. Zu nennen sind insbesondere die vielen industriepolitischen Maßnahmen, welche von der Regierung umgesetzt wurden, wie z. B. "control over direct credit and interest rates, fiscal subsidies (i.e. tax exemptions), import restrictions and protection, licensing firms to engage in particular industries, regulations on exchange rates and foreign direct investment, and intervention in mergers and acquisitions" (Liu 2015: 22-23). Außerdem dreht sich ein großer Teil der Strategie Pekings um FDI. Der wirtschaftliche Aufstieg Chinas war teilweise möglich, weil sich die Politik des Landes auf die Anziehung ausländischer Direktinvestitionen und die Förderung des internationalen Handels drehte, um von den positiven Spillover-Effekten von Technologie und Know-how zu profitieren, welche die Aufholphase der wirtschaftlichen Entwicklung ausmachen (vgl. Yueh 2019: 21).

Chinas Industriepolitik gleicht einem Konsortium von Strategien, die sich aus vorherrschenden chinesischen Ideologien ableiten lassen. Sprich, der Forderung nach einem starken Staat sowie der Erkenntnis, dass die chinesische wirtschaftliche und politische Landschaft sich anpassen muss, um die gesetzten Ziele zu erreichen (vgl. ebd.: 23). Der Fokus lag auf der Umschichtung der Staatsverschuldung, indem die Investitionen für die industrielle Modernisierung verwendet wurden (vgl. ebd.: 23). Auch wenn der Staat bis heute der Kapitän des Schiffes ist, befindet

sich China in einem ständigen Prozess der Balancierung der zentralisierten Steuerung. Die Wirtschaft hat sich von diesem Konzept entfernt und wurde in eine sozialistische Marktwirtschaft transformiert, welche einen wesentlich höheren Marktfokus aufweist, wobei der Staat der Hauptgeldgeber bleibt (vgl. Liu 2015: 24-25).

Anpassungsfähigkeit ist ein entscheidender Faktor, denn nicht nur die Rolle des Staates ist ständig im Wandel, sondern auch die Frage, wer finanziert werden soll. Um wettbewerbsfähig zu sein, wählt die Regierung zwischen der Finanzierung wichtiger Sektoren und der Finanzierung bestimmter erfolgreicher Unternehmen, zur Förderung der Bündelung der Produktion sowie zur Erzielung von Größenvorteilen (vgl. ebd.: 27). Andere Maßnahmen zielten entweder auf die Exportförderung oder die Importsubstitution ab. Die chinesischen Industrien waren stark geschützt, und ausländische Direktinvestitionen waren bis in die späten 1970er Jahre grundsätzlich eingeschränkt (vgl. ebd.: 29).

Als die entsprechenden Schritte zur Öffnung des chinesischen Marktes umgesetzt wurden, kam es zu einer Reihe von Maßnahmen, die ausländische Investitionen in den Exportsektor der leichten Fertigungsindustrie locken sollten und anschließend auf wichtige Industriesektoren wie die Schwerindustrie oder die Kommunikations- und Informationstechnologie ausgedehnt wurden (vgl. ebd.: 29). Exporte wurden hingegen als Mittel zur Steigerung des Niveaus der technologischen Entwicklung und des Wirtschaftswachstums genutzt (vgl. ebd.: 28) genutzt. Die Exportförderung bot ein praktisches Instrument, um die chinesischen Unternehmen zu internationalisieren und ins Ausland zu bringen. Daher wurde eine Vielzahl von Maßnahmen eingeführt, darunter die wiederholte Abwertung des Renminbi, Steuernachlässe, Steuersubventionen, bevorzugter Zugang zu Krediten, günstige Energie- und Rohstoffpreise und direkte Belohnungen (vgl. ebd.: 28). Schließlich wurden die Positionen lokaler Regierungen gestärkt, da ihre Kontrolle über Ressourcenverteilung von Jahr zu Jahr wuchs, wodurch deren Bedeutung unterstrichen wurde und zu einem Wettbewerb zwischen chinesischen Provinzen führte (vgl. ebd.: 31-32).

Folglich geht die Chinesische Regierung davon aus "that their industrialization and open door to foreign investment are partly responsible for their remarkable reduction in poverty" (Brautigam 2009: 193). Deshalb konzentriert sich die chinesische Regierung eher auf die Förderung des industriellen Wandels als auf "traditionelle Hilfe" – sowohl im Rahmen der eigenen Entwicklung, als auch in der Rolle als Geberland. Für Peking ist die Verarbeitungsindustrie der zentrale Schritt aus der Abhängigkeit (vgl. ebd.: 191). Doch vielen Ländern des globalen Südens fehlt die technologische Infrastruktur, um ausländische Direktinvestitionen anzuziehen. China könnte das nötige Interesse wecken, indem die kleineren, nicht allzu fortschrittlichen

Unternehmen ausgelagert werden, indem lokale Arbeitskräfte ausgebildet werden, indem lokale Unternehmen gestärkt oder der lokale Wettbewerb angekurbelt wird, was wiederum die Unternehmen dazu zwingen könnte in eine verbesserte Technologie zu investieren (vgl. Brautigam 2009: 193).

Damit solche "spillovers" und "linkages" funktionieren, ist es von großer Bedeutung, dass sich Cluster von Unternehmen desselben Typs bilden, da die Nähe die Flexibilität von Arbeitskräften und Ideen beschleunigt (vgl. ebd.: 194). Jene Argumente sind viel diskutierte Fragen innerhalb des akademischen Diskurses. Die Frage, ob FDI das Wirtschaftswachstum fördern könnte, ist eine schwierige, die Studienlage schätzt die Auswirkungen von Technologietransfers und „spillover“ als gering ein (vgl. Yueh 2019: 22). Dennoch lässt sich argumentieren, dass im Fall der Volksrepublik eine positive Korrelation zwischen Auslandsdirektinvestitionen und dem Wirtschaftswachstum in China besteht (vgl. ebd.: 21).

Die „Dritte“ Instanz

Angelehnt an Wallerstein und dessen Aussage, dass das heutige Welt-System historisch gewachsen ist aufgrund des Aufstiegs europäischer Länder im 16. Jahrhundert, definiert Li die aktuelle Weltordnung „[as] an established structure of economic stratification and division of labour, [...] based on a capitalist mode of production and [...] driven by the law of value – capitalist accumulation and surplus pursuit“ (Li 2021: 530). Die theoretische Grundlage für Lis Überlegung wächst aus der Annahme, dass die moderne Weltwirtschaft durch eine mehrstaatliche politische Struktur und eine internationale Arbeitsteilung gekennzeichnet ist (vgl. ebd.: 532). Jene Vernetzung hätte eine globale Kultur hervorgebracht, welche sich durch Komplementarität und Spezialisierung in globalen Versorgungs- und Wertschöpfungsketten manifestieren (vgl. ebd.: 533).

Da die Hierarchie innerhalb des Welt-Systems historisch begründet ist, würde die Zukunft einer Nation eher durch ihre historische Position innerhalb der Weltwirtschaft als durch ihre internen Wachstums- und Entwicklungsstrategien geprägt (vgl. ebd.: 533). Ein Aufholen sei nur durch die Steigerung der Produktionskraft, durch wirtschaftliche wie kommerzielle und finanzielle Führungskraft möglich – drei Schritte, welche China innerhalb der letzten Jahre erfolgreich gemeistert hätte (vgl. ebd.: 534).

Entscheidend seien die zwei Perioden zwischen 1949 und 1978 sowie zwischen 1978 und 2010 gewesen (vgl. ebd.: 534; 536). In der ersten Periode sei es Pekings Strategie gewesen, sich zwischen der Dichotomie von Ost und West zu platzieren: „Perceiving itself as the leader of Third World revolutionary movements, China firmly supported Third World countries in their

struggles against hegemonism as well as the struggles waged by some countries of the Second World against interference and control by the superpowers” (Li 2021: 534). Somit wurde eine Alternative abseits der kapitalistischen und sozialistischen Kräfte geboren, die ebenso den Anspruch auf die eigenen transformativen Kräfte für die Wirtschaft, Politik und Gesellschaft hegte und eine strategische Identifikation mit der Peripherie signalisierte (vgl. ebd.: 535). Das Ziel sei die Schaffung einer emanzipatorischen, mobilisierenden Kraft für den politischen und sozialen Wandel, während Chinas nach außen hin wahrgenommene Rolle als Anführer des Globalen Südens nach innen durch den maoistischen sozialistischen Entwicklungspfad der Selbstständigkeit und Selbstversorgung reflektiert und verstärkt wurde (vgl. ebd.: 536).

Die zweite Periode stand im Zeichen der Öffnung Chinas und diente zur Attraktion von FDI und dem Aufbau von arbeits-, kapital- und technologieintensiver Industrien (vgl. ebd.: 536). Auch der Ausbau der Exporte wurde vorangetrieben mit dem Ziel „[to compete] for foreign markets while selectively opening domestic markets to foreign competition in exchange for market access in other countries” (ebd.: 537). Insgesamt profitierte China von seiner Handelspolitik. Ausländische Direktinvestitionen, wertvolles technisches wie geschäftliches Knowhow und Wissen zu Produktionsverlagerungen wurden angezogen, wodurch der Grundstein für Chinas Status als „globale Werkbank“ untermauert wurde (vgl. ebd.: 538-539). Diese Entwicklung sei deshalb möglich gewesen, weil China seine Rolle in der internationalen Arbeitsteilung erkannte und von der Verlagerung von Arbeit profitierte: „China’s emergence as a global manufacturing centre was the result of transnational companies from developed countries, such as Japan, the US and the EU, taking advantage of the manufacturing networks in East Asia and outsourcing their labour-intensive products to China and ASEAN countries for processing and assembling” (ebd.: 538).

Der Einfluss von Infrastruktur auf Entwicklung

Ein weiterer Baustein war und ist der Ausbau der eigenen Infrastruktur. Diese symbolisiert nicht nur eine Ware auf dem Markt, sondern ist eine Voraussetzung für Warenzirkulation und die aufwendige Logistik der industriellen Produktion (Tang 2020: 88). Durch Infrastruktur würde den Ländern der Peripherie und der Semi-Peripherie die strukturelle Entwicklung ermöglicht, denn „whether referring to roadways, water and energy supplies, or waste management, infrastructure builds networks or frameworks that facilitate the efficient flow of all these aspects” (ebd.: 89).

Infrastruktur wird nicht nur als einflussreiche Variable in sich selbst verstanden, sondern übt (sowohl in theoretischen Formulierungen als auch in der praktischen Umsetzung) einen

weitreichenden Einfluss auf diverse Aspekte der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung aus. Der Begriff weist zwei Dimensionen auf: Erstens, der Bezug auf die Grenz- und Transporteffizienz sowie das wirtschaftliche und regulatorische Umfeld (vgl. Portugal-Perez & Wilson 2012: 1295-1296), die sogenannte weiche Infrastruktur. Zweitens, der Ausbau von Straßen, Verkehr, Schiene sowie Informations- und Kommunikationstechnologie (vgl. ebd.: 1295), oder harte Infrastruktur. Eines der Probleme beim Auf- oder Ausbau von Infrastruktur sind die hohen Anfangsinvestitionen. Dennoch hätten bestehende Studien gezeigt, dass es eine positive und signifikante Beziehung zwischen Infrastruktur und Handel gibt (Nwaogwugwu, Olaoye 2018: 8). Im Wesentlichen repräsentiere "[i]nfrastructure [...] social capital expenditure on activities with characteristics such as economies of scale and spillovers from users to non-users. Infrastructure is also the physical components of interrelated systems providing commodities and services essential to enable, sustain, or enhance societal living conditions" (ebd.: 9).

Beispielsweise Frank Bliss betont jene positiven Effekte von sozialer wie harter Infrastruktur. Er geht davon aus, „dass zumindest Kernelemente der Infrastruktur vom Staat garantiert werden müssten und dies auch in den ärmeren [Entwicklungsländern]“ (Bliss 2021: 204). Hierzu zählt für Bliss die Bereitstellung von Bildungseinrichtungen, Gesundheitsleistungen, die Trinkwasserversorgung sowie essentielle Bestandteile der wirtschaftlichen Infrastruktur mit dem Ziel des Aufbaus einer Subsistenzproduktion (vgl. ebd.: 201-202). Ein funktionierende Staatsapparat samt des physischen Anschlusses an den Markt seien demnach Grundvoraussetzungen um den Aufbau von Infrastruktur zu ermöglichen wie auszubauen.

Umgekehrt würde das Fehlen einer funktionierenden Infrastruktur eine hemmende Wirkung auf Entwicklung haben. Einige Autor*innen sehen den Grund in der Verkettung zwischen Infrastruktur und indirekten Kosten. Im Falle Afrikas wird auf die schwierigen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Kontinents verwiesen, wodurch eine Atmosphäre geschaffen worden wäre, in der Infrastrukturprojekte oft ohne triftigen Grund von wechselnden Regierungen vernachlässigt wurden (vgl. Onolememe 2020: 142). Eine Studie der Weltbank berichtet, dass Subsahara Afrika derzeit bei den meisten Indikatoren für Infrastrukturentwicklung hinter anderen peripheren Regionen zurückliegt (vgl. Foster, Butterfield, Chen & Pushak 2019: 30). Dieser Mangel behindere die (wirtschaftliche) Entwicklung auf mehreren Ebenen und hätte negative Auswirkungen auf diverse Faktoren, darunter die Dichte (befestigter) Straßendichte, Kapazitäten für Stromerzeugung sowie der Zugang von Haushalten zu Strom, Wasser und sanitären Einrichtungen (vgl. ebd.: 30). Im Gegenzug würden diese Indikatoren zu hohen indirekten Kosten beitragen, "[which] can be as high as 20-30 percent of total production costs. Analysis shows that more than half of these indirect costs are infrastructure related, with

31 percent relating to transport and 19 percent relating to power alone" (Foster, Butterfield, Chen & Pushak 2019: 31). Zusammengenommen würden diese Faktoren zu einer abnehmenden Rate der Kapitalakkumulation bei gleichzeitiger anhaltender Unterentwicklung beitragen (vgl. Okunlola 2019: 181)

Calderón und Servén attribuieren die positiven Effekte von Infrastruktur primär auf Basis von makroökonomischen Studien, welche auf eine positive Korrelation zwischen Infrastrukturinvestitionen und Wachstum deuten. Dies läge darin begründet, dass Infrastruktur die grundsätzliche Erreichbarkeit, bzw. Anbindung zwischen diversen Gebieten, Städten, Wohnungen oder Industrien ermöglicht und die Produktions- wie Transaktionskosten senke (Calderón & Sevrén: 5). Ähnlich wie von Bliss beschrieben, ergibt sich in der Folge ein verbesserter Zugang zu Gesundheit und Bildung (vgl. ebd.: 6). Statistiken, wie z.B. der Gini-Koeffizient, welche sich mit der Messung von Ungleichheit, Armut und Entwicklung befassen, bewerten Infrastrukturentwicklung positiv, denn arme Menschen und Bewohner*innen rückständiger Gebiete erhalten Zugang zu zusätzlichen produktiven Möglichkeiten (vgl. ebd.: 22). Daher schlussfolgern Calderón und Sevrén, dass sich Infrastruktur positiv auf langzeitiges ökonomisches Wachstum ausübt, dass dadurch die Einkommensungleichheit reduziert wird, dass die dafür notwendigen Investitionen zwar großen Summen benötigen, diese aber aufgrund der Schlüsselrolle von Infrastruktur zur Armutsbekämpfung gerechtfertigt seien (vgl. ebd.: 26-27).

Solche Studien, die einen positiven Zusammenhang zwischen Infrastruktur und Entwicklung erkennen, beziehen sich meist auf makro-ökonomische Daten. Problematisch ist, dass diese Daten Infrastruktur teilweise aufgrund von hypothetischen Auswirkungen bewerten, welche sich aber nur innerhalb der richtigen Voraussetzungen entfalten können. Ansar et al. führen dies auf den Umstand zurück, dass Infrastruktur in der Makroökonomie als exogener kostensenkender technologischer Input in die Wirtschaft, welcher sich in den Transportkosten widerspiegelt, bewertet wird (vgl. Ansar, Flyvbjerg, Budzier, & Lunn 2016: 362). Je besser die bestehende Infrastruktur, desto geringer sind die Transaktions- oder Transportkosten.

Ansar et al. weisen auf die Probleme von Infrastrukturinvestitionen hin und betonen, dass „poor project-level outcomes translate into substantial macroeconomic risks: accumulating debt and non-performing loans; distortionary monetary expansion; and lost alternative investment opportunities“ (ebd.: 362). Die Gefahr läge darin begründet, dass auch in Fällen von geringer oder keiner Produktivitätsverbesserung von positiven Auswirkungen im Sinne von Spillover-Effekten oder Network Externalities ausgegangen wird (vgl. ebd.: 363-364). Infrastrukturinvestitionen als Mittel für Entwicklung sei demnach eine verdrehte Annahme, weil die Grundlage für Entwicklung noch immer langjähriges, stetes ökonomisches Wachstum sei. Im Falle Chinas

hätte sich gezeigt, dass die gewagte wirtschaftliche Liberalisierung und die institutionellen Reformen den Wettbewerb förderten und das private Unternehmertum unterstützen (vgl. Ansar, Flyvbjerg, Budzier, & Lunn 2016: 379).

In eine ähnliche Kerbe schlagen Esfahani und Ramirez. Zwar gestehen sie Infrastrukturinvestitionen positive Effekte auf Entwicklung zu, jedoch betonen sie, dass das Wirtschaftswachstum die Nachfrage und das Angebot an Infrastrukturleistungen ebenfalls beeinflusse, was womöglich zu der positiven Verzerrung der erwarteten Renditen für Infrastruktur führe, sollten die endogenen Faktoren nicht berücksichtigt werden (vgl. Esfahani & Ramirez 2002: 443). Eine Besonderheit machen sie an der Verknüpfung zwischen Infrastruktur und staatlichen Institutionen fest. Dies begründen die Autor*innen damit, dass Infrastruktur deshalb ein interessantes Beispiel sei, weil sie in der Regel umfangreichen staatlichen Kontrollen unterliege (vgl. ebd.: 444). Um die erwünschten Vorteile von Infrastrukturinvestitionen zu sichern und den Risiken der andauernden, teuren Kredite bzw. Ausgaben entgegenzuwirken, sei es erforderlich über Institutionen zu verfügen, welche den Prozess organisatorisch wie formell begleiten. Die institutionellen Fähigkeiten, welche der Regierungspolitik Kreditibilität und Effektivität verleihen, würden im Entwicklungsprozess, hervorgerufen durch das Wachstum der Infrastrukturen, eine besonders wichtige Rolle spielen (vgl. ebd.: 470-471).

Förderung von strukturellem Wandel

Die nachfolgende zweite Komponente beschreibt die Förderung des strukturellen Wandels. Durch die ständige Anpassung und Berücksichtigung desselben, sei es China gelungen den Sprung von der Agrarindustrie hin zur Herstellungsindustrie zu machen. Im Wesentlichen unterstreicht diese Annahme, die bis dato aufgelisteten Maßnahmen Pekings und versucht jene zu charakterisieren. Gleichzeitig sei eine Strategie verfolgt worden, welche in ihrem eigentlichen Sinne keine Strategie sei, sondern ein „Erproben“ der Praxis, charakterisiert durch Pragmatismus.

Zu diesem Zweck analysiert Tang, warum das Wachstum der Produktionskapazitäten, ein dem Kapitalismus inhärentes Phänomen, welches allen Ländern innerhalb des Welt-Systems (ganz gleich ob kapitalistisch oder nicht-kapitalistisch) aufgezwungen wird, entscheidend ist für Entwicklung und warum Experimente und konstanter Wandel zwei Eckpfeiler zur Erreichung dieses Ziels darstellen (vgl. Tang 2020: 27). Ein voranschreitender Wandel der sozialen Strukturen sei unabdingbar für die Erweiterung der Produktionskapazitäten (vgl. ebd.: 31). Unter Ökonom*innen sei diese Verbindung bekannt als „structural transformation“ und China sei ein Paradebeispiel für den Erfolg des Modells, da China während seines rasanten Wachstums parallel

einen wirksamen Strukturwandel durchlaufen hätte: Der Agrarsektor wurde erheblich reduziert, während der gleichzeitigen zunehmenden Urbanisierung (vgl. Tang 2020: 32). Experimente und struktureller Veränderungen seien der Kern dieses wandelbaren Ansatzes, woraus sich ein Baukasten ergeben würde, der an die einzigartigen Bedürfnisse individueller Nationen anpassbar sei: „First, because comprehensive transformation touches all aspects of society, policy change must be incremental – no single policy can bring about comprehensive structural transformation. Second, every developing nation must approach structural transformation differently given their unique traditions and societal forms” (ebd.: 32).

Indem der chinesische Markt und die Regierung in Peking interagierten und sich aneinander anpassten, sei es China gelungen aus schwierigen sozioökonomischen Verhältnissen zu einem globalen industriellen Kraftzentrum aufzusteigen und sei ein Beispiel, wie Nationalstaaten dem Teufelskreis von Armut und schlechter Regierungsführung wirksam entkommen könnten (vgl. ebd.: 34). Dabei gab es kaum Theorien oder Regeln denen gefolgt wurde, vielmehr wurde direkt die Praxis erprobt. Durch „trial and error“ hätten verschiedene Akteur*innen gelernt unter dem Leitstern der Produktivitätssteigerung miteinander zu arbeiten (vgl. ebd.: 36). Problematisch an dieser Vorgehensweise seien die unklaren Richtlinien und fehlenden Vorgaben für das Erreichen langfristiger Ziele. Eine strategische Ausrichtung sei erforderlich, um die sich entwickelnden Synergien hin zu einem erfolgreichen Strukturwandel zu kanalisieren (vgl. ebd.: 36).

Die Deindustrialisierung des Globalen Nordens

Die dritte Komponente beschreibt China als Profiteur der global-wirtschaftlichen Prozesse. Ist dies der Fall, dann werden die Periode der Öffnung Chinas und der Umstand betont, dass Peking die eigene Herstellungsindustrie zu einer Zeit förderte, in der eine Deindustrialisierung in vielen Ländern des Globalen Nordens einsetzte. Diese verlagerten ihre Produktion vermehrt ins Ausland und China konnte sich als „Werkbank der Welt“ etablieren.

In der aktuellen Periode, sprich seit 2010, würden wir eine Weltordnung erleben, die sich, ganz nach Wallersteins Beschreibung der hegemonialen Zyklen, im Umbruch befinde (vgl. Li 2021: 539). Jede Volkswirtschaft müsse sich den Gesetzen des Kapitalismus stellen und sei aufgrund des grundlegenden Mechanismus der Kapitalakkumulation und der Gewinnmaximierung eingeschränkt (vgl. ebd.: 539). Peking aber könne den Platz an der Spitze einnehmen, gerade weil die Volksrepublik aufgrund ihrer wirtschaftlichen Integration und der inhärenten Marktabhängigkeit von Produktionskapazitäten sowie von Kapitalakkumulation (vgl. ebd.: 539).

Diese internen wie externen Charakteristika hätten den Aufstieg Chinas hervorgebracht. Intern hervorzuheben sei der Fokus auf die bereits erwähnte Strategie der Orientierung auf Exporte,

wohingegen ein zentraler externer Faktor in unmittelbarer Verbindung hierzu steht: die gleichzeitige Deindustrialisierung in den Ländern des Zentrums und der Peripherie (vgl. Li 2021: 540). Beide, interne und externe Faktoren, seien die Folgen des rasanten Wirtschaftswachstums in China der letzten Jahre, welche als positive Spillover-Effekte der Ausnutzung der ökonomischen Aufwärtsmobilität gesehen werden können, weshalb die Volksrepublik als Gewinnerin der Umverteilung von Kapital innerhalb des Welt-Systems gesehen werden kann (vgl. ebd.: 540).

Grundsätzlich seien es solche Kapital- und Produktionswanderungen, die Ländern die Möglichkeit zum Aufstieg biete (vgl. ebd.: 541). Aufwärtsmobilität sei aber nur dann möglich, wenn die Wanderung hierarchisch gesehen abwärts verläuft: „In the view of Wallerstein’s World-System Theory, for capital to be shifted away from declining into rising sectors, the declining sectors need to be relocated from the core to the semi-periphery (or to the periphery, according to the labour conditions and the technological level)” (ebd.: 541). Die ökonomischen Reformen Pekings hätten in einer solchen Periode stattgefunden. In den späten 1970er und 1980er Jahren hätte China mit der Umsetzung der Wirtschaftsreformen sowie ihrer „Open Door Policy“ begonnen und zeitlich mit der Entfaltung der neoliberalen Globalisierung innerhalb des Zentrums zusammenfiel (vgl. ebd.: 542). Ein Beleg für diese Entwicklung sei jene angesprochene anhaltende Deindustrialisierung in den Zentrumsländern innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte (vgl. ebd.: 542). In diesem Sinne sei China einer der größten Nutznießer der Deindustrialisierung im Globalen Norden und Zielort der globalen Produktionsverlagerungen, was dazu beigetragen hätte, die Position in der globalen Wertschöpfungsketten zu verbessern (vgl. ebd.: 542).

Protektionismus und Delinking

Während Li die Struktur des globalen Handels und die sich daraus ergebenden Verflechtungen als Grund für Chinas Aufstieg erkennt, gibt es auch solche Autor*innen, welche die protektionistische Politik Pekings hervorheben – und damit die erste Periode. Die Gegenposition zu Li stellt die letzte Komponente dar. „Delinking“ hätte den Aufstieg Chinas ermöglicht, indem Peking sich vor den Einflüssen der Welt-Wirtschaft strategisch geschützt hätte. Erkennt Li den Zeitraum der Öffnung als Startrampe, argumentieren beispielsweise Artner und Rayman hingegen, dass es die Politik der ersten Perioden war, die den Grundstein für die erfolgreiche chinesische Entwicklung gelegt hätte.

Raymans Forschung setzt in jener Zeit an, als Peking selbst Empfänger von Entwicklungsgeldern war. Obwohl China durchaus von Mechanismen ähnlich denen der SAP’s profitierte, sei die Politik Pekings nicht neoliberal. Chinas Aufstieg erkläre sich durch das Ende der

Kolonialisierung sowie der imperialistischen Bedingungen des Welthandels und der eigenen Souveränität, was die Möglichkeit der Besteuerung wie Regulation der heimischen Wirtschaft und ausländischer Investor*innen begünstigt hätte (vgl. Rayman 2021: 102-103). Tatsächlich sei die Natur der restriktiven Steuerpolitik, der Subventionen für die Wirtschaft und Infrastruktur, der Diebstahl geistigen Eigentums und das Beharren darauf, dass ausländische Unternehmen nur im Austausch gegen Eigentum und Technologie in China tätig werden dürfen, Elemente, welche der Strukturanpassungspolitik konträr seien (vgl. ebd.: 103). Der Kern sei die Handlungsfähigkeit des chinesischen Staatsapparates gewesen. China sei kein neoliberales Paradies, sondern verkörpere den Ansatz, die Autorität der Regierung zur autonomen Entwicklung der Wirtschaft, unabhängig von externen Institutionen, zu nutzen (vgl. ebd.: 103).

Zunächst reiht sich auch Annamária Artner in die Riege solcher Autor*innen ein, die eine Krise des Welt-Systems, unter Berücksichtigung der Vorhersagen Wallerstein, erkennen. Die US-Wirtschaft, das einstige Zugpferd des Zentrums, würde auf den Boden der Tatsachen geholt und das aktuelle kreditbasierte Wirtschaftswachstum spiegle das Ende eines langen Zyklus kapitalistischen Reproduktion wider – auch bekannt als Kondratieff-Welle (vgl. Artner 2020: 1881). Gleichzeitig prophezeit sie den Aufstieg Asiens, unter der Führung Chinas, in das Zentrum, was wiederum zu Fragen bezüglich der Tauglichkeit, Führungskraft und der (sozialen) Innovationsstärke Pekings führt (vgl. ebd.: 1882). Die Frage sei, inwiefern ein tatsächlicher Wandel hervorgerufen werden kann. Daran angeschlossen ist die Hoffnung, dass der Übergang zu einer alternativen globalen Ordnung die Zusammenarbeit der Anführer*innen dieser Transformation mit solchen Nationen bedeute, die sich ebenfalls vom Mechanismus der Ausbeutung des transnationalen Kapitalismus abkoppeln (vgl. ebd.: 1882).

Den Grund für die Krise des Welt-System erkennt Artner in jenem ausbeuterischen Wesen transnationalen Kapitals, welches den Unternehmen des Zentrums zu enormen Wachstum verholfen hätte: „Through their value chains, they systematically drain the national labour (surplus value) of the ex-socialist and developing countries and accumulate wealth and power at the expense of the working class of both the periphery and the centre” (ebd.: 1883). Die Integration der Peripherie in das Welt-System und somit in den Strudel der Kapitalakkumulation sei der entscheidende Stolperstein für Entwicklung. Eigentlich sollte der umgekehrte Weg gewählt werden, sodass jedes aufstrebende Unternehmen, das aufholen und die Welt verändern will, seine Unabhängigkeit von der globalen Hierarchie der Kapitalakkumulation gewinnen oder bewahren muss (vgl. ebd.: 1885).

Trotzdem würde weiterhin die Ideologie des „catching up“ vonseiten des Globalen Nordens durch die Eingliederung der Peripherie in das Welt-System propagiert, obwohl die Anzahl der

Rückstöße die Anzahl der Erfolge übertreffen würde (vgl. Artner 2020: 1886). Der Grund sei die Art und Weise sowie der Grad der Einbettung in das System der globalen Kapitalreproduktion und der Finanzströme: Letztere würden die Richtung des Mehrwerts bestimmen, welcher zur Ausbeutung der menschlichen und natürlichen Ressourcen der Peripherie führe (vgl. ebd.: 1886). Um die Abwanderung von Kapital, Arbeitskräften und Ressourcen aus der Peripherie zu stoppen, sei eine Abkopplung, also das Delinking vom Welt-System notwendig. Diese „Entkopplung“ sei nicht mit Autarkie zu vergleichen, sondern ziehe die Weigerung, sich der herrschenden Logik des kapitalistischen Weltsystems zu beugen, nach sich (vgl. ebd.: 1886).

Delinking würde den Fokus auf die eigenen Produktionskräfte lenken, wodurch den negativen Auswirkungen der Integration in den globalen Markt entgegengewirkt werden würde, denn die Integration in das WST deformiere heimische Wirtschaftsstrukturen und hemme die technologische Entwicklung, wodurch die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der (Semi-)Peripherie eingeschränkt würde (vgl. ebd.: 1887). China, so Artner, hätte eine solche Strategie verfolgt und grenzt sich bis heute in gewisser Weise von internationalen Finanzflüssen ab: „This is the independence of the Chinese domestic economy from the global financial circles, which must be preserved if China wants to avoid its subjugation to the centre capital and emerge as an epoch-changing global power in the foreseeable future“ (ebd.: 1890).

Folglich hätte Peking für mehrere Dekaden die Unabhängigkeit gegenüber dem globalen Kapital gesucht, um die nationale Währung sowie den heimischen Markt vor ausländischen Kräften zu schützen und um auf diese Weise zwischen der Regulierung des Marktes und „laissez-faire“ zu balancieren (vgl. ebd.: 1892). Die Öffnung Chinas sei eine diesem Modell konträr gegenüberstehende Entwicklung und in dieser Maßnahme erkennt Artner potentielle Gefahren. Die finanzielle Liberalisierung Pekings könnte den Einfluss der globalen Finanzmärkte sowie der Kapitalflucht mehr Raum geben und zum Vertrauensverlust in den Renminbi führen, was dem Ziel des Aufholens als auch dem Streben nach einer globalen Führungsposition konträr gegenübersteht (vgl. ebd.: 1892).

2.2 Das Interesse Pekings an Afrika

Chinas Rolle als Mentor und Partner in der Entwicklung afrikanischer Länder

Der sino-afrikanische Handel wächst und wächst. Bereits seit 2009 ist China der größte Handelspartner des afrikanischen Kontinents (vgl. Tang 2020: 1). Beispielsweise im Jahr 2018 stieg der Handel auf 204,19 Milliarden Dollar – mehr als Afrikas Handel mit den Vereinigten

Staaten, Japan, Frankreich und dem Vereinigten Königreich zusammen (vgl. Tang 2020: 1). Auch Pekings FDI in Afrika ist stetig gestiegen, weshalb Autor*innen nach den Anreizen chinesischer Investitionen forschen (vgl. ebd.: 4). Die Zusammenarbeit geht jedoch über eine bloße wirtschaftliche Kooperation hinaus. Die Installation des „Forum on China-Africa Cooperation“ (FOCAC) verweist auf die zunehmende holistische Präsenz und Aktivität auf dem afrikanischen Kontinent, aber führt unweigerlich zu der Frage, welche Interessen China in Afrika verfolgt, ob neokoloniale Tendenzen zu erkennen sind, ob Afrika aufgrund seiner Ressourcen geplündert wird und ob sich Peking durch Entwicklungsarbeit Einfluss erkaufte (vgl. Wenping 2020: 39).

Bereits im Jahr seines Amtsantritts äußerte Xi Jinping die Vision der Kooperation zwischen China und Afrika zur Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft, basierend auf ähnlichen historischen Erfahrungen und als Partner*innen, die vor Entwicklungsherausforderungen stehen und wichtige strategische Interessen teilen (vgl. ebd.: 40). Chinesische Politiker*innen betonen das Wachstumspotential des Kontinents, bezogen auf die Anzahl afrikanischer Stimmen in den Vereinten Nationen, die Möglichkeiten (wirtschaftlicher) Entwicklung und heben die kulturelle Vielfalt der 51 Nationalstaaten hervor (vgl. ebd.: 40). Das Ziel sei die Gleichstellung der afrikanischen Partner*innen. Anstatt die strategischen Hebel – der politische Einfluss und die wirtschaftlichen Vorteile der kapitalistischen Ausbeutung der afrikanischen Ressourcen – zu ziehen, strebe Peking nach gegenseitigem Nutzen durch gemeinschaftliche Entwicklung und Wohlstand (vgl. ebd.: 41).

Ein essentieller Grund für die Nähe Peking zum afrikanischen Kontinent liege in der Ähnlichkeit der Entwicklungspfade und deren Komplementarität: Viele afrikanischen Ländern müssten lernen zu wachsen und Peking sei bereit die Rolle als Mentor anzunehmen, indem die eigene wirtschaftliche Erfolgsgeschichte im Rahmen einer breiteren Süd-Süd-Zusammenarbeit geteilt würde (vgl. ebd.: 41). Dieser Anspruch würde aktiv und unbeirrt verfolgt, sogar angesichts wachsender Herausforderungen, nachlassendem Wirtschaftswachstums und industriellen Überkapazitäten (vgl. ebd.: 42). Während der Fokus weiterhin auf der Förderung der afrikanischen Industrialisierung und dem Ausbau von Infrastruktur liege, würden inzwischen Themen wie finanzielle Integration, grüne Entwicklung, Handelsförderungen, Armutsbekämpfung, öffentliche Gesundheit, kultureller Austausch sowie Frieden und Sicherheit Einzug in die chinesische Agenda erhalten (vgl. ebd.: 42).

Historisch beziffern sich die Wurzeln der sino-afrikanischen Zusammenarbeit auf den Beginn der Auflösung der UdSSR: „After the disintegration of the USSR, the majority of African nations embarked on a Western-designed political path of multiparty democracy even as they

launched economic reforms by implementing the Structural Adjustment Programs formulated by the World Bank and International Monetary Fund” (Wenping 2020: 43). Angezogen von Themen wie Freiheit, universalen Menschenrechte und Demokratie, hätten zwar viele afrikanischen Länder Gefallen gefunden am „westlichen“ Modell, seien aber aufgrund der teilweise negativen Entwicklungen durch die Agenda von Bretton Woods oder der SAP’s enttäuscht worden (vgl. ebd.: 43-44). Die Folge: Afrikanische Staats- und Regierungschefs hätten sich an Peking gewendet, um von der Expertise zu traditionellen Entwicklungsfragen wie Armutsbekämpfung und Wirtschaftswachstum oder zur Organisation, bzw. zum Aufbau von Regierungen zu lernen (vgl. ebd.: 44).

Chinas Zugriff auf afrikanische Märkte

Ein entscheidender Unterschied zwischen den sino-afrikanischen Handelsbeziehungen und jenen Beziehungen, die der Globale Norden zum afrikanischen Kontinent pflegt, sei die Heterogenität der Partnerländer. Im Jahr 2016 konzentrierten sich 72 Prozent des US-Handels mit Afrika auf sechs Länder, während 72 Prozent des chinesischen Handels mit Afrika auf elf Länder verteilt waren (vgl. Tang 2020: 63). Die Zahlen der EU würden denen der USA ähneln und offenbare die Bereitschaft Chinas mit einem breiten Spektrum von Ländern zusammenzuarbeiten, während sich der Globale Norden auf einige besser gestellte und große Länder in Afrika konzentrieren würde (vgl. ebd.: 63). China würde demnach teilweise auf schwächeren afrikanischen Märkten handeln, wodurch Peking Wettbewerbsvorteile nutzen könne und die dortigen Wirtschaften aufbrechen würde (vgl. ebd.: 63). Für manche Verbraucher*innen ermögliche dies den Kauf billiger Waren, während einige afrikanische Hersteller*innen beklagen, dass die lokale Wirtschaft durch die chinesische Konkurrenz ausgehöhlt werden würde (vgl. ebd.: 63).

Diese Wirkung aber müssen im richtigen Kontext untersucht werden. Es würde sich abzeichnen, dass jene ausbeuterischen Effekte in wenigen, bestimmten Sektoren (Textilien, Bekleidung und Schuhe) und primär in den Ländern von Sub-Sahara-Afrika auftreten – also in solchen Ländern, deren Industrialisierung noch nicht weit vorangeschritten sei (vgl. ebd.: 64). Zudem hätten die günstigeren chinesischen Waren entweder eine Marktlücke gefüllt oder teure Produkte ersetzt, die zuvor aus Industrieländern importiert wurden. (vgl. ebd. 64). Trotzdem müsse darauf hingewiesen werden, dass China eine der größten Gefahren für die afrikanische Textilindustrie darstelle – ein Umstand, der aber nicht primär die Schuld der Handelspolitik Pekings sei, sondern eher auf die Eliminierung von Handelsrestriktionen zurückzuführen sei (vgl. ebd.: 65-66).

In der jüngeren Vergangenheit sei der Zugang zu fremden Märkten ein wesentlicher Teil der umfassenderen nationalen Entwicklungsstrategie Pekings (Eisenman 2012: 793). In diesem Sinn würden fünf Charakteristika den sino-afrikanischen Handel definieren:

China's comparative advantage in labor-intensive and capital-intensive production; Africa's abundant natural resource endowments; China's rapid economic growth; China's emphasis on infrastructure building at home and in Africa; and the emergence of economies of scale in China's shipping and light manufacturing sectors (ebd.: 793)

Eisenman präsentiert mehrere Theorien, die erklären könnten, weshalb China den afrikanischen Kontinent als wichtigen Handelspartner sieht und weshalb eine Offenheit gegenüber repressiven Regimen besteht: relative factor abundance theory, gravity trade theory, increasing returns to scale, technology and transportation costs und political trade (vgl. ebd.: 797-803). Grund für die Varianz an Erklärungen sei die Trennung zwischen solchen Forscher*innen, die glauben, dass die bestehenden Wirtschaftstheorien des internationalen Handels die Muster der chinesischen Zusammenarbeit mit Afrika ausreichend erklären können, und jenen, die politische Aspekte Beachtung schenken (vgl. ebd.: 796).

Komparative Vorteile

Mit der relative factor abundance theory wird von ökonomischen Umständen ausgegangen, angelehnt an das Model von Heckscher und Ohlin. Diese Theorie geht davon aus, dass die unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten, bezogen auf Ressourcen, Arbeit wie Kapital die Struktur des chinesischen Handels mit Afrika erklären sollten (vgl. ebd.: 797). Bezogen auf den extremen Bedarf an Rohstoffen von chinesischer Seite und die Fülle an vorhanden Rohstoffen auf Seite der afrikanischen Länder (vgl. ebd.: 798), erscheint diese Argumentation konsequent.

Ein Papier der Universität von Ibadan, das die chinesisch-nigerianischen Investitionsbeziehungen analysiert, kommt zu dem Schluss dass Chinas Industrialisierungsbestrebungen und der Zustrom an FDI zu der rasant wachsenden Herstellungsindustrie geführt hätte, welche Öl und Mineralien benötigt, da der Bedarf die inländischen Ressourcen übersteigen und diese aus dem Ausland bezogen werden müssen (Oyeranti, Babatunde & Ogunkola 2011: 184). Es erscheint logisch, dass ein Großteil der chinesischen Investitionen in afrikanischen Ländern in solche Sektoren investiert wird, die für China von strategischem Interesse sind, weshalb chinesische Firmen Milliarden investieren würden, um im Austausch gegen ihr Ingenieurs- und Infrastruktur-Knowhow Zugang zu Öl, Gas, Mineralien und anderen natürlichen Ressourcen zu bekommen (vgl. ebd.: 184). Das Motiv für chinesische Direktinvestitionen (FDI) scheint klar: Während ein Großteil der europäischen oder nordamerikanischen Geldgeber*innen in der Regel den

Markt suchen, sei chinesisches FDI in Afrika primär ressourcenorientiert und sekundär nach markorientiert (vgl. Oyeranti, Babatunde & Ogunkola 2011: 190).

Die Zusammensetzung der Handelspartner*innen zwischen China und Afrika offenbare, dass sich der Handel auf einige wenige Öl-produzierende Länder beschränkt, wohingegen chinesische Importe mehr Zugänge auf dem afrikanischen Kontinent hätten (vgl. Broadman 2012: 100). Dieses Bild ergebe sich aus der unterschiedlichen Zusammensetzung der jeweiligen Ökonomien unter Rücksichtnahme des bereits vorgestellten Modells von Heckscher und Ohlin. Broadman verweist daher auf den komparativen Vorteil afrikanischer Staaten durch die Spezialisierung auf den Ressourcenhandel, wohingegen China durch Fachkräfte, Industrialisierung und technisches Knowhow einen Vorteil im Bereich der Industrieerzeugnisse besitze (vgl. ebd.: 102).

Die Befürchtung, dass auf diese Weise ein wachsender Fokus auf den Ressourcenhandel durch afrikanische Länder erfolgt, wodurch jegliche Versuche der Diversifizierung verhindert würden, bleibt bestehen, doch die Statistiken würden eine gegenteilige Entwicklung, aufgrund von steigenden Exporten afrikanischer Industriegüter, nahelegen (vgl. ebd.: 102). Die Hoffnung wäre, dass Chinas kommerzielles Engagement in Subsahara-Afrika lokalen Unternehmen hilft, auf den natürlichen Ressourcen des Kontinents aufzubauen und eine komplexe und vernetzte Wirtschaft aufzubauen, wodurch Kapital gehalten werden könne und die Integration heimischer Firmen am globalen Handel gelingen könne (vgl. ebd.: 102).

Steigende Erträge, wachsende Zusammenarbeit

Die Erklärung, weshalb es aber auch abseits komplementärer Industrien zur Zusammenarbeit kommt, oder weshalb Peking große Summen in Richtung der Industriepolitik lenkt, bliebe vorerst aus (vgl. Eisenman 2021: 799). Das Konzept der increasing returns to scale könnte die Erklärung liefern. Dieses Prinzip besagt, dass steigende Erträge ein Motiv für Spezialisierung und Handel, abseits des komparativen Kostenvorteils, seien und zu Handel führen würden, selbst wenn der komparative Vorteil von geringer Bedeutung sei (vgl. ebd.: 799). Durch einen Fokus auf Infrastrukturinvestitionen ließen sich die ökonomisch-inspirierten Erklärungsansätze mit den politisch-inspirierten verbinden. Die grundlegenden Annahmen finden sich im vorigen Abschnitt dieser Arbeit: Eine nicht ausreichende Infrastruktur kann zu hohen Kosten führen, weshalb Investitionen in dieselbe eine Art Schnellzündung für nationales ökonomisches Wachstum darstellen könnten und auf längere Zeit ausländisches Kapital anlocken würden (vgl. ebd. 800).

Der Bedarf an Infrastruktur auf dem afrikanischen Kontinent scheint unumstritten. Infrastruktur wird benötigt, um die Wasser- und Energieversorgung sowie den Ausbau der Telekommunikation zu gewährleisten, weshalb der tatsächliche Wert von Infrastruktur über ökonomische Faktoren hinausgehe (vgl. Tang 2020: 81). Daher sei „large-scale infrastructure construction [...] a highly important affair; lines of communication such as railroads or highways are the major arteries of a nation, and they play a crucial role in a country’s political, economic, and social development” (ebd.: 81). Gefahren lauern im Bereich der Investitionen. Große Mengen an Kapital, an Arbeiter*innen und an Arbeitszeit würden benötigt, weshalb die Politik in der Planungsphase Kosten präzise kalkulieren müsse, und Einnahmen wie Ausgaben bedächtig verwalten müsse (vgl. ebd.: 81). Infrastrukturinvestitionen bedingen jedoch einen gewissen Grad an (finanzieller) Unsicherheit und Langzeitriskien können verborgen bleiben, weshalb die Kosten und der Nutzen groß angelegter Infrastrukturprojekte selten durch ein allgemeingültiges Standardverfahren bemessen werden könnten, sondern eine andauernde (Re-)Evaluierung erforderlich sei (vgl. ebd.: 81-82).

Ein Bericht der World Bank aus dem Jahr 2010 kam zu dem Schluss, dass die afrikanische Infrastruktur im Vergleich zum Globalen Norden, aber auch im Vergleich mit anderen Ländern der (Semi-)Peripherie zurückliegt – vor allem der Ausbau der Straßen und die Verfügbarkeit von Elektrizität sei unzureichend (vgl. ebd.: 83). Die Gründe für die Rückstände seien mannigfaltig: Der Kontinent ist nicht dicht besiedelt, ein Großteil der Bevölkerung lebt in ländlichen Gebieten und die Urbanisierung ist gering; durch diese Verteilung erhöhen sich die Kosten für Infrastruktur, da mehrere Gebiete miteinander verbunden werden müssen; die regionale Politik ist kompliziert und die Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg ist ineffektiv; bestehende Infrastruktur ist alt (zumeist aus der Kolonialzeit) (vgl. ebd.: 83-85).

Die infrastrukturellen Defizite hätten die sozio-ökonomische Entwicklung des Kontinents blockiert, indem Transporte (sowohl Waren- als auch Personenverkehr) zu langsam vorankämen und mit hohen Kosten verbunden seien, wodurch wiederum Engpässe entstehen können, die sich negativ auf den Markt und auf die Preise auswirken würden (vgl. ebd.: 85). Die Behebung dieser Defizite hätte aber nie stattgefunden und ein entscheidender Faktor, so Tang, sei die Politik der SAPs gewesen, welche die Investments in die afrikanische Infrastruktur faktisch blockiert hätten. Die Geberländer des Globalen Nordens seien von Investitionen in Infrastruktur und Wirtschaftswachstum auf Investitionen in die staatliche Verwaltung sowie die Bereitstellung grundlegender Sozialleistungen für die ärmere Bevölkerung umgestiegen (vgl. ebd.: 87). Die Auswirkung seien dramatisch: „For a full twenty years, insufficient investment in infrastructure has left Africa with crippling limitations on transportation, energy, water provision,

and sanitation; making it difficult to meet the demands of daily life let alone achieve economic development” (Tang 2020: 87).

Infrastrukturentwicklung ist also eines der Kernmerkmale der sino-afrikanischen Partnerschaften, geprägt durch Projekte in über 40 Ländern der Sub-Sahara-Region und in Bereichen wie Transport, Verkehr, Wasseraufbereitung sowie -versorgung, Abwasseranlagen, Kommunikation, Gesundheitswesen, Bildung und Energieversorgung (vgl. Managa & Thokozani, Simelane 2018: 34). Einem Bericht der Weltbank zufolge, seien die chinesischen Finanzmittel ausreichend, um einen wesentlichen Beitrag zur Deckung des enormen Infrastrukturbedarfs in Afrika zu leisten (vgl. ebd.: 38). In den meisten Fällen würden die Projekte von den chinesischen state-owned enterprises (SOE) durchgeführt werden, also Top 500 Unternehmen mit Milliarden Umsätzen, meist über 100.000 Mitarbeiter*innen und wertvollem technischen und wissenschaftlichen Knowhow (vgl. ebd.: 40). Zwischen 2010 und 2012 waren es diese Unternehmen „[that] appropriated in total 89.34 billion yuan (US\$14.41 billion) for foreign assistance in three types: grant (aid gratis), interest-free loans and concessional loans. In that time, China built 286 economic infrastructural projects in Africa” (ebd.: 42).

Die Erfolge der Zusammenarbeit lesen sich beeindruckend: ein GDP-Wachstum von etwa 3,84% jährlich zwischen 2008 und 2014, ein Anstieg des Import-Export-Volumen von 91 Milliarden US-Dollar auf 210 Milliarden US-Dollar im gleichen Zeitraum sowie die Verdopplung chinesischer Aktieninvestitionen in Afrika auf etwa 26 Milliarden US-Dollar (vgl. ebd.: 43). Dazu geselle sich der Aufbau von Foren für Themen wie Landwirtschaft, Technologie, Kultur oder Finanzen, um die ökonomischen Strukturanpassungen und die Urbanisierung effizient zu gestalten (vgl. ebd.: 44-45). Peking wendet die Lehren der eigenen Vergangenheit auf dem afrikanischen Kontinent an und die Erfahrung hätte gezeigt, dass Industrialisierung den Prozess der Urbanisierung beschleunigen kann, was wiederum zum industriellen Strukturwandel beitragen würde und gleichzeitig den Mangel an Arbeitskräften behebt (vgl. ebd.: 45). Speziell die Finanzierungsmodelle Pekings seien attraktiv für afrikanische Länder, charakterisiert durch das Prinzip des “Win-Win”. Das Modell der Finanzierung von Infrastruktur im Austausch gegen Ressourcen eröffne die Freigabe chinesischer Kredite für diverse Projekte, während die Regierungen der afrikanischen Länder chinesischen Unternehmen erlaube lokalen Unternehmen bei der Erschließung von Ressourcen zu helfen und in einigen Fällen die Rückzahlung der Kredit ermögliche (vgl. ebd.: 48).

Ein weiteres Anzeichen für den Beleg der „return to scales“ wäre der Verweis auf die zunehmend heterogene Streuung von FDI, welches abgesehen von Ressourcen auch Sektoren wie Finanzen, Telekommunikation, Energie und den Einzelhandel erreicht (vgl. Broadman 2012:

103). Chinesische Investments liegen mit etwa 1,3 Milliarden US-Dollar zwar noch weit hinter denen der EU zurück, jedoch zeige sich abseits der geografischen Diversifizierung, dass Chinesische Firmen ihre Investitionen auf dem Kontinent auch nach Sektoren diversifizieren; darunter Bekleidung, landwirtschaftliche Verarbeitung, Stromerzeugung, Straßenbau, Tourismus und Telekommunikation (vgl. Broadman 2012: 104). Die Zunahme der Infrastrukturinvestitionen sei zurückzuführen auf die staatliche Unterstützung, die seit jeher ein Merkmal des chinesischen Engagements in Afrika sei, weshalb Peking noch heute Infrastrukturprojekten in ganz Afrika fördere (vgl. ebd.: 104). Broadman zählt aufgrund dieser Entwicklungen drei Aspekte auf, die einen weiteren positiven Einfluss auf die sino-afrikanischen Handelsbeziehungen haben könnten: die steigende Anzahl der Exporte afrikanischer Industriegüter nach China, das damit verbundene Potential durch die Ausweitung der afrikanischen Produktion eine höhere Position innerhalb der Warenlieferkette einzunehmen, um drittens, durch die Heterogenität des afrikanischen Kontinents eine größere regionale Integration zu fördern, z.B. durch komplementäre Industrien oder backward linkages (vgl. ebd.: 106-107).

Die Rationalisierung chinesischer Interessen auf den Zugriff zu Ressourcen durch afrikanische Staaten mag daher auf die 90er Jahre zutreffen. Für das heutige Verhältnis würde eine solche Einordnung aber zu kurz greifen. Eine Entwicklung, die mitunter zu wenig Beachtung findet, ist die Tatsache, dass der einstige globale Handel, bestimmt durch Transaktionen zwischen Ländern des Globalen Nordens sowie zwischen dem Globalen und dem Globalen Süden, einen neuen Konkurrenten bekommen hat: Der „Süd-Süd-Handel“ hat zugelegt und bestimmt etwa elf Prozent weltweit mit einer jährlichen Wachstumsrate von etwa zehn Prozent (vgl. ebd.: 87). Ein Großteil ist charakterisiert durch die wachsenden Beziehungen zwischen Asien und Afrika, sodass Asien etwa den gleichen Anteil an Afrikas Exporten wie die Vereinigten Staaten und die Europäische Union – Afrikas traditionelle Handelspartner*innen – erhalte (vgl. ebd.: 87). Während die USA und die EU aktuell Spitzenreiter*innen im Feld der FDI gegenüber Asien sind (vgl. ebd.: 88), gibt es einen weiteren Faktor, der ein Beleg für die zunehmende Diversifizierung der Handelsbeziehungen zwischen Asien – primär China – und den afrikanischen Ländern ist:

China's emergence as an economic giant in Asia [...] is resulting in growing demand [...] for the continent's nontraditional exports, such as processed commodities, light manufactured products, household consumer goods, food, and tourism. By virtue of its low-cost, labor-intensive productive capacity, African firms have the potential to export these non-traditional goods and services competitively to the average Chinese consumer and firm (ebd.: 88).

Viele Länder in Afrika bringen Potential für Entwicklung mit. Die Risiken und Probleme sind damit aber nicht beseitigt. Innerhalb des Einkommens und dem Grad an industrieller

Entwicklung zeigen sich große Differenzen zwischen den Ländern: die Abhängigkeit vom Rohstoffhandel bleibt bestehen, Möglichkeiten für Korruption sind nach wie vor real und obwohl Fortschritt möglich wäre, bleibt der Kontinent hinter seinen Erwartungen zurück mit einem jährlich fallenden Anteil an Exporten im Vergleich zum globalen Handel (vgl. Broadman 2012: 88-89). Jener letzte Punkt scheint das Interesse afrikanischer Eliten auf sich gezogen zu haben, die sich eine Verbesserung durch den Handel mit China erhoffen (vgl. ebd.: 89). Es bestehe die Hoffnung die deformierte und auf Ressourcen ausgerichtete Wirtschaft zu diversifizieren, wobei untersucht werden müsse, inwieweit der chinesische Handel inländische Produktionskapazitäten verdrängt oder deren Wettbewerbsfähigkeit steigert und welche Auswirkungen er auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Sozialsysteme und die Umwelt hat (vgl. ebd.: 89).

Ideologische Nähe

Bis dato könne erklärt werden, an welchen Stellen die Politik Einfluss auf wirtschaftliches Handeln hat, jedoch bliebe eine Erklärung für das warum aus (vgl. Eisenman 2012: 802). Die Beantwortung des „warum“ soll die Theorie des political trade liefern. Ausgehend von Überlegungen, dass liberale Länder eher mit gleichgesinnten liberalen Ländern handeln, käme es zu einer Ordnung innerhalb derer der Handel zwischen demokratischen Staaten ausgeformter sei als jener zwischen Staaten, die nicht die gleiche Regierungsform teilen (vgl. ebd.: 803).

Eine ähnliche Ideologie sei ausschlaggebend für zwischenstaatlichen Handel und die vorherrschende sei ein Kapitalismus geprägt durch liberale Demokratien. Theoretiker*innen der political trade theory argumentieren folglich, dass Peking durch eine Vielzahl bilateraler und multilateraler Vereinbarungen versuchen würde, eine alternative internationale Ordnung aufzubauen, die auf illiberalen Normen beruhe (vgl. ebd.: 804). Die Unterstützung repressiver Regime sei die eigentlich „gehandelte Ware“ und stelle eine anhaltende geopolitische Herausforderung dar, aufgrund der einfachen Adaption und der gefährlichen Anziehungskraft auf eine unzufriedene Welt (vgl. ebd.: 804).

Tang hingegen lehnt jene Interpretationen ab. Chinas umfassende wirtschaftlichen Beziehungen zu Afrika würden kaum mit den politischen Systemen korrelieren und nicht durch Pekings Verbindungen zu einigen wenigen autoritären Regierungen erklärt werden können (vgl. Tang 2020: 15). Auch der Verweis auf die bereits langanhaltenden sino-afrikanischen Partnerschaften würde zu kurz greifen, da die Zunahme an bilateralen Beziehungen ein relativ neues Phänomen darstellen würden (vgl. ebd.: 16). Und auch Erklärungen, welche die ökonomische Öffnung Pekings als Ursache für den rasanten Anstieg der Handelsbeziehungen vermuten, sei keine

zufriedenstellende These für die Expansion chinesischer Aktivitäten im relativen Vergleich zu anderen Nationen (vgl. Tang 2020: 17-18).

In einem Forschungsbeitrag des „Journal of Chinese Political Science“ vertritt Pippa Morgan die Meinung, dass jene ökonomischen Aktivitäten auf dem afrikanischen Kontinent ein Mittel von Soft Power sind. Durch Interaktion und Kooperation erhoffe sich China, afrikanische Bürger*innen und Politiker*innen für sich zu gewinnen und den Einfluss auf den Kontinent zu vergrößern (vgl. Morgan 2018: 388). Die entscheidende Frage sei, wie diese Aktivitäten vonseiten der afrikanischen Bevölkerung aufgenommen würden, welches Bild Pekings dadurch entstünde und welche Chancen, aber auch Probleme sich daraus entwickeln würden.

Das chinesische Handeln sei polarisierend: Einerseits würde Peking als Alternative zum „Westen“ erkannt unter dem Siegel einer „Anti-Kolonialmacht“, andererseits bekomme man den Eindruck eines Plünderers von Ressourcen, der bereit sei mit autoritären Regimen zusammenzuarbeiten (vgl. ebd.: 388). Morgan erkennt ein „Principal-Agent“-Problem der Regierung in Peking: Der Staat (der Prinzipal) sei nicht in der Lage, alle seine Agent*innen wirksam zu beaufsichtigen (vgl. ebd.: 389). Laut der von Morgan durchgeführten Forschungsumfrage ist die Rezeption der Aktivitäten Pekings eher positiv in den Augen der afrikanischen Bevölkerung: „China’s aid and large state-led investments in infrastructure generally make a positive contribution to China’s image in the region, consistent with the prediction that these engagements suffer less from the principal-agent problem“ (ebd.: 389).

Zwei Begriffe leiten Morgans Forschung und werden zur Erklärung der sino-afrikanischen Beziehung sowie zur Interpretation der Daten herangezogen: economic statecraft und soft power. Ersterer bezieht sich auf den Einsatz wirtschaftlicher Mittel zur Erreichung politischer, strategischer oder sicherheitspolitischer Ziele und letzterer umfasst kulturelle Anziehungskraft, Ideologie und internationale Institutionen als Schlüssel von „soft power“ (vgl. ebd.: 390). Dass beide Werkzeuge für die chinesische Außenpolitik eine zentrale Rolle einnehmen, liege auch an der Tatsache, dass dieses Interesse öffentlich kundgetan wird. Aus dem chinesischen „Africa Policy Paper“ von 2015 gehe hervor, dass Peking sich erhoffe, nicht nur die gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, sondern auch die gegenseitige Unterstützung zu Fragen der Sicherheit, der Solidarität und der Koordinierung internationaler Angelegenheiten samt der Vertretung „nicht-westlicher“ Länder auf der globalen Bühne anstrebe (vgl. ebd.: 391).

Die Nutzung beider Werkzeuge stehe aber im Konflikt, denn während „economic statecraft“ von den Interessen Pekings geprägt sei und entweder unter Zwang oder durch Kooperationen versucht wird durchzusetzen, steht „soft power“ unter dem Leitstern freiwilliger ökonomischer Maßnahmen (vgl. ebd.: 391). Innerhalb der „Principal-Agent-Beziehung“ stehe der Prinzipal

stellvertretend für die chinesische Regierung, bzw. für die chinesischen Regierungsorgane, wohingegen die Agent*innen als chinesische Unternehmer*innen oder als auf dem afrikanischen Kontinent handelnde chinesische Staatsbürger*innen auftreten. Konflikte entstünden dadurch, dass Prinzipal*innen und Agent*innen divergierende Interessen hätten und der Umstand asymmetrischer Informationen dazu führe, dass den Prinzipal*innen Informationen fehlen, um die Handlungen der Agent*innen zu kontrollieren (vgl. Morgan 2018: 392).

Für chinesische Investitionen, die unter den Bereich der ökonomischen Entwicklungszusammenarbeit fallen, bedeute dies, dass es zu Interessenskonflikten kommen kann für solche Projekte, die nicht direkt von den Regierungsministerien durchgeführt werden (vgl. ebd.: 394). Speziell Infrastrukturinvestitionen seien von diesem Konflikt betroffen, da diese in der Regel von kommerziellen Auftragnehmer*innen durchgeführt würden, die mit Zuschüssen oder zinsgünstigen Darlehen der chinesischen Regierung oder politischer Banken bezahlt wurden (vgl. ebd.: 394). Der Grund liege im Charakter des kapitalistischen Welt-Systems und trage wichtige Implikationen, auch für diese Arbeit, in sich. Solche Unternehmen, die meist als Vertragspartner*innen für Zusammenarbeit fungieren, agieren primär gewinnorientiert und verfolgen kommerzielle Ziele, während politische oder strategische Motive vernachlässigt würden (vgl. ebd.: 395).

Andererseits kann es zu Problemen in der Evaluation der Handelspolitik durch die chinesische Regierung kommen. Beispielsweise seit 2003 gibt es eine Übereinkunft für den zollfreien Zugang zum gewaltigen chinesischen Markt für die am wenigsten entwickelten afrikanischen Länder und man hätte versucht, die Importe durch die Ausweitung des Anteils von Erzeugnissen aus Afrika auszugleichen (vgl. ebd.: 398). Der daraus resultierende Handel aber “has been driven mainly by a large number of small and medium sized private firms, operating primarily on China’s East and South coast. The Sino-African manufactures trade is thus characterized by a large number of small or medium size private enterprises that have limited official contact” (ebd.: 399). Somit seien die sino-afrikanischen Beziehungen von abweichenden Interessen, ineffizienter Kommunikation oder mangelnder Kontrolle geprägt (vgl. ebd.: 399).

Trotzdem seien die Umfragen von Afrobarometer interessant für chinesische Eliten. Da das Bild zu China innerhalb der afrikanischen Bevölkerung eher positiv ausfalle¹, erweitere sich der Spielraum Pekings bezüglich der Anziehung und Kooperation von afrikanischen Regierungen (vgl. ebd.: 400). Die in Morgans Studie herangezogenen Werte umfassten knapp 54.000 Befragte in 36 afrikanischen Ländern, die 76 % der afrikanischen Bevölkerung repräsentieren, und stellte detailliertere Fragen zu China Aktivitäten auf dem Kontinent (vgl. ebd.: 401). Positiv

¹ bei 51 individuellen Nationalstaaten muss die Generalisierung dieser Aussage mit Vorsicht betrachtet werden

hervorgehoben werden die günstigen chinesischen Produkte, der Zugang zu günstigen Investitionen sowie der Ausbau fehlender Infrastruktur (vgl. Morgan 2018: 402-406). Negativ hingegen wirkt die geringe Qualität chinesischer Produkte, die dominant in afrikanische Märkte eindringen, wodurch es zum Verlust von Arbeitsplätzen für lokale Arbeiter*innen kommen kann (vgl.ebd.: 402-406).

Insgesamt sei die Wahrnehmung chinesischer ökonomischer Aktivitäten überwiegen positiv, was Morgan zu der These verleitet, dass die positiven Auswirkungen der chinesischen Hilfe und der Investitionen in die afrikanische Infrastruktur die negativen Auswirkungen der billigen Waren und der Verdrängung der lokalen Märkte überwiegen (vgl.ebd.: 405). Interessanterweise seien Chinas Rohstoffextraktion und die Unterstützung nicht-demokratischer Regierungen kaum relevant für die Kritik (vgl. ebd.: 406). Die Daten deuteten darauf hin, dass die Vorteile der Entwicklungszusammenarbeit andere negative Aspekte des Engagements mit China überschatten und dass die politischen Mittel „economic statecraft“ und „soft power“ trotz der Probleme sowie Kritiken im Allgemeinen erfolgreich waren (vgl. ebd.: 389).

Geographische Anziehung

Ähnlich verbindend in der ökonomischen und politischen Argumentation wirkt die gravity trade theory, welche auf ökonomische Zusammenarbeit in Bezug auf die geographische Lage der Partner*innen verweist. Die Theory „predicts that the distance between any two countries (measured in shipping distance) and the size of their respective economies (measured in GDP) will be the principal determinants of the quantity of trade between them“ (Eisenman 2012: 799). Zwar kann ein Wachstum afrikanischer Exporte beobachtet werden, jedoch müssen diese in den richtigen Kontext gesetzt werden. Heute ist der Anteil an Exporten aus Afrika nach Asien (27%) nahezu identischen mit denen in die USA (29%) sowie in die EU (32), jedoch bedeutet dies im internationalen Vergleich einen nur sehr geringen Anteil aller asiatischer Importe von etwa 1,6 Prozent (vgl. Broadman 2012: 95).

China ist der größte Importeur afrikanischer Güter mit etwa 40%, aber das Exportvolumen aus Subsahara-Afrika nach China mache nur zehn Prozent der gesamten weltweiten Exporte des Kontinents aus (vgl. ebd.: 96). Neben dem Bedarf an Ressourcen seien es arbeitsintensive, un- oder halbverarbeitete landwirtschaftliche Rohstoffe für die industrielle Nutzung oder für den Konsumverbrauch, die nach China exportiert werden (vgl. ebd.: 99). Umgekehrt bestünden die Importe aus China nach Afrika zu 87% aus verarbeiteten Industrieerzeugnissen, weshalb afrikanische Importe aus China breiter gefächert seien (vgl. ebd.: 99).

Im Gegensatz dazu empfiehlt Tang zunächst den Charakter der sino-afrikanischen Beziehungen zu untersuchen. Vier Eigenschaften seien maßgebend:

First, Beijing shifts gradually from foreign aid in the strict sense to business cooperation. [...] Second, China is constantly adjusting its cooperation manners through trial-and-error experiments. [...] Third, Chinese business collaborations with Africa borrow many practices from China's own market reform and opening. [...] Fourth, Chinese government and enterprises utilize experiential learning to make flexible adjustment to diverse contexts. [...] Following no universal rules or fixed models, Chinese players strive to make projects feasible through case-by-case learning and discussion (Tang 2020: 19-22).

Der Handel zwischen China und Afrika sei gekennzeichnet durch ein Dilemma, welches sich in einem Trade-Off zwischen Marktaktivität und Regulation äußere (vgl. ebd.: 57). Das Problem beziehe auf die Möglichkeiten für wirtschaftlichen Aufschwung. Ohne die effektive Regulierung sei keine nachhaltige Entwicklung möglich – gleichzeitig sei die Wirksamkeit der Marktregulierung bedingt durch die Zunahme von Handelsaktivitäten (vgl. ebd.: 57). Für eine erfolgreiche, langfristige und nachhaltige Entwicklung sowohl der sino-afrikanischen Handelsbeziehungen als auch der afrikanischen Märkte, seien Regulierungen der Marktaktivitäten durch (lokale) Regierungen zwingend, weswegen die Entwicklung des Marktes trotz ineffizienter Regulierungsbedingungen sowie die Stärkung der Regulierungskapazitäten in unterentwickelten Märkten zu den zentralen Herausforderungen gehöre (vgl. ebd.: 57).

Die Erreichung des Equilibriums aber sei herausfordernd, benötige ein vertieftes Verständnis über technische Produkte, über Standardisierungsverfahren, über die Bedürfnisse der Käufer*innen und kann im Falle von fehlerhaften Prozeduren zu Schlupflöchern oder ineffektiven Märkten führen (vgl. ebd.: 59). Tang bewertet dieses Szenario als ein „chicken-and-egg“-Dilemma: „On the one hand, a healthy functioning market requires effective regulation and management. On the other hand, this kind of expertise and ability need to be generated through concrete and gradual practices within the market” (ebd.: 59). Es sei an Peking zu berücksichtigen, dass sich die Importe aus Afrika nicht nur auf Rohstoffe fokussieren, ansonsten könnte sich der Eindruck verfestigen, dass Chinas Engagement in Afrika die Bemühungen des Kontinents um eine stärkere Beteiligung an der Weltwirtschaft untergräbt (vgl. ebd.: 72).

3. Methode

Diese Forschung fußt auf drei Annahmen, die durch fünf Fragen getestet werden. Die Welt-System-Theorie fungiert als theoretische Grundlage. Die Kapitel zwei und drei basieren auf ausgewertetem Quellenmaterial, welches sowohl die WST hinsichtlich dessen Eignung zur Beantwortung der Forschungsfrage sowie dessen Relevanz (hier bezogen auf mögliche Erweiterungen, Verbesserungen oder Aktualität) testen soll. Die versteckte vierte Annahme impliziert eine Eignung der WST zur Darstellung der komplexen, konfliktiven Dynamiken innerhalb des Entwicklungsdiskurses, welche durch die Relevanz sowie durch die „Eignung als Alternative“ des chinesischen Entwicklungsmodells vermutet werden.

Ausformuliert ergeben sich folgende Annahmen: „Entwicklung“ muss heute in gewisser Weise globale Ziele vorgeben, wodurch der Schein einer einheitlichen Idee von „Entwicklung“ erweckt werden könnte. In der tatsächlichen Ausführung aber finden wir ein Konglomerat höchst differenzierbarer, teils konträrer Ansätze vor, die, eingebettet in das globale hierarchische Wirtschafts- und Machtgefüge, ganz eigene Interessen verfolgen (Annahme 1) (vgl. S. 4); das WS befindet sich in einer Krise (Annahme 2); die WST muss hinsichtlich ihrer Dreiteiligkeit überprüft werden (Annahme 3). Die daran anschließenden Fragen untersuchen, welche Position China im WST einnimmt (Frage 1), welche Faktoren den Aufstieg Chinas begünstigt haben (Frage 2), welches Interesse Peking am afrikanischen Kontinent hat (Frage 3), wie die Definition des chinesischen Entwicklungsmodells ausfällt (Frage 4) und inwiefern das chinesische Entwicklungsmodell eine Alternative zu den Ansätzen des Globalen Nordens darstellt oder darstellen kann (Frage 5).

Vornehmlich wurden Quellen aus den frühen 2000er-Jahren bis heute gewählt. Diese Zeitspanne ist nicht nur aus Gründen der Aktualität relevant. Sie bildet sowohl die wachsende Anzahl der Forschungen zu Chinas Aufstieg als auch zu Chinas Entwicklungsmodell ab. Auch kann innerhalb dieser Periode eine interessante Entwicklung beobachtet werden: Durch die steigende Beschäftigung mit Chinas Rolle in der Welt, erfährt die Definition der Interessen und der Ziele der Volksrepublik neue Dimension. Dadurch wird deutlich, dass Annahmen revidiert und im Laufe der Zeit ein innigeres Verständnis für die chinesischen Aktivitäten entwickelt wurde. Gleichzeitig kann dieser Umstand als Warnung (auch für diese Arbeit) verstanden werden. Der akademische Forschungsprozess ist nie abgeschlossen. Heute getroffene voreilige Aussagen können bereits morgen entzaubert werden.

Die Auswahl der Autor*innen erfolgte anhand diverser Kriterien. Speziell solche Forscher*innen, die sich mit der WST, dem Aufstieg Chinas, dem chinesischen Entwicklungsmodell,

Chinas Aktivitäten (historisch wie aktuell) auf dem afrikanischen Kontinent oder einer Kombination dieser Themen befassen, wurden gesucht wie ausgewertet. Hervorzuheben ist sicherlich Deborah Brautigam. Bereits seit zwei Jahrzehnten forscht sie zu Chinas Entwicklung und kann diesbezüglich als Vorreiterin für die akademischen Diskurse im Globalen Norden genannt werden.

Gleichzeitig muss sich diese theoretische Forschungsarbeit dem Umstand der Replikation von Wissen und Diskursen (im Guten wie im Schlechten) stellen. Wichtig ist die Herkunft der Quellen. Der Zugang zu Sichtweisen, die sich abseits der akademischen, kulturellen und ideologischen Diskurse des Globalen Nordens bewegen, muss gegeben sein. Mit Enfu Cheng, Chan Zhai, Minqi Li, Xing Li, Ling Liu, Xiaoyang Tang, He Wenping, Li Zhang und Jing Gu konnten solche Wissenschaftler*innen berücksichtigt werden, die entweder in China dozieren oder als Chines*innen im Ausland forschen wie lehren. Leider konnten nur Texte der englischen Sprache berücksichtigt werden. In dieser Hinsicht klafft eine Lücke, aufgrund der fehlenden Auswertung akademischer Forschungen in Mandarin, Jin, Wu, Hui, Xiang, Gan, Hakka, Yue oder Kantonesisch.

Eines hat die Auswahl der chinesischen Autor*innen mit denen des Globalen Nordens gemein. In vielen Fällen überschneiden sie sich hinsichtlich ihrer Forschungsfragen bezüglich der Position Chinas. Damit teilen sie eine weltstheoretische Analysegrundlage. Der Fokus der jeweiligen Forschungen liegt nah am Thema dieser Arbeit. Der Grund ist eindeutig: Um die Eignung des chinesischen Entwicklungsmodells als Alternative zu den „traditionellen“ Modellen zu testen, müssen ausreichend geeignete Quellen ausgewertet werden.

Zur Validierung der Annahmen und Beantwortung der Fragen wurden die Erkenntnisse des theoretischen Teils und des zweiten Kapitels sowie die Auswertungen des Quellenmaterials deduktiv mit Codes versehen und den jeweiligen Annahmen und Fragen zugeordnet. Daraus ergibt sich eine Tabelle von Erkenntnissen, die jeweils mit einem oder mehreren passenden Codes versehen wurden. Diese sind nach Annahmen und Fragen sortiert wurden. Insgesamt ergaben sich 53 Codes, welche wiederum in sechs übergreifende Kategorien sortiert wurden. *Tabelle 1* bietet eine Übersicht dieser Kategorien, sortiert nach Annahmen und Fragen. In *Tabelle 2* sind die in der ersten Tabelle aufgelisteten Kategorien mit den jeweils zugehörigen Codes aufgeschlüsselt. *Tabelle 3* und *4* ordnen die Codes des folgenden Kapitels, zum Zweck der Übersicht, ihrem Erscheinen innerhalb der Unterkapitel nach auf. *Tabelle 5* fungiert als Sammelbecken sämtlicher Codes, inklusive Kategorisierung, Beschreibung, Häufigkeit und Verteilung.

Die *Diagramme 1-7* stellen jene Verteilung, entweder für alle Kodes oder nach Frage, bzw. Annahme sortiert, als Schaubilder dar. Durch diese Kodierung und Kategorisierung können die Annahmen und Fragen validiert bzw. untersucht werden sowie Zusammenhänge zwischen der theoretischen Grundlage, den Kapiteln sowie dem Forschungsgegenstand analysiert, ausgewertet und hinterfragt werden.

Die „eine“ Methode gibt es nicht, vielmehr stehen „[a]n den verschiedenen Stellen bzw. Stufen, die bei der Anwendung des Verfahrens zu durchlaufen sind, [...] jeweils verschiedene Optionen zur Verfügung, unter denen konkret eine Auswahl zu treffen ist“ (Schreier 2014). Diskurse verbreiten sich durch Akteur*innen, die mit symbolisch-kulturellen Mitteln arbeiten (Keller 2014). Folglich sind wissenschaftliche Arbeiten in derselben Zwickmühle gefangen. Auch die Universität „produziert nicht Wahrheit, sondern Aussageereignisse, die selbst Teil eines (hier: sozialwissenschaftlichen) Diskurses sind“ (ebd.). Damit ist man als Autor*in an der Institutionalisierung, Reproduktion und Entfaltung von Machtwirkungen beteiligt (vgl. ebd.), was seine eigenen Problematiken und Verantwortung nach sich zieht. Die eigene Position in der vorliegenden Forschung muss konstant hinterfragt und analysiert werden. Eingeschlossen sind auch methodische Probleme, wie die Grenzziehung bei Entscheidungen oder während der verschiedenen Schritte der Dateninterpretation.

4.1 Das chinesische Entwicklungsmodell

Wurde im vorigen Kapitel die Grundlage für den analytischen Kern dieser Arbeit gelegt, soll in den nächsten zwei Abschnitten sowohl der Versuch einer Charakterisierung des chinesischen Entwicklungsmodells als auch eine Einordnung der Potentiale und Gefahren desselben erfolgen. Somit fungiert dieses Kapitel als Kumulation der bis dato gewonnen Erkenntnisse und erweitert diese durch die qualitativ-inhaltsanalytische Auseinandersetzung mit dem Datenmaterial.

Das „Modell“ Pekings soll im folgenden Abschnitt zunächst definiert werden, wobei im Vorhinein auf die Uneindeutigkeit der Merkmale verwiesen werden muss. Fest steht, dass China in der Zusammenarbeit mit anderen Ländern jene Strategien verfolgt, welche auch der heimischen Wirtschaft zum Aufschwung verholfen haben. Die Kooperation soll konträr zu den typischen Modellen des Globalen Nordens sein. Dies bedeutet, dass chinesische Kredite ohne Konditionen angeboten werden und, dass abweichende Finanzierungsmodelle eingeführt werden – und dies möglichst gewinnbringend für beide Seiten. Peking versucht auf der ideologischen Ebene ein Gegenkonzept zum „westlich-liberalen“ Modell zu etablieren.

Ein Kernelement Pekings ist die Solidarität mit der Peripherie, geboren aus einer ähnlichen Historie. Als „dritte“ Instanz möchte sich China von den Modellen des Globalen Nordens abgrenzen – sowohl ideologisch als auch technisch. Viele Autor*innen erkennen in dieser Dynamik indirekt eine Bemächtigung afrikanischer Länder, indem mehr Raum zur Lenkung der eigenen Entwicklung geboten wird und sich neue Möglichkeiten zur Kooperation mit alternativen Partner*innen eröffnen würden.

Kritisch bewertet wird die ungleiche Balance der sino-afrikanischen Beziehungen. Aus geschäftlicher Sicht profitiert China, sowohl durch den Zugriff auf Ressourcen, als auch durch Absatzmöglichkeiten auf den afrikanischen Märkten. Als überlegene Semi-Peripherie ist China durch den Wertetransfer bevorteilt und trägt zur Aufrechterhaltung ungleicher ökonomischer Beziehungen bei.

4.1 Merkmale des chinesischen Entwicklungsmodells

Chinesische Entwicklung

Die Untersuchung des chinesischen Aufstiegs erfährt eine besondere Relevanz, weil die heutigen Auslandsinvestitionen auf den eigenen Erfahrungen beruhen. Das Auftreten ähnlicher

Kodes in diesem sowie im nachfolgenden Abschnitt bestätigt diese Beobachtung durch das Quellenmaterial. Industriepolitische Maßnahmen, das Auftreten eines starken Staates als Lenker, die Entwicklung der Infrastruktur, die voranschreitende Industrialisierung und die Förderung des Strukturwandels durch pragmatische Ansätze (siehe *Tabelle 3*), welche die praktische Erprobung forcieren, sind typische Merkmale.

Brautigam erkennt in der Geschichte chinesischer Hilfe vier historische Stationen, welche als Grundlage zur Beantwortungen dienen. Die Etappen beziehen sich auf den Zeitraum zwischen 1950 bis 1963 (1), 1964 bis 1977 (2), 1978 bis 1994 (3) und 1995 bis heute (4) (vgl. Brautigam 2009: 202). Die erste Phase ist geprägt vom Kalten Krieg und den Auseinandersetzungen zwischen „Westen“ und „Osten“. Vorrangig war der Aufbau diplomatischer Beziehungen mit sozialistischen wie nationalistischen Ländern der Peripherie sowie mit Ländern, welche unmittelbar an China grenzen (vgl. ebd.: 202). Die zweite Phase beschreibt eine Zeit der Diversifizierung als Gegenpol zu Moskau und Washington. Da die Beziehung zur russischen Führung litt, entschloss sich China intensive um mögliche Partner*innen in der Peripherie zu werben, mit dem Ziel ein Gegenwicht zu Washington und Moskau zu bilden (vgl. ebd.: 203).

Mit Ende der 70er Jahre begann die Öffnung des chinesischen Marktes. Es erfolgten Maßnahmen der Dezentralisierung samt der einhergehenden Internationalisierung der eigenen Wirtschaft, was sich unweigerlich auf die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit ausweitete (vgl. ebd.: 203). Die über die Jahre aufgebauten Beziehungen mit anderen Nationen wurden im Sinne des Prinzips des „mutual benefit“ erweitert. Die Idee von Hilfe als „Einbahnstraße“ wurde zugunsten beidseitiger Möglichkeiten zur Profitmaximierung ersetzt (vgl. ebd.: 204).

Joshua Eisenman erkennt eine ähnliche Entwicklung chinesischer Aktivitäten auf dem afrikanischen Kontinent und resümiert. Von der Vergangenheit bis heute, stellt die Kommunistische Partei für ihn eines der am wenigsten verstandenen Organe der chinesischen Außenpolitik dar (vgl. Eisenman 2009: 230). Auch er datiert den Ursprung des heutigen chinesischen Selbstverständnisses auf die Zeiten des Kalten Krieges. Jene Zeit also, in der Peking versuchte in Afrika den chinesischen Kommunismus zu verbreiten und diverse antikoloniale Freiheitsbewegungen unterstützte (vgl. ebd.: 230). Im Grunde sei ein Gegenentwurf zum westlichen Kolonialismus und dem sowjetischen Kommunismus, der sich in der Unterstützung revolutionärer afrikanischer Aufstände durch Waffenlieferungen samt antihegemonialen Rhetorik äußerte (vgl. ebd.: 231), entstanden, welcher letztlich in „geopolitical realism rooted in selfpreservation to propel policymaking“ (ebd.: 231) sein Ende fand.

Die Entscheidung Pekings zur Investition in Entwicklungsprojekte sei in einer Zeit geboren, geprägt von den Bestrebungen der kommunistischen Partei das Wirtschaftswachstum zu

fördern und sich im Netz des globalen Handels zu integrieren, und diese Ziele erforderten, dass die Regierung politische Beziehungen aufbaute (vgl. Eisenmann 2009: 234). Der afrikanische Kontinent sei eine logische Wahl gewesen, einerseits weil ein Gegenarrativ zu den damaligen hegemonialen Blöcken aufgebaut werden konnte, und andererseits, weil Peking auf die Ressourcen des afrikanischen Kontinents für den Erhalt des eigenen ökonomischen Wachstums angewiesen war (vgl. ebd.: 234). Die sino-afrikanischen Partnerschaften sind politischer wie ökonomischer Natur. Beide Seiten bedingen sich einander, weshalb die Investitionen in den Aufbau von afrikanischer Infrastruktur unter zwei Gesichtspunkten analysiert werden müssen. Zum einen seien sie eine Antwort auf Taiwans ökonomisch erfolgreiche 1990er Jahre und zum anderen seien sie Teil eben jener Strategie zur Stärkung der internationalen Partnerschaften mit der afrikanischen politischen Elite (vgl. ebd.: 235).

Dieses „courting“, so Eisenman, sei in weiten Teilen erfolgreich: „Between 1997 and 2006, there have been more than 200 exchanges with political parties in 40 sub-Saharan African countries. As of 2006, the CPC had established ties to at least sixty sub-Saharan African political parties“ (ebd.: 235). Der Austausch der Partner*innen basiere auf den oben genannten vier Prinzipien und sei vor allem aufgrund des Kredits der Nicht-Einmischung ein willkommener Gegensatz zur Politik der OECD-Länder (vgl. ebd.: 236). Die Zusammenarbeit erstreckt sich über das Training afrikanischen Personals in den verschiedensten Bereichen (z.B. Diplomatie, Landwirtschaft Technologie usw.), bis hin zur Unterstützung bestimmter Oppositionsparteien oder einem interparlamentarischen Austausch (vgl. ebd.: 237-242). Eisenmann definiert die internationale Zusammenarbeit Chinas als eine von den eigenen Zielen geleitete Politik: „In the 1960s and 1970s, these efforts were intended to spread revolutionary ideology; in the 1980s, they were altered to oppose hegemony; and as of 2008, they support CPC development objectives“ (ebd.: 242).

In der jüngeren Vergangenheit bis zur Gegenwart erkennen wir eine Festigung der bis dato verfolgten Entwicklungsstrategie. Manche Forscher*innen sehen in der Zusammenarbeit Pekings mit afrikanischen Ländern primär den Versuch durch Hilfsprojekte den Zugriff auf Ressourcen zu sichern (vgl. Brautigam 2009: 207). Dass China eigenen Ziele verfolgt, scheint unumstritten (siehe nachfolgendes Kapitel). Dass China nur solche Länder unterstützt, die reich an Ressourcen sind, kann wie bereits im vorigen Kapitel aufgezeigt, angezweifelt werden (vgl. ebd.: 207). Wichtig sei der Austausch zwischen Ländern, weshalb Peking seine politischen und wirtschaftlichen Bemühungen auf dem afrikanischen Kontinent seit 2000 um das jährlich stattfindende Treffen „Forum on China-Africa-Cooperation“ (FOCAC) ausweitete (vgl. ebd.: 2007).

Das Modell chinesischer Entwicklung gibt es nicht. Was zunächst als eine protektionistische Volkswirtschaft begann, entwickelte sich zu einer sich langsam öffnenden Herstellungsindustrie. Unter der Kontrolle eines starken Staates wurden industriepolitische Reformen teilweise durch deren Implementierung erprobt, während die staatlichen Banken den Aufbau von Infrastruktur und die Förderung der Industrialisierung finanzierten. Mit der zunehmenden Öffnung der Wirtschaft wurden große Summen von FDI und die aus den Industrieländern ausgelagerte Produktion angezogen.

Struktur des chinesischen Modells

Die Codes für diesen Unterpunkt sind nahezu deckungsgleich mit denen des vorangegangenen Abschnitts. Die Kohärenz der eigenen Entwicklung mit der Praxis der Entwicklungszusammenarbeit bleibt keine exklusive theoretische Debatte, sondern kann methodisch abgebildet werden.

Obwohl keine klar definierte Struktur chinesischer Entwicklungsarbeit existiert, erkennt Brautigam neun verschiedene Werkzeuge: Medizinische Arbeit, Trainings und Stipendien, humanitäre Hilfe, freiwillige Jugendarbeit, Schuldenerlasse, Haushaltshilfen, Investitionsprojekte, „Aid-in-kind“ und technische Unterstützung (vgl. Brautigam 2009: 105). Die wichtigsten Gremien seien der Staatsrat (der als Aufsichtsbehörde fungiert), das Handelsministerium, das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und China Eximbank (vgl. ebd.: 107). Während das Handelsministerium ständig auf der Suche nach Investitionsmöglichkeiten ist, agiert das Außenministerium "vor Ort" und beurteilt das Ausmaß der (potentiellen) Investitionen (vgl. ebd.: 112). In den meisten Fällen wird die Finanzierung im Anschluss von der Eximbank gewährt, welche große, zinsgünstige Kredite für im Ausland tätige chinesische Unternehmen vergibt. Ein Anteil des Portfolios der Eximbank entfällt auf Exportkäuferkredite, die an Importeur*innen chinesischer Waren oder Dienstleistungen (in bestimmten Sektoren) vergeben werden und die es ihnen ermöglichen, die Bank im Laufe der Zeit zurückzuzahlen (vgl. ebd.: 112).

Obwohl diese Kredite an keine Beschränkungen gebunden sind, enthalten sie Sicherheiten. Im Gegensatz zu den zinslosen Darlehen können diese Darlehen nicht gekündigt oder umgeschuldet werden. Sobald der Zinssatz und die Bedingungen ausgehandelt und unterzeichnet sind, wird eine Rückzahlung zu den gegebenen Konditionen erwartet (vgl. ebd.: 114). Das ist ein essentieller Unterschied zu den Hilfen, welche die OECD-Länder vereinbaren:

[T]he focus on infrastructure, the mix of aid and other forms of economic engagement, the deference to ‘ownership’ [...], the refusal to accept poverty as a reason to go slow in developing debt-financed infrastructure, the relative ease of the debt cancellation process, the search for creative ways to link Chinese interests in ‘going global’ [...] with local interests in improving infrastructure (ebd.: 148).

Wie erwähnt, wäre es jedoch zu kurz gegriffen chinesische Hilfe als "ungebunden" zu bezeichnen. Zum einen, da "grants and zero-interest loans are tied to Chinese companies and goods" (Brautigam 2009: 152). Die Auswahl eines geeigneten Unternehmens erfolgt in der Regel über eine vorher festgelegte Gruppe von Wettbewerber*innen (vgl. ebd.: 152). Des Weiteren sind die Kredite oft an chinesische Arbeitskräfte gebunden. Der Grad der Einbindung der lokalen Arbeitskräfte und Unternehmen in den Arbeitsablauf variiert von Fall zu Fall. Zwar bemühen sich afrikanischen Regierungen darum, die positiven Effekte von Beschäftigung und die wirtschaftlichen Anreize, die von chinesischen Krediten ausgehen, auch ihren eigenen Bürgern zugute kommen zu lassen (vgl. ebd.: 157). Solche Kettenreaktionen sind jedoch nicht selbstverständlich.

Primär liege der Fokus Pekings auf Projekten in der Form von gebundener Unterstützung wie Infrastrukturvorhaben, welcher unter vergünstigten Krediten angeboten werden und von chinesischen Unternehmen umgesetzt werden (vgl. ebd.: 5). Aber innerhalb der letzten Jahre fanden, zumindest nach Angabe von unabhängigen Quellen, vermehrt Ausgaben im Feld der „traditionellen“ Entwicklungshilfe statt: „Africa has gained importance in China’s foreign aid policy, and [...] China has given \$5.5 billion in development aid to the African continent between 2000–2007, and cancelled more than \$10 billion in debt owed by African countries” (ebd.: 5). Um die Finanzierung durch Peking attraktiver zu gestalten sind Kredite „nonconditional and interest free, with repayment easily rescheduled, and projects were designed to make the recipient self-reliant rather than dependent on China” (ebd.: 200). Die Form der Finanzierung könne in drei Kategorien aufgeteilt werden: Zuschüsse, zinslose Darlehen und seit 1995 zinsgünstige "konzessionäre" Darlehen mit subventionierten Zinssätzen (vgl. ebd.: 200).

Ob und inwiefern chinesische Hilfe überhaupt als offizielle Entwicklungshilfe (Official Development Aid oder ODA) kategorisiert werden kann, ist fraglich, denn Investments aus Peking qualifizieren sich oft nicht innerhalb der gegebenen Kriterien (vgl. ebd.: 209). Weiter verleitet der ausbleibende Zugang zu verlässlichen Statistiken und offiziellen Zahlen chinesischer Hilfe viele Beobachter*innen zu Misstrauen. Der Großteil von Chinas wirtschaftlichen Aktivitäten in Afrika - Importe von natürlichen Ressourcen, Bankkredite, Infrastrukturbauprojekte und Auslandsinvestitionen - wird von staatlichen Banken, Unternehmen und Abteilungen durchgeführt, die meist intransparent sind (vgl. ebd.: 207).

Nach Abel und Pehnelt sei die Undurchsichtigkeit zweierlei Tatsachen geschuldet: „One is that there is a fundamental lack of transparency concerning the programme. Another is that China has no single institutional body that governs the country’s development aid” (Abel & Pehnelt 2007: 2). Nicht nur, dass keine offiziellen Zahlen publik gemacht würden, auch die Benennung

der Entwicklungsprogramme bliebe aus. Daher ließen sich Hilfszahlungen kaum von anderen Komponenten der chinesischen Außenpolitik trennen (vgl. Abel & Pehnelt 2007: 4). Unabhängig davon ob chinesische Aktivitäten als ODA gewertet werden oder nicht, sei dennoch ersichtlich, dass die kulminierte Summe im Vergleich zur OECD wesentlich geringer ausfalle (vgl. Brautigam 2009: 210).

Prinzipien des chinesischen Modells

Zwar wird das chinesische Modell mitunter als „prinzipienlos“ beschrieben (auf diesen wird in Kapitel 4.2 näher eingegangen), trotzdem lassen sich Merkmale definieren. Auch in diesem Abschnitt erfolgt der Verweis auf die chinesische Vergangenheit. Die Codes aus *Tabelle 3* entspringen den historischen Erfahrungen und Lehren aus Kapitel 2.1. Zusammen mit dem Quellenmaterial zeichnen die abgeleiteten Codes ein Bild von Entwicklungsprinzipien, welche eher als Handlungsspielraum beschrieben werden können und damit – zumindest vordergründig – nicht an theoretische Modelle angelehnt sind. Mit Blick auf *Tabelle 3* können die Codes in fünf Prinzipien umgewandelt werden: Alternative Finanzierungsmodelle, ungebundene Hilfe, günstige Darlehen (concessional loans), mutual benefit und Pragmatismus. Eine genauere Besprechung dieses Punktes erfolgt im letzten Kapitel. Während in diesem Abschnitt die Definition der Codes erfolgt, welche charaktergebend für das chinesische Modell sind, erfolgt in Kapitel 4.2 deren Besprechung im Zusammenhang des Entwicklungsdiskurses und der Forschungsfrage.

Die moderne Ära der internationalen Zusammenarbeit Pekings ist geprägt durch Deng Xiapings vier Prinzipien der Unabhängigkeit, der vollkommenen Gleichheit, des gegenseitigem Respekt sowie der Politik der Nicht-Einmischung (vgl. Eisenman 2009: 232). Damit einher gingen neue Pflichten für das „International Department“, darunter die Umsetzung der Grundsätze und der Politik des Zentralkomitees der KPCh, die Erforschung ausländischer Entwicklungen und wichtiger globaler Fragen, die Unterrichtung des Zentralkomitees und die Unterbreitung politischer Vorschläge sowie der Austausch der KPCh mit ausländischen politischen Parteien und Organisationen (vgl. ebd.: 233). Im Kampf der Ideologien sei dies der Versuch Chinas gewesen lang anhaltende Partnerschaften mit der afrikanischen Elite abseits von den jeweils eigenen Überzeugungen aufzubauen (vgl. ebd.: 233). Auch Rayman macht in den Reformen von Deng die Grundlage des chinesischen Entwicklungsmodells aus:

[He] opened the country to foreign capital and technology under highly restrictive terms; encouraged millions of new entrepreneurs; coupled central planning, market mechanisms, and local discretions; de-collectivized agriculture; and opened small-scale leased

agriculture and rural industrialization, which incentivized farmers to exceed state quotas, exploiting infrastructure built under Mao (Rayman 2021: 101).

Weiter sei eine Strategie zur Industrialisierung des Landes gewählt worden, welche über drei Phasen verlief. Die erste Phase der Proto-Industrialisierung fokussierte sich auf ländliche Industrialisierung und Privatisierung, die zweite Phase konzentrierte sich auf den Aufbau arbeitsintensiver Industriegüter für den Massenkonsum, während in der dritten Phase der Aus- und Aufbau von Infrastruktur vorangetrieben wurde (vgl. ebd.: 101). Hubbard erkennt ebenfalls eine Verbindung zwischen Pekings Außenpolitik und dessen Hilfsprogrammen (vgl. Hubbard 2009: 217). Als Startrampe nennt er die Abkehr von Konditionalitäten, eine Eigenschaft chinesischer Investitionen welche seit Beginn des Kalten Krieges ein zentrales Merkmal ist - sowohl diskursiv als auch praktisch. Auf diese Weise gelinge es Peking „[to] differentiates itself from other world powers by refusing to make demands upon other nations sovereignty, economic models, governance or political culture” (ebd.: 217).

Es zeigt sich, dass einige Merkmale in den Analysen der Autor*innen vermehrt auftauchen: die Promotion der „Ein-China“-Politik, das Konzept der Nicht-Einmischung, die Einflussverlangung auf bi- und multilateraler Ebene, die Erschließung neuer Märkte für chinesische Unternehmen und die Sicherung von Ressourcen und Energiequellen (vgl. Abel & Pehnelt 2007: 7-15). Abel und Pehnelt definieren Nicht-Einmischung als eine Strategie „that [...] does not exert any pressure on the governments it assists to conform to any economic or political agenda” (ebd.: 16). In der Formierung einer neuen Süd-Süd-Allianz sei es China gelungen den eigenen Einfluss in internationalen Organisationen auszuweiten (vgl. ebd.: 7). Die Ablehnung der Souveränität Taiwans sei im Wesentlichen die einzige politische Bedingung für die diplomatischen Beziehungen Chinas zu den meisten afrikanischen Ländern (vgl. ebd.: 8). Das Pochen auf die chinesische “non-interference”-Politik wird somit jedoch relativiert. Gleiches gilt für die meist vertragliche zugesicherte Vergabe von Aufträgen an chinesische Unternehmen. Wenn die Auswahl bereits von vornherein regional für die Empfängerländer eingeschränkt wird, ist es zumindest fraglich inwiefern hier von „konditionslosen“ Projekten gesprochen werden kann.

Infrastruktur und Industrialisierung

Die theoretische Analyse und die methodische Auswertung haben die zentrale Position chinesischer Investitionen in Infrastruktur und Industrialisierung offengelegt. Dieser Punkt erfährt eine besondere Aufmerksamkeit, da sich mehrere, für das chinesische Modell typische, Merkmale in diesem Unterpunkt sammeln. Historische, wirtschaftliche und politische Aspekte kommen zusammen. Gleichzeitig sind jene Investitionen das Alleinstellungsmerkmal chinesischer

Kredite. Die Kodes weisen die Parallelen zur eigenen Vergangenheit, samt der Verinnerlichung der Entwicklungsprinzipien, nach.

Der chinesische Weg sei nicht nur ein Modell für selbstbestimmte Entwicklung, sondern auch einer der weltweit größten Finanzierungstöpfe für Entwicklungsarbeit und stelle eine Alternative zu den westlichen Entwicklungsparadigmen dar (vgl. Rayman 2021: 104). Schätzungen zufolge seien etwa 362 Milliarden US-Dollar, nur 37 Milliarden US-Dollar weniger als die Ausgaben der USA, von Peking in ausländische Entwicklungsvorhaben geflossen (vgl. ebd.: 105). Der Unterschied in den Ausgaben liegt in der Form der Kredite. Beispielsweise die US-amerikanischen Hilfen seien größtenteils als ODA klassifiziert, wohingegen chinesische Hilfe meist kommerzieller Natur sei und für den Aufbau von Infrastruktur diene (vgl. ebd.: 105).

Jene Investitionen in Infrastruktur seien eines der Alleinstellungsmerkmale chinesischer Entwicklungsarbeit. Solche Projekte seien durch die Expertise chinesischer Unternehmen ambitionierter, schneller umsetzbar und effektiver geworden (vgl. ebd.: 105). Die Vorteile: geringere Kosten im Vergleich zu Unternehmen oder Institutionen des Globalen Nordens, eine höhere Summe an geförderten Projekten (90% chinesischer Investitionen fließen in Infrastruktur), der Aufbau neuer nationaler Märkte und Industrien (vgl. ebd.: 105-106).

Peking hätte eine Strategie antagonistisch zu den Zielen des Globalen Nordens (SAP, MDG, SDG) geformt, welche sich abseits der Rhetorik von Demokratie bewege. Politische chinesische Verfügungsmöglichkeiten würden sich ausweiten, was primär der chinesischen Wirtschaft diene, da die Empfänger*innen das gegenwärtige und künftige chinesische Wirtschaftswachstum und Einflüsse subventionieren sowie überschüssige Baukapazitäten von Chinas nationalem Infrastrukturbetrieb in Anspruch zu nehmen (vgl. ebd.: 106). Negativ sei hingegen der teils fragwürdige ökonomische Nutzen chinesischer Investitionen, die strenge Verfolgung eigener politischer, ökonomischer und militärischer Ziele, die Undurchsichtigkeit chinesischer Kredite und das Verwenden öffentlicher Güter als Sicherheit (vgl. ebd.: 106).

Trotzdem beharren viele Autor*innen auf dem positiven Nutzen von Investitionen in die afrikanische Industrialisierung und Infrastruktur. Beide Aspekte würden auf lange Sicht Arbeitsplätze schaffen, die Finanzierung afrikanischer SME's fördern und Nachhaltigkeit vorantreiben (vgl. Wenping 2020: 49-50). Das Modell sei eine willkommene Abkehr von gängigen Entwicklungsparadigmen. Die Vision von der Menschheit als Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Zukunft sei der Höhepunkt des außenpolitischen Umdenkens Chinas in den letzten Jahren, in denen sich Peking zunehmend als Verfechter der Interessen und Rechte des Globalen Südens versteht (vgl. ebd.: 51). Zur Förderung dieser Vision fordert Wenping einen Wissensaustausch in den Bereichen Staatsführung, Infrastrukturentwicklung und SME-Finanzierung als

Prioritäten in der nächsten Phase der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen China und Afrika (vgl. Wenping 2020: 52).

Als größtes Infrastrukturprojekt (nicht nur auf dem afrikanischen Kontinent) gilt die angesprochene Belt and Road Initiative. Die BRI sei ein effektives Mittel, um der Verschlechterung der Handelsbedingungen und Schulden afrikanischer Länder entgegenzuwirken, indem die Industrialisierung gefördert und parallel die benötigte Infrastruktur bereitgestellt wird (vgl. Managa & Thokozani 2018: 51). Sechs Bausteine für die Zusammenarbeit werden von Managa & Thokozani vorgeschlagen: der Ausbau der Infrastruktur-Kooperation, Beschleunigung der Technologie-Transformation, eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Informationstechnologie, die Verbesserung der Transport-Logistik, die Anpassung der Handelsrichtlinien bezüglich Öl und anderer Rohstoffe sowie die engere Zusammenarbeit mit Finanzinstitutionen (vgl. ebd.: 52).

Die afrikanische Entwicklung stehe sinnbildlich für das Wachstumspotential: Mit einem Wachstum von zwei bis drei Prozentpunkte – und damit schneller als das globale BIP – wobei das Gesamtwachstum in der Region 2015 voraussichtlich stabil über fünf Prozent liegen wird, dank steigender ausländischer Direktinvestitionen, höherer öffentlicher Investitionen in die Infrastruktur und einer wachsenden landwirtschaftlichen Produktion (vgl. ebd.: 161). Die Investitionen Pekings und die BRI seien wegweisende Projekte, welche auf die afrikanischen Bedürfnisse und die Bestrebungen antworten, mit dem Ziel die regionale und kontinentale Infrastruktur wie Politik zu entwickeln und nach Prioritäten gegliederte Entwicklungsprogramme und Umsetzungsstrategien aufzustellen (vgl. ebd.: 161).

Problematisch sei die Ungewissheit bezüglich der Wirtschaftlichkeit von Infrastrukturinvestitionen. Es bestünde die Gefahr, „[that without] accompanying economic growth, the facilities built may not generate sufficient revenue to sustain themselves, and the maintenance and operation costs of the facilities then become a chronic financial burden for the countries in which they are built“ (Tang 2020: 89). Auch hier zeichnet sich ein Dilemma ab: Obwohl Infrastruktur ein essentieller Baustein von erfolgreicher Entwicklung sei, bräuchte es einen stabilen Markt, um die Wirtschaftlichkeit der Projekte zu garantieren (vgl. ebd.: 89). Folglich sei die Ungewissheit der kommerziellen Chancen von Infrastrukturen größer als auf einem bewährten Markt, da bei einer erfolglosen Transformation viele der vorgesehenen Vorteile der Infrastruktur ungenutzt bleiben können (vgl. ebd.: 90).

Chinesische Investitionen würden zwar nicht in jedem Fall erfolgreich ausfallen, jedoch seien positive Synergien mit dem Industrialisierungsprozess eines Landes und dem allgemeinen Wirtschaftswachstum zu erkennen (vgl. ebd.: 91). Investment- und Geschäftsmöglichkeiten

würden steigen, was wiederum zum Ausbau von Infrastruktur führt, während gleichzeitig geschäftlich wie öffentliche Interessen berücksichtigt würden (vgl. Tang 2020: 91). Dieser Zyklus begünstigt die Investition von (lokalen) Regierungen zum weiteren Ausbau von Infrastruktur, wobei die Agent*innen im Sinne der Erreichung von ökonomischen Zielen wie Geschäftsleute handeln (vgl. ebd.: 92). An dieser Stelle gelte es, den Blick auf das Wesentliche zu richten: „As government agencies, their focus is not limited to short-term financial returns; rather, they have to align their goals with national strategies, which aim at long-term gains for a region or the entire nation, in addition to taking public welfare into consideration” (ebd.: 92).

Während die afrikanischen Länder die Möglichkeit haben die dringend benötigte Infrastruktur zu errichten, indem Kredite schnell bewilligt werden, kann Peking die Reichweite seiner Infrastrukturunternehmen vergrößern, indem auf die Erfahrungen der eigenen Entwicklung zurückgegriffen werden kann. Jener Glaube an Infrastruktur und an Industrialisierung hat in der jüngeren Vergangenheit auch die heimische chinesische Wirtschaft beflügelt. Dass diese Tradition auf dem afrikanischen Kontinent fortgeführt wird, hat nicht nur ideologische Gründe, sondern auch praktische. Die Nutzung der eigenen Kapazitäten wird fortgeführt. Die chinesischen Infrastrukturunternehmen können ihre Expertise, ihr technisches Knowhow und ihre Kapazitäten auf diese Weise auf fremde Absatzmärkte ausweiten. Das Wesen des geschäftlichen Charakters chinesischer Entwicklungsansätze wird anhand diesen Beispiels ersichtlich.

Alternative Kreditformen

Die Infrastrukturinvestitionen können als Hyperonym der Kreditformen gesehen werden. Sind die Infrastrukturprojekte das Ergebnis der Arbeit, dann fungieren die Finanzierungen als Detail. Auch ihnen wohnen die chinesischen Prinzipien inne. Den alternativen Charakter bekommen die Kredite nicht nur aufgrund ihrer Originalität, sondern weil sie als Alternative zu den bestehenden Investitionen des Globalen Nordens dienen. Die methodische Auswertung bestärkt die Vermutung, dass sich Peking durch seine Kredite vom Globalen Norden abgrenzen möchte. Einerseits werden Versäumnisse beklagt. Andererseits wird die eigene Position gestärkt. Umgekehrt zeigen die Kodes, dass die Kritik an Chinas Investitionen bei den Kreditformen zusammentrifft. Nicht nur die Kredite werden zur Angriffsfläche. Als Spiegelbild der Prinzipien Pekings wird auch das chinesische Modell an sich hinterfragt. Die Kategorie der Kodes, welche die Kritik an China bilden, richtet sich gegen die bis dato besprochenen Unterpunkte.

Nicht nur die Form der Kredite selbst, auch die Form der Kreditabsicherung stellt ein Novum dar. Ein Beispiel aus Angola zeige, wie die China Exim Bank zur Finanzierung einer neuen Zugstrecke Ölreserven als Sicherheit für die Finanzierung wählte (vgl. Tang 2020: 93).

Gleichzeitig sei eine ungewöhnlich lange Kreditlaufzeit von siebzehn Jahren gewählt worden und ein Bestellerkredit wurde eingerichtet, den Angola für die Beauftragung chinesischer Unternehmen mit dem Bau von Infrastrukturen verwenden konnte, und durch die China Exim Bank ausgezahlt wurde (vgl. Tang 2020: 94). Innerhalb dieser Form von Krediten erkennt Tang die strukturelle Verbindung von Handel und Entwicklungshilfe (vgl. ebd.: 94). Vier Punkte fallen durch die neue Kreditform ins Gewicht:

(1) The aim of lending is development, because development is inseparable from funding. [...] (2) Western financing organizations and donor countries are overly fixated on the assessment of static debt; they neglect to take into account dynamic development and the potential positive impact of new loans. [...] (3) When China Exim Bank assesses loans, it pays more attention to receiving countries' actual situations, and it grants loans for specific projects. [...] (4) Commercial benefit and development aid are not in contradiction to each other (ebd.: 95).

Diese Vorgehensweise würde einen fundamentalen Fehler „westlicher“ Entwicklungsarbeit offenlegen. Zur Bewertung von Entwicklungsländern könnten nicht die Kriterien eines ausgereiften Marktes herangezogen werden, stattdessen müsse man durch die Verbesserung der Infrastruktur eine Grundlage für die Transformation der Produktion und der sozialen Struktur anstreben (vgl. ebd.: 96). Auch das Novum der Nutzung von Ölreserven als Sicherheit sei ein vielversprechender Ansatz, der inzwischen mit diversen afrikanischen Partner*innen verfolgt werden würde (vgl. ebd.: 96). Ein Ende der chinesischen Investments sei nicht in Sicht. Die Ursache für die Anhäufung von Schulden sei nicht unbedingt auf Überschuldung zurückzuführen: Afrika benötige nach wie vor dringend Investitionen in die Infrastruktur, weshalb das Problem das unerwartet niedrige Wachstum sei, das durch die Infrastrukturprojekte erzeugt wird und die Haushaltskonsolidierung zum Scheitern bringt (vgl. ebd.: 99).

Zwar verfügen die afrikanischen Verhandlungspartner*innen über Spielraum und können in ihrem Interesse handeln können. Gleichzeitig sind sie den (finanziellen) Folgen von Misswirtschaft, Korruption oder anderen Stolpersteinen ausgesetzt. Die Beziehung wird vereinfacht. Es gibt keine Bedingungen und keine Auflagen, was zu einer stärkeren Bindung beitragen könnte, indem Peking die afrikanischen Länder hinsichtlich ihrer Handlungsfähigkeit und Souveränität mit sich selbst gleichsetzt.

Kritiker*innen werfen China eine Ignoranz gegenüber möglichen Schuldenkreisläufen sowie eine Ignorieren der „good governance“ Thematik vor (vgl. Hubbard 2009: 218). Zwei Themen, die in ihrem Kern die Form der chinesischen „concessional loans“ bemängeln. Ein solches Darlehen wird gebilligt sofern das Nehmerland einen Vertrag mit der Volksrepublik China und der China Eximbank schließt (vgl. ebd.: 220). Aufgrund der Undurchsichtigkeit der offiziellen Zahlen, lässt sich die finanzielle Summe chinesischer Darlehen nicht genau beziffern. Bis 2002

nennt Peking 90 Projekte in mehr als 41 Staaten ihr eignen und zwischen 1998 und 2007 wird von Ausgaben bis zu 773 Millionen US-Dollar ausgegangen (vgl. Hubbard 2009: 221).

Problematisch sei die Einordnung der „concessional loans“: Trifft der Begriff der ODA zu? Hubbard stellt die Kategorisierung aufgrund des Umfangs und des Zwecks der Darlehen infrage: „While the loans are on concessional terms, whether the grant element is large enough to qualify technically as ODA remains an open question. But even if the terms are strictly concessional, they would only count as ODA if the main (though not necessarily the sole) objective is the promotion of economic development and welfare“ (ebd.: 223) Auch die Begrifflichkeit der konditionslosen Darlehen könne mitunter irreführend sein, da diese durchaus an Bedingungen geknüpft sind. Ein Großteil der Ausrüstung, der Technologie und der Dienstleistungen soll aus China importiert werden, während der Standort über reichlich lokale Ressourcen, einen großen Absatzmarkt und günstige wirtschaftliche Aussichten verfügen sollte (vgl. ebd.: 225). Eigeninteresse spiele eine zentrale Rolle, frei nach dem japanischen Modell, welches Entwicklungsarbeit gegen Exportmöglichkeiten handelt (vgl. ebd.: 226).

Hubbard kommt zu dem Schluss, dass Peking einen Großteil der „concessional loans“ nicht veröffentlicht (vgl. ebd.: 226). Er vermutet, dass Peking auf diese Weise versucht die Betriebsgeheimnisse chinesischer Exporteur*innen zu schützen – eine Konsequenz der Verschleierung eigener Interessen (vgl. ebd.: 227). Ebenso könne es sein, dass sich Peking bewusst ist, dass die Darlehen, sofern offengelegt, der Qualifikation als ODA nicht gerecht werden würden. Durch den Erhalt der Ambiguität könnte China auf den Wohlwollen der eigenen Regierung verweisen und sich als Kreditgeber*in platzieren (vgl. ebd.: 227).

Pragmatismus

Dem Unterpunkt Pragmatismus soll an dieser Stelle besondere Beachtung geschenkt werden. Das Quellenmaterial, besonders jenes der aktuellen Dekade, beschreibt mit Hilfe des Begriffs den Leistungshorizont des chinesischen Modells. Was in älteren Quellen als alternative Kredite, lose Prinzipien oder Fokus auf Industrialisierung besprochen wurde, findet im Pragmatismus Ausdruck. Die Kodes markieren weniger das Fehlen von Kriterien, sondern zeichnen das Bild von Spielregeln, auf die sich Peking besinnt.

Trotzdem stellen die nicht eindeutig umrissenen Prinzipien des chinesischen Modells ein wichtiges Merkmal dar. Tang greift diese Undefinierbarkeit auf und definiert den Beijing Consensus als pragmatisch, da für Peking die Umsetzung von erfolgreichen Handelsgeschäften und Projekten im Fokus stehe (vgl. Tang 2020: 24). Prinzipienlos sei das Modell aber nicht. Während der Globale Norden nach Definitionen und Leitfäden für Entwicklung sucht, entzieht sich der

chinesische Pragmatismus jeglicher Konstruktionen und lasse den Weg zu den gesteckten Zielen offen, indem auf individuelle Experimente und vielfältige Aktivitäten gesetzt würde (vgl. Tang 2020: 26). Tang bezeichnet das Entwicklungsmodell Chinas als ein fluktuierendes, und tauft es auf den Namen „coevolutionary pragmatism“ (COP), welches er als „target-oriented instead of model-oriented, nonlinear circular synergism instead of linear causal mechanism, and experiments with large varieties instead of setting universal rules“ (ebd.: 258) versteht.

Dieses Modell würde die Diskussionen um politische, ökonomische oder kulturelle Stellschrauben zugunsten einer umfassenden industriellen Transformation vernachlässigen (vgl. ebd.: 258). Indem nachhaltiges Produktivitätswachstum als Ziel gesetzt wird, betone der nichtlineare Ansatz die Flexibilität in verschiedenen Kontexten und die Interaktion mit verschiedenen bestehenden Institutionen (vgl. ebd.: 258). Der COP vereine drei Elemente: die Förderung einer nachhaltigen wirtschaftliche Entwicklung, die Transformation von Marktwirtschaft wie Industrialisierung und Flexibilität, um verschiedene Aspekte zu koordinieren und mit Partnern während der Transformation zu interagieren (vgl. ebd.: 259). Im Kern repräsentiere dies eine Fokussierung auf Verbesserungen für Betriebe und die Unterstützung der Modernisierung, gepaart mit einer schnellen Reaktionszeit und Anpassungsfähigkeit (vgl. ebd.: 260-261).

Obwohl eine technische Definition des Beijing Consensus schwierig bleibt, aufgrund seiner eher losen Indikatoren, erschließt Tang drei formgebende Charakteristika: „(1) commitment to innovation and constant experimentation; (2) stress on sustainability, equality, and chaos management; and (3) self-determination in financial and military affairs“ (ebd.: 7). Die unklare Einordnung scheint aber auch Teil der Strategie Pekings zu sein, denn die chinesische Führung bekräftige ihren Standpunkt, dass China kein allgemeines Entwicklungsmodell habe und empfiehlt anderen Ländern keinen Modellen zu folgen (vgl. ebd.: 13). Jene undurchsichtige Struktur chinesischer Hilfe hat in der internationalen Staatengemeinschaft zu Kritik geführt. Besorgniserregend sei die Frage, ob afrikanische Länder fähig seien, die zur Verfügung gestellten Kredite tatsächlich zurückzuzahlen, ob die fehlenden Konditionen zu verantwortungsvoller Staatsführung und zur Wahrung der Menschenrechte beitragen und inwiefern Auswirkungen auf die Umwelt Beachtung geschenkt wird (vgl. Brautigam 2009: 197).

Fazit

Die der Frage 4 zugeordneten Kode-Kategorien belaufen sich auf *Hegemonie*, *Wirtschaft*, *Entwicklungsmodell China* und *Kritik China*. Der Kode *Gegen-Narrativ* erlebt die häufigste Verteilung (vier Nennungen), gefolgt von *Ökonomische Motive*, *Ungebundene Hilfe* und *mutual benefit* (drei Nennungen) (siehe *Diagramm 6*). Diese Verteilung vereint politische Ansprüche

Pekings, die Betonung wirtschaftlicher Aspekte sowie zwei zentrale Charakteristika, welche chinesischen Investitionen innewohnen.

Basierend auf dieser Auswertung kann das chinesische Entwicklungsmodell folgendermaßen charakterisiert werden: Ideologisch ist es aus einer anti-kolonialen und anti-hegemonialen Stimmung heraus geboren, die sich primär gegen die Vormachtstellung des Globalen Nordens richtet. Die Lehren aus der eigenen chinesischen Vergangenheit (der Aufbau von Infrastruktur und die Förderung der Industrialisierung) und die Trennung von Entwicklung und Hilfe dienen als Leitsterne für Entwicklungsvorhaben. In der Umsetzung können Form und Funktion dieser Vorhaben variieren. Die als „starr“ deklarierten Modelle und Ideologien des Globalen Nordens werden zugunsten von flexiblen Taktiken basierend auf Pragmatismus eingetauscht. Eine chinesische Entwicklungsideologie (abgesehen von den vorgestellten Prinzipien in Kapitel drei) gibt es nicht. Dennoch agiert Peking dennoch nach einem Muster. Dieses Muster kann als ein Konsortium von ökonomischen Strategien zur Förderung von Industrialisierung und Infrastruktur samt der Entwicklung kleinerer wie mittelständischer Unternehmen benannt werden.

Da die Beziehung geschäftlicher Natur ist, sind die Finanzierungen nicht an politische, wirtschaftliche, soziale oder ökologische Parameter gebunden, wodurch die chinesischen Kredite zugänglicher sind. Trotzdem bleiben die politischen und wirtschaftlichen Ziele Chinas eng mit den Entwicklungsvorhaben verbunden. Dies äußert sich nicht nur in der ideologischen Ausrichtung. Das Interesse Pekings an Afrika wurde im vorigen Kapitel aufgezeigt. Weiter kann nur bedingt von konditionslosen Krediten gesprochen werden. Im Falle von Infrastrukturkrediten müssen afrikanische Länder chinesische Firmen und Arbeiter*innen für die Umsetzung des Vorhabens engagieren. Ebenso bedeutet non-interference im Umkehrschluss die Akzeptanz der chinesischen Ansprüche auf Taiwan.

Die Basis des Modells scheint stabil – Infrastruktur und Industrialisierung als Voraussetzung für Entwicklung. In manchen Fällen erweist sich jedoch genau diese Voraussetzung als Hindernis. Infrastrukturprojekte können unvollendet bleiben oder nur langsam wachsen, weil afrikanische Staaten und lokale Regierungen ihre Versprechen nicht einhalten. Auch kann die bestehende und die verbindende Infrastruktur unzureichend sein. Mögliche Kettenreaktionen für die lokale Wirtschaft werden untergraben und der weitere Verlauf von Projekten wird verlangsamt, was wiederum die Integration von (lokalen) Unternehmen und Arbeitnehmer*innen verhindern würde. Die Nutzung der neu geschaffenen Infrastruktur kann einseitig sein, wenn chinesische Unternehmen die einzigen Nutznießer der positiven Effekte sind. Bei unzureichender Infrastruktur ist die Entstehung von Vorleistungsindustrien (backward linkages) oder der Transfer von Wissen nicht zu erwarten.

4.2 Potentiale und Gefahren des chinesischen Modells: Eine Alternative?

Versäumnisse des Globalen Nordens?

Der Kategorie Versäumnisse wurden zwar lediglich zwei Codes zugeordnet, diese sind aber auf mehrere (historische) Knotenpunkte zurückzuführen und haben diverse Implikationen. Diese Codes kontrastieren jene, welche die positiven Aspekte des chinesischen Modells beschreiben. Werden dem Beijing Consensus beispielsweise Eigenschaften wie Flexibilität zugeordnet, werden die Modelle des Globalen Nordens als statisch definiert. Gleichzeitig wird durch die Gegenüberstellung die historische Abgrenzung des Beijing Consensus ersichtlich. Die Versäumnisse des Globalen Nordens – zumindest aus der Sicht Pekings – sind womöglich Ansatzpunkte, die eine bewusste technische und diskursive Abgrenzung nach sich gezogen haben.

Rayman gründet seine Untersuchung des Potentials Chinas zur Anfechtung gängiger Entwicklungsparadigmen auf einer Analyse der (historischen) Programme des Globalen Nordens. Vonseiten des OECD ist ODA definiert „as ‘concessional funding’ to developing countries below a certain income threshold and to multilateral institutions ‘primarily for the purpose of promoting welfare and economic development in the recipient country’” (Rayman 2021: 91). Diese Definition aber würde historische, strukturelle und zweckmäßige Definition von Entwicklungsarbeit verkürzt darstellen sowie den Fokus primär auf wirtschaftliche Faktoren lenken (vgl. ebd.: 91-92).

Obwohl die Achtung der Menschenrechte sowie der Respekt und die Freiheit von Herkunft, Geschlecht oder Religion fester Bestandteil der Charta sind, sei die Definition des OECD als Konsens für die Bewertung des Erfolgs der Entwicklungshilfe anhand ihrer Fähigkeit, das allgemeine Wohlergehen in Ländern unterhalb des mittleren internationalen Lebensstandards zu fördern, verwendbar (vgl. ebd.: 92). Rayman argumentiert, dass wenn Entwicklungshilfe als hypothetischer Imperativ zur Förderung des Wohlstands und der internationalen Entwicklung in armen Ländern verstanden wird, muss ihre Gültigkeit daran gemessen werden, ob ihre Ziele sinnvoll sind, erreichbar sind und tatsächlich am besten durch die spezifischen Mittel erreicht werden, mit denen sie verfolgt werden (vgl. ebd.: 92).

In einem ersten Schritt analysiert der Autor die historischen Hintergründe sowie den Fortschritt von Entwicklung. Rayman bekräftigt seine Vermutung, dass die weltweite Entwicklungshilfe sich in der Vergangenheit auf das Wirtschaftswachstum in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen konzentriert hat (vgl. ebd.: 93). Beginnend mit dem Bretton Woods System sei eine Struktur geschaffen worden, welche sich auf die Öffnung internationaler Märkte und die Stabilisierung internationaler Währungen fokussierte, wodurch der Zugriff auf die Länder

der Peripherie durch eine ineffiziente, selbstdienliche Politik ermöglicht wurde, die blind gegenüber den tatsächlichen Umständen vor Ort gewesen sei (vgl. Rayman 2021: 93). Während der Wiederaufbau von Westeuropa und Japan in dieser Periode als erfolgreich gewertet werden könne, seien die Erfolge in den ehemaligen Kolonien ernüchternd, unbeständig und anfällig für Umkehrungen, mit Perioden schnellen Wachstums gefolgt von starken Rückgängen (vgl. ebd.: 94).

Die Strukturanpassungsprogramme (SAP) der 80er bis 200er Jahre seien der Vorlage von Bretton Woods gefolgt und führten den Trend von Handelsliberalisierung, Steuerreform, exportorientierte Geldpolitik, Privatisierung von Staatsunternehmen, Deregulierung und Schutz des geistigen Eigentums fort (vgl. ebd.: 94). Die Rückschläge seien gravierend gewesen. Neben äußerlichen Faktoren, sei es primär der Charakter der SAP, welcher zu den negativen Entwicklungen geführt hätte: Steuererleichterungen für die Oberschicht und für Unternehmen, hätten zu Preissteigerungen und hohe Kosten für den ärmeren Teil der Bevölkerung gesorgt; durch die Aufhebung von Handelsbarrieren zwischen Ländern, konnten Unternehmen des Zentrums ärmere Länder dominieren; die Rückzahlung von Schulden der Entwicklungskredite wurde erzwungen und gleichzeitig wurde die finanzielle Hilfe gekürzt, was zum Verlust von Kapital in der Peripherie geführt hätte (vgl. ebd.: 95-96).

Diverse Autor*innen fußen ihre Kritik des Globalen Nordens folglich auf den negativen Auswirkungen des Washington Consensus. Die Idee, durch die Implementation einer neoliberalen Wirtschaftspolitik internationale Handelsbarrieren zu minimieren, um auf diese Weise für Stabilität zu sorgen, sei schädlich für Entwicklung gewesen. Das eigentliche Ziel sei gewesen den hegemonialen Niedergang der USA zu verhindern, bzw. zu verzögern: „[A] more profitable presence of the United States in the developing world was meant to counterbalance its weakened position with respect to its allies (Japan and Western Europe)“ (Lubieniecka 2014: 439). Auch die Einführung der SAP's spaltet die Forschung. Das Ziel der SAP's war es den Entwicklungsländern zu helfen, aus dem geschlossenen Schuldenkreislauf herauszukommen, was bedeutet, dass viele Länder nicht einmal in der Lage waren, die Zinsen für frühere Kredite zu zahlen (vgl. ebd. 440). Der Einfluss der SAP's sei unterschiedlich, entsprechend der betreffenden Region und Nation. Für den afrikanischen Kontinent würden die negativen Effekte überwiegen, „which obviously altered their attitude towards national governments, seen as responsible for the negative changes and blamed for no longer providing client-patron relations, which hitherto was a base of the post-colonial society-government mode of living“ (ebd.: 441).

Diskursiv hätten die Millennium Development Goals (MDG's) zu einer Erweiterung des Entwicklungsdiskurses geführt. Entwicklung sei nun nicht mehr nur ökonomisch begründet,

sondern würde Elemente wie die Berücksichtigung individueller Umstände eines Landes, die Beachtung verschiedener Formen von Armut, die Einführung einer Partnerschaft auf Augenhöhe sowie die Einführung inklusiver, holistischer und nachhaltiger Ansätze vereinen (vgl. Rayman 2021: 96). Dieser Ansatz schenke den moralischen und politischen Rahmenbedingungen der liberalen Aufklärung, die die nationale Autonomie betonen, sowie einem flexiblen analytischen Pragmatismus, der sowohl auf ein komplexes Verständnis der Wurzeln der Armut als auch auf deren quantitative Ergebnisse achtet, verstärkte Aufmerksamkeit (vgl. ebd.: 97). Realpolitisch hätte lediglich eine diskursive Abkehr von den SAP's stattgefunden. Die Konditionalität der Hilfe, d. h. die Forderung, dass die Empfänger*innen ihre interne Politik der Strukturanpassung unterordnen, blieb von der Periode der Strukturanpassung bis zur Millenniums-Entwicklung erhalten (vgl. ebd.: 99). Rayman schlussfolgert, „we have not seen the kind of paradigm shift in toto in the operations of world development that could fundamentally transform how it is done practically or ethically“ (ebd.: 99).

Ungebundene Hilfe – der Beijing Consensus

Die Charakterisierung des Beijing Consensus, als Gegenpol zum Washington Consensus, verbindet die Merkmale des chinesischen Modells mit den Kontrastierungen zu „traditionellen“ Entwicklungsdiskursen. Die Codes greifen jene des Kapitels 4.1 auf und knüpfen an der Diskussion um die Versäumnisse des Globalen Nordens an. Speziell wird auf den Punkt der konditionslosen Zusammenarbeit eingegangen. Der Code *Ungebundene Hilfe* zieht sich durch die Forschung und wird sowohl deskriptiv, als auch diskursiv verwendet. In diesem Kapitel wird primär auf letzteren Aspekt verwiesen, um die Möglichkeit als Alternative zu besprechen. Die Verwendung des Begriffs Beijing Consensus impliziert die Kritik gegenüber dem Washington Consensus. Jene Entwicklungsagenda wurde durch die MDG's und SDG's abgelöst, trotzdem hat sich der Begriff zur Benennung des chinesischen Modells gehalten.

Um also auf die Stärke als Alternative des chinesischen Entwicklungspfades zu verweisen, verwenden diverse Autor*innen den im vorigen Kapitel erwähnten Begriff des „Beijing Consensus“ in Abgrenzung zur neoliberalen Politik des Washington Consensus. Als Konternarrativ ist der Beijing Consensus ein Weg, „that emphasizes self-development and pays focused attention to rights, sovereignty and equity in aid architecture“ (Babaci-Wilhite; Macleans & Shizhou 2013: 730). Als aufstrebende ökonomische Nation und Alternative für viele Länder der Peripherie argumentieren die Autor*innen, dass das chinesische Modell einen Weg darstellt, der eine selbstbestimmte Entwicklung auf der Grundlage von Eigenverantwortung und strategischen Interessen der Empfänger*innen ermögliche (vgl. ebd.: 730).

Das Prinzip der gebundenen Hilfe, also Kredite, welche an Konditionalitäten geknüpft sind, sei eine zentrale Hürde klassischer Hilfe. Die Bemächtigung der (Semi-)Peripherie sei notwendig, denn diese würden ihre Bedürfnisse wie Probleme am besten kennen, weshalb ihnen die Möglichkeit eingeräumt werden sollte, ihren eigenen Entwicklungsweg zu bestimmen, die lokale Eigenverantwortung zu fördern und die langfristige Selbstbestimmung zu unterstützen (vgl. Babaci-Wilhite; Macleans & Shizhou 2013: 731). Da dies verneint wird, vermuten die Autor*innen, dass EZA ein Mechanismus zur Förderung der Eigeninteressen der Geber*innen sei, der die Abhängigkeit von finanzieller Unterstützung aufrechterhalte und zu einer Reihe von Rückschlägen im Globalen Süden geführt hätte (vgl. ebd.: 731).

Der Nutzen von Hilfe, also die Hoffnung auf Wachstum, auf Veränderungen in der Politik, auf verbesserte Infrastruktur oder den Aufbau von Institutionen, würde untergraben (vgl. ebd.: 731). Babaci-Wilhite et al. argumentieren folglich, dass Konditionalität hinderlich für eine nachhaltige Entwicklung in Afrika sei - eben wegen des enormen Drucks, sich an die von den Geber*innen festgelegten Ziele zu halten (vgl. ebd.: 732). Entwicklungshilfe, so wie der Globale Norden diese interpretiere, sei ein Mittel zur Durchsetzung der politischen und wirtschaftlichen Interessen der Geber*innen (vgl. ebd.: 732).

Warum also sollte der Beijing Consensus gewählt werden? Entgegen der ökonomischen Ideologie des Washington Consensus, sei die chinesische Alternative „based on the principles of mutual benefits and non-interference in a nation’s internal workings. It is not informed by the philosophy of markets. [...] Rather, dialogue based on equal partnership and effectiveness and efficiency of aid without conditionalities are its core characteristics” (ebd.: 737-738). Das bevormundende Wesen der konditionalen Hilfe würde abgelegt, was zu einer Stärkung der afrikanischen Partner*innen führen würde, während die Unterstützung strategisch wichtiger Industrien gefördert und auf diese Weise zu einer Form von selbst-gesteuerter Entwicklung führen könnte (vgl. ebd.: 738). Der Staat würde in den Vordergrund gestellt werden. Die Idee, dass nicht die Macht der Märkte, sondern die Macht des Staates die treibende Kraft für lokale Vorstöße als Element einer selbstbestimmten Entwicklung ist, sei ein kraftvolles und erfrischendes Instrument dieser neuen Alternative (vgl. ebd.: 738).

Lubieniecka sieht in Chinas wachsender Bedeutung eine Veränderung der internationalen Ordnung, da ein Modell geschaffen sei, durch welches andere Nationen ihre eigene Entwicklung aufbauen könnten (vgl. Lubieniecka 2014: 445). Ebenso wichtig sei die Abkehr von einer Ideologie oder einer Entwicklungsdoktrin. Der chinesische Weg bietet keine vorabdefinierte Anleitung, sondern könne als friedlich, innovativ, pragmatisch, aber auch ideologisch, wachstumsorientiert, auf asymmetrischen Machtinstrumenten basierend, national und flexibel beschrieben

werden (vgl. Lubieniecka 2014: 445). Drei Charakteristika seien dem Beijing Consensus dennoch inhärent:

First, the value of innovation is emphasized. It assumes that constant changes in the search for the optimum are necessary, so that the possibility of failure is a natural consequence and should be taken into account. Second, the necessity of chaos management in a rapidly changing society, when the focus of development has changed from growth-oriented to people-driven, is underlined. Third, the self-determination is crucial: China is still underlining that it has its own problems, and that it is still a developing country, and it does not want to dominate. China's will is only to determine its own path (ebd.: 447).

Madison Condon greift den Punkt der Nicht-Einmischung auf und legt ihn auf die darüber liegende Debatte um die Identität von Entwicklung um. Zentral erscheint ihr das Sichtbarmachen versteckter Diskurse. Indem Peking einen alternativen Weg geht, gerieten der Nutzen oder die Ethik von Konditionalität, das Spannungsverhältnis zwischen Armut und Menschenrechten, die Abwägung zwischen der Achtung der Souveränität und den Grundsätzen der Menschenrechte in den Fokus (vgl. Condon 2012: 5). Den Kern der chinesischen Entwicklungsarbeit erkennt die Autorin in den wesentlich unter Marktniveau liegenden Zinsen der diversen Projekte, welche aber an Konditionalitäten gebunden sind, wodurch der Begriff „ungebundene Hilfe“ relativiert würde.

Meist seien damit Bedingungen verknüpft „[which] generally require that at least 50 percent of the money is spent on Chinese goods or services, like materials and construction firms. These loans are often explicitly or implicitly tied to guarantees to market access of African resources—mainly oil“ (ebd.: 7). Der ökonomischen Entwicklung würde in Peking auch deshalb ein besonderer Wert zugemessen, weil von einer dem „Westen“ konträr gegenüberstehenden Kette ausgegangen wird: nicht die politische, soziale oder gesellschaftliche Entwicklung bedinge „Entwicklung“, sondern ökonomischer Fortschritt sei die Grundlage für die Verbesserung der eigenen Ausgangslage (vgl. ebd.: 8).

Die Konditionalität bzw. die nicht vorhandene Konditionalität ist das Zentrum der Analyse von Condon. China pocht auf die Unabhängigkeit eines jeden Staates, denn die Führung in Peking ist umgekehrt der Meinung, dass die individuellen innerpolitischen Konflikte eines jeden Staates kein Interesse für Dritte darstellen sollten (vgl. ebd.: 8). Dieser Punkt wird damit begründet, dass das Pochen auf an gesellschaftliche, politische oder an soziale Reformen gebundene Hilfe nicht nur wenige Erfolge erziele, sondern der eigenen Zielsetzung tatsächlich im Weg stehe, da eine solche Aufgabe in vielen Fällen zu groß für die Nehmerländer sei, die Bürokratie unter dieser Last meist ineffektiv agiere und die Investments an sich den fixierten Markt an der falschen Stelle unterstützen würden (vgl. ebd.: 11). Die chinesischen Kredite orientieren sich an zwei ethischen Argumenten. Erstens, „those who are in the most need of development

assistance often live under autocratic oppression, through no fault of their own” (Condon 2012: 11). Zweitens, “conditionality [...] is that it is a form of interventionism that violates the sovereignty of the targeted nation” (ebd.: 11).

Verlässt man den Raum der Entwicklungsarbeit und wendet sich der Rhetorik der Geberländer zu, fällt auf, dass die Sprache Pekings gegensätzlich zu der europäischen Rhetorik ist. Condon beschreibt sie als frei von Verpflichtung und Schuld, erfrischend unaufdringlich und solidarisch gegenüber den Süd-Süd-Allianzen (vgl. ebd.: 14). Das Bild, welches die chinesische Regierung von sich als Geberland zeichnet, schließt an der fehlenden kolonialen Last, der gemeinsamen Vergangenheit und der ähnlichen Ausgangslage an. Konditionalität hingegen sei ein Mittel, „[which] ‘reinforces traditional hierarchical relationships’ between the donor and the recipient, and it ignores or circumvents the grass roots dialogue that is necessary for societal change to have any lasting effect” (ebd.: 15). Der chinesische Erfolg auf dem afrikanischen Kontinent habe sogar zu einem Umdenken in der europäischen Entwicklungsstruktur geführt und die Abkehr von strikt auf Konditionalität basierenden Ansätze sei im Gange (vgl. ebd.: 16).

Der Washington Consensus schlug den Weg der Structural Adjustment Programs ein, mit dem Ziel dem Globalen Süden zu helfen aus dem geschlossenen Schuldenkreislauf herauszukommen. Dies bedeutete aber auch, dass viele Länder nicht in der Lage waren, die Zinsen früherer Kredite zurückzuzahlen (vgl. Lubieniecka 2014: 440), weshalb der Beijing Consensus einen eigenen Weg darstellen soll, der auf den chinesischen Traditionen, auf einer „Win-Win“-Zusammenarbeit und auf Multilateralismus statt Hegemonie aufbaut (vgl. ebd.: 444). Die Attraktivität des chinesischen Angebots gründe in der Möglichkeit zu Selbstbestimmung. Der Beijing Consensus könne nicht nur die Politik und die Wirtschaft transformieren, sondern helfe herauszufinden, wie sich Länder in die internationale Ordnung einfügen und gleichzeitig ihre Unabhängigkeit und Souveränität beibehalten (vgl. ebd.: 439).

Zwischen den Entwicklungsmodellen des Globalen Norden und dem chinesischen Ansatz sei der entscheidende Unterschied, dass der Washington Consensus die Handlungsfähigkeit der Kreditempfänger*innen durch die Mechanismen der globalen Vorherrschaft verkleinere, während der Beijing Consensus gegenseitigen Nutzen anstrebe und die Grundsätze der Souveränität fokussiere (vgl. Babaci-WilHITE et al. 2013: 739). Jegliche Form von Hilfe sollte, so die Autor*innen, von politischen Zielen und konditionalen Strukturen abgekoppelt werden, da Hilfe oft nicht differenziert genug sei, um die spezifischen lokalen institutionellen, politischen und sogar wirtschaftlichen Gegebenheiten widerzuspiegeln (vgl. ebd.: 739). Letztlich seien dies die Gründe für die Attraktivität von chinesischer Hilfe für afrikanische Länder (vgl. ebd.: 739), auch aufgrund der Fähigkeit des Beijing Consensus „to appreciate the unique and complex

development problems which occur as a consequence of donor deafness on limited rights and conditionalities” (Babaci-Wilhite et al. 2013: 741).

Der Verzicht auf (politische) Konditionalitäten gepaart mit der Politik der Nicht-Einmischung sind folglich zwei weitere Faktoren, welche die Attraktivität chinesischer Investitionen für Partnerländer ausmache und stelle im Umkehrschluss eine willkommene Alternative gegenüber „traditionellen“ Krediten dar (vgl. Cheng & Zhai 2021: 15). Entscheidend sei die Betonung eines Alternativen Entwicklungspfad, abseits der von Wallerstein vermuteten Möglichkeiten zum Aufstieg. Chinas Hilfe für die Länder des Globalen Südens hätte positive Auswirkungen auf die Lebensbedingungen vor Ort und hätte eine wirtschaftliche wie soziale Entwicklung gefördert, welche die Grundlage für unabhängige Entwicklung sei (vgl. ebd.: 15). Die Position Pekings ist somit antagonistisch zu den Modellen des Globalen Nordens. Es klafft eine Lücke zwischen den Ansätzen. Die antagonistischen Modelle, also der Versuch Pekings „Win-Win“ und „Nicht-Einmischung“ zu etablieren, sowie das Bestreben der OECD-Länder politisch wie wirtschaftlich unabhängige Entwicklungsvorhaben unter dem Leitstern von „good governance“ voranzutreiben, seien kaum miteinander vereinbar (vgl. Gu & Carey 2019: 156).

Die chinesische Regierung versucht sich von Formen der Einmischung und Konditionalität zu distanzieren. Durch diese Haltung soll es gelingen den etablierten Weg des Globalen Nordens, welchem ein politischer wie wirtschaftlicher Charakter innenwohne, basierend auf durch staatliche Interessen motivierte Entwicklungskonzepte, zu vermeiden (vgl. ebd.: 157). Kritiker*innen des Beijing Consensus verweisen auf die negativen sozio-politischen Folgen. Sie argumentieren „that the [Washington Consensus] is a better system in political, social, and economic terms, whereas the [Beijing Consensus] only serves the interests of the ruling class and is characterized by cronyism” (Tang 2020: 5). Befürworter*innen des Beijing Consensus lehnen den politischen Dogmatismus des Globalen Nordens ab „[and criticize] the Washington Consensus for ‘barbarian-like privatization,’ instead preferring the Beijing Consensus, which in contrast fosters market economies with gradualism and an emphasis on local knowledge” (ebd.: 6).

Flexibilität durch Pragmatismus

Auch der unklar umrissene Begriff des Pragmatismus zieht sich wie ein roter Faden durch die Kodierung. In diesem Abschnitt bekommt der Kode eine neue Dimension: die Abkehr von theoretischen Modellen. Die Kodes *Konditionen hinderlich* und *Globaler Norden statisch* aus dem Abschnitt „Versäumnisse des Globalen Nordens“ bezeichnen nicht mehr nur ein enges theoretisches Konzept. Der Aspekt des Diktieren dieses Konzepts rückt in den Vordergrund. Die

Kodes implizieren, dass die untersuchten Autor*innen die Flexibilität des BC auch deshalb positiv bewerten, weil sie Entwicklung als individuelle Herausforderung verstehen.

Der Vorteil des flexiblen und anpassbaren Beijing Consensus sei entscheidend um Wachstum zu generieren. Das Gegenmodell aus Washington sei statischer, da ihm ein theoretisches Gerüst zur Funktion der Marktwirtschaft zugrunde liege, wodurch die organische Komplexität des Funktionierens des Marktes in verschiedenen Praktiken verkannt würde (vgl. Tang 2020: 38). Nach Tang sollte Entwicklungshilfe die Anstrengungen der Nehmerländer in ihrem Bestreben nach strukturellem Wandel unterstützen. Wenn ausländische Hilfe, gefüttert durch externe ethische oder politische Standards, das Empfängerland hindert, seine eigenen wirtschaftlichen Synergieeffekt aufzubauen, dann würden diese gut gemeinten Spenden der Entwicklung schaden (vgl. ebd.: 41).

Im Zuge dieser Überlegungen versucht Tang das chinesische Engagement hinsichtlich der Art und Weise der Unterstützung für strukturellen Wandel auf dem afrikanischen Kontinent zu beschreiben: Die Regierung in Peking treibt Geschäfte in ländlichen wie städtischen Gebieten in diversen Sektoren (z.B. Infrastruktur, Herstellungsindustrie etc.) voran; Pragmatismus wird betont und die Praxis direkt erprobt mit der Gefahr, dass Fehler gemacht werden; höhere geschäftliche Risiken werden aufgrund des eher geringen Wettbewerbs auf dem afrikanischen Markt in Kauf genommen; die Erkenntnisse des eigenen chinesischen Strukturwandels helfen dabei Hürden wie Möglichkeiten für den afrikanischen Strukturwandel zu verstehen (vgl. ebd.: 41-42). Ansätze des Globalen Nordens hingegen seien kaum anpassbar. Die traditionellen Geber*innen und die Ökonom*innen des Globalen Nordens neigten dazu, die zu erreichenden Ziele samt der Methoden, durch welche die Vorgaben erfüllt werden sollten, festzulegen (vgl. ebd.: 261).

Ökonomische Modelle würden die Realität vereinfachen und die sich ständig im Wandel befindenden Umständen des Globalen Südens nicht nur vernachlässigen, sondern in der Implementierung ihrer Programme auf diese Weise den Eindruck einer aufgezwungen Politik verstärken (vgl. ebd.: 261-262). Der Verzicht Chinas auf Konditionalitäten sei eine willkommene Abwechslung „[and] not only shows respect for Africa’s sovereignty, but also suggests a different way of understanding development. [...] Non-conditionality does not mean indifference but signifies acknowledgment of the African partners’ full initiative and their capability of co-evolution” (ebd.: 262). Weiter sei es China gelungen die Nachhaltigkeit und Langlebigkeit von Entwicklungsinvestitionen zu verstärken. Durch die Einbeziehung kommerzieller Interessen in die Hilfsprojekte hätten die Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und afrikanischen Ländern sowohl die Nachhaltigkeit als auch die Wirtschaftlichkeit verbessert. (vgl. ebd.: 262). Die eigenen chinesischen Erkenntnisse führten zu einer pragmatischer Natur und lehnen die strikte

Befolgung deterministischer Strategien ab: „The key to China’s success is, paradoxically, the lack of a defined model, as it allows diverse practices and flexible adjustments. With the consistent goal of development, the pragmatic thinking enables multiple stakeholders to coevolve in diverse contexts through open attitude and real business” (Tang 2020: 265).

Viele Autor*innen werten die chinesische Hilfe im Vergleich als effektiver gegenüber traditionellen Modellen, aufgrund der geringen Konditionen und der dadurch flexibleren Möglichkeiten zur Anwendung (vgl. Babaci-Wilhite et al. 2013: 739). Diese Forschung hat bereits die unterschiedlichen Formen der Vergabe präsentiert und festgestellt, dass die Finanzierungen Pekings durch die Art und Weise ihrer Struktur die ideologische Trennung von Hilfe und Entwicklung mittragen. Diesen Umstand anzuerkennen und zu verstehen, dass sich die China Exim Bank wie eine kommerzielle Bank verhält, ist der erste Schritt. Die im dritten Kapitel vorgestellte Form von Krediten, welche beispielsweise die Gewinne von noch nicht gebauten Häfen als Sicherheit im Vertrag festgeschrieben haben, sind die praktische Folge einer solch strikten Trennung.

Wettbewerb als Chance

Zwar streiten die Forscher*innen bezüglich der positiven und negativen Aspekte des BC, jedoch zeigen die Codes dieser Kategorie, dass generelle Dynamiken entstanden sind, die den Entwicklungsdiskurs beeinflussen. Die Chance, auf die verwiesen wird, ist die Diversifikation der Entwicklungsangebote. Unabhängig von den Akteur*innen und deren Modelle begründen diese Codes die Fähigkeit zur Alternative nicht aufgrund der Charakteristika des Angebots, sondern aufgrund deren schlichter Existenz und inhaltlicher Unterschiede.

Brautigam definiert Pekings Entwicklungsarbeit als „a very modern expression of soft power: a tool of diplomacy and an instrument to meet political, strategic, and economic goals” (Brautigam 2009: 202-203). Essentiell sei die Antwort auf eine Lücke der afrikanischen Bedürfnisse. Die chinesische Option ermögliche es einerseits, Infrastrukturprojekte voranzutreiben sowie die dringend benötigte Strom-, Transport- und Telekommunikationskapazitäten zu beschaffen und andererseits rufe das Fehlen sozialer und ökologischer Schutzmaßnahmen den Widerstand der afrikanischen Zivilgesellschaft auf den Plan (vgl. ebd.: 213).

Aufbauend auf den Prinzipien des “mutual benefit” und des “win-win” könnte es zu einer friedlichen Integration der Peripherie in das Zentrum kommen, vermutet Artner: „China has also followed these policies [...] by pursuing peaceful, cooperative geopolitical strategy, avoiding the privatisation of land as well as the extraction of resources from the peripheries, and, in general, holding market forces under the control of the state” (Artner 2020: 1893). Kampflos

sei ein solcher Aufstieg von gegenwärtigen Zentrumsländern kaum hinzunehmen. Folglich würde der Globale Norden Anstrengungen unternehmen, um dessen hegemoniale Kontrolle aufrechtzuerhalten, und zu allen Mitteln greifen (wirtschaftlich, politisch und militärisch), um zu verhindern, dass China aufholt (vgl. Artner 2020: 1894).

Dieser Wettbewerb könnte ein Gewinn für den Globalen Süden sein. Ein Pluspunkt sei daher die Erkenntnis vieler Länder der (Semi-)Peripherie, dass andere Formen von Entwicklung möglich sind. Die Tatsache, dass Peking als neuer Spender in Erscheinung tritt, würde das Feld der Entwicklung kompetitiver gestalten, wodurch die Möglichkeit der Ermächtigung der Länder der (Semi-)Peripherie besteht. Die Forscher*innen erhoffen sich eine Politik, die sich an die Bedürfnisse der jeweiligen Länder anpasst.

Auch Mohan et al. verweisen auf das vergrößerte Portfolio von Geberländern für Afrika, erweitern diese Dimension um den Umgang mit dem Kontinent, welcher vonseiten Pekings als Ort für ökonomische Möglichkeiten gewertet wird, und zeigen gleichzeitig auf, inwiefern China auf die infrastrukturellen Nöte afrikanischer Länder antwortet. Die Argumentation schlägt in eine ähnliche Kerbe, wie die anderer Autor*innen: die Existenz mehrerer Geberländer würde zu einem Wettbewerbsdruck unter etablierten Spendern führen (vgl. Mohan, Tan-Mullins & Power 2010: 859). Den Vorteil an der chinesischen Vorgehensweise sehen Mohan et al. an der Verfügbarkeit chinesischer Kredite. Es entstünde der Eindruck, dass chinesische Hilfe effektiver und effizienter sei, diese Effektivität aber auf Kosten der Regierungsführung, der Menschenrechte und der Umwelt leide (vgl. ebd.: 861). Parallel würde Peking daran arbeiten den eigenen „innovativen“ Weg auszuformen, möchte aber ebenso als Teil der internationalen Gemeinde im Bereich der Entwicklung ernst genommen werden, weshalb beispielsweise das Vokabular der SDG's und des Pariser Abkommens übernommen wurde (vgl. ebd.: 861).

Mohan et al. sehen den entscheidenden positiven Nutzen in der passiven Bemächtigung der afrikanischen Länder. In ihrer Argumentation halten sie Kritiker*innen den diskursiven Spiegel vor und drehen das Bild um. Die Kritik an Peking „could be seen as an attempt to advance the ‘West’ as model of ‘moral and correct’ practices, in particular in the fields of global development policies, global humanitarianism and aid procedures” (ebd.: 874). Während der Globale Norden den Handlungsspielraum afrikanischer Länder begrenzt, sowohl historisch durch den Kolonialismus, als auch durch das Narrativ der den chinesischen Investitionen hilflos ausgesetzten Afrikaner*innen, sei Chinas Präsenz eine Alternative zu Washington, die den afrikanischen Führungen erlaube, zwischen den Geber*innen zu triangulieren (vgl. ebd.: 875-876).

Die Dämonisierung Chinas kommt aus Sicht der Autor*innen einer vereinfachten Kritik dar, welche in ihrer Analyse die eigene Fehler der „traditionellen“ Geberländer außer Acht lasse.

Im Hintergrund würden Ängste bezüglich verlorenem Kapital, die Verknennung der eigenen Doppelmoral sowie das Potential des ökonomischen Entwicklungsansatzes Pekings und dessen positiven Einflusses, welchen überwandernde chinesische Unternehmen auf die afrikanische Entwicklung haben könnten, lauern (vgl. Mohan, Tan-Mullins & Power 2010: 875-877).

Ein Überwinden der entwicklungshemmenden Hürden sei möglich, primär deswegen, weil der afrikanische Kontinent ein Bevölkerungswachstum erlebe und durch seine junge Demographie gekennzeichnet sei, welche einen zukünftigen großen Konsument*innen-Markt, eine beeindruckende Arbeitskraft und somit Raum für innovative Geschäftsmodelle darstellen würden (vgl. Managa & Thokozani 2018: 11). Diverse ökonomische Reporte unterstützen die positiven Verheißungen. Beispielsweise würde die globale Wirtschaft das enorme Wachstumspotenzial des afrikanischen Kontinents derzeit unterschätzen, denn bereits weitere Investitionen in Infrastruktur könnten die Ausbreitung von Breitbandnetzen derart beeinflussen, wodurch Afrikas GDP pro Jahr um 300 Milliarden US-Dollar wachsen könnte (vgl. 12).

China scheint das Wachstumspotential des Kontinents erkannt zu haben. Bereits mit 51 afrikanischen Ländern seien Partnerschaften geschlossen wurden, welche auf ähnlichen Entwicklungserfahrungen beruhen würden: „Like Africa, China bears the scars of an occupied past, and unequal treaties. They too were carved up like a melon and subjected to racial segregation in their own territory, by the West and Japan” (ebd.: 14). Das Prestigeprojekt Belt and Road Initiative (BRI) sei das Flaggschiff chinesischer Außenpolitik, mit dem Ziel ein internationales Infrastrukturnetz aufzubauen, die Länder auf dem Land- und Seeweg miteinander zu verbinden und die ungehinderte Bewegung von Kapital, Waren und Menschen entlang der alten Seidenhandelsrouten zu ermöglichen (vgl. ebd.: 14). Weiter seien Schulden erlassen worden, Kredite mit geringen Zinsen und langer Laufzeit wurden eingeführt, chinesische Investitionen in harte und weiche Infrastruktur hätten den strukturellen Wandel begünstigt und durch die Etablierung des jährlichen FOCAC sei die enge Partnerschaft auf den Bereich der Sicherheit ausgeweitet worden, indem China durch Friedensmissionen (teilweise mithilfe der UN) seine Präsenz auf dem Kontinent gefestigt hätte (vgl. ebd.: 14-15).

Abel und Pehnelt ziehen ein ähnliches Fazit. Sie stellen gleichzeitig die bestehende Architektur der Entwicklungspolitik und deren Effektivität (ausgehend von den Ländern des Globalen Nordens) infrage. Die Autoren verweisen auf an den verstärkten Wettbewerb innerhalb von Entwicklungspolitik. In diesem erkennen sie positive Effekte, denn „[t]he onus is therefore on the G8 and the IFIs to prove that their assistance to Africa succeeds in fostering economic growth and development in SSA” (Abel & Pehnelt 2007: 26). Ebenso relativieren sie Chinas Außerachtlassung der politischen Rahmenbedingung bzw. dessen Weiterentwicklung innerhalb der

Entwicklungsvorhaben. Abel und Pehnelt begründen dies mit der Tatsache, dass Peking offiziell ein Befürworter der SDG's und des Pariser Abkommens ist, merken aber an, dass sich China der Frage der Staatsführung nicht entziehen könne, da dies die wesentliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung stabiler Wirtschaftsbeziehungen sei (vgl. Abel & Pehnelt 2007: 28).

In jedem Fall hätte der Handel zwischen China und afrikanischen Ländern innerhalb der letzten Jahrzehnte einen enormen Aufschwung erlebt und für die Zukunft wird von einem anhaltendem Aufstieg ausgegangen, „because the tremendous surge in China's economy has created an escalating demand for energy and raw materials“ (ebd.: 10). Diese Nachfrage stehe aber diversen Problemen gegenüber. Eines davon, so Abel und Pehnelt, sei beispielsweise der schwierige Zugang zu Ölfeldern. Da die meisten Felder bereits besetzt seien, sei Peking gewissermaßen gezwungen mit solchen Länder zu handeln, die von internationalen Märkten gemieden werden, trotz der moralischen Erwägungen, die sie davon abhalten (vgl. ebd.: 15). Das Konzept von non-interference und der Wunsch Chinas nach politischen Einfluss begünstigen sich in diesem Fall. Das Argument: Gerade weil China Entwicklung bzw. Kredite ohne Konditionen anbietet, würden sich solche Staaten, die Auflagen wie Demokratisierung oder Anti-Korruption eher als Hindernis ansehen, zu China hingezogen fühlen (vgl. ebd.: 15-19).

Im Umkehrschluss sei dies vorteilhaft für Chinas politischen Einfluss. Aufgrund der relativ starken Vertretung in internationalen Organisationen, in denen die „One Country One Vote“-Regelung gilt, sind die afrikanischen Länder für China in der internationalen Politik von besonderem Interesse (vgl. ebd.: 18). Es sei Peking gelungen eine Lücke zu füllen, die es der chinesischen Regierung erlaube Einfluss zu gewinnen, neue Partnerschaft zu gründen und gleichzeitig würden chinesische Unternehmen aufgrund der gesicherten finanziellen Unterstützung unabhängig von ökonomischen Leistungen in dem teils schwierigen wie instabilen Umfeld, besser zurechtkommen (vgl. ebd.: 20).

Anfechtung von Hegemonie

Diese Kategorie ist eine direkte Folge der vorangegangenen. Zunächst sind die Kodes eine Konsequenz der Abgrenzung Pekings zum Globalen Norden. Des weiteren fragt dieser Abschnitt nach hegemonialen Interessen Chinas. Der Bogen zur WST wird gespannt und die Frage nach Konflikten Dynamiken, die „Entwicklung“ innewohnen, gestellt. Die Untersuchung des Quellenmaterials offenbart, dass die Autor*innen die Möglichkeiten des BC diskutieren und gleichzeitig einen hegemonialen Kampf vermuten. Dies würde die These, dass sich das WS im Umbruch befindet, stützen.

Ausgehend von den dynamischen Charakteristika und der fluktuierenden Ordnung des Welt-Systems, untersucht Li inwiefern das chinesische Modell des Staatskapitalismus und seine zunehmende globale Präsenz eine hegemoniale Herausforderung darstellt (vgl. Li 2021: 531). Li beschreibt Chinas Aufstieg sowohl als eine verändernde Kraft für die globalen strukturellen Arrangements des Weltsystems, als auch für Veränderungen in der Stratifikation anderer Nationen, insbesondere des globalen Südens (vgl. ebd.: 532). Der Aufbruch der gegenwärtigen Strukturen durch Peking hätte dabei Vor- und Nachteile für die Länder der Peripherie: Während China dem Globalen Süden zunächst eine Alternative zu den Krediten des Globalen Norden bot, bestehe die Gefahr, dass China in seiner Annäherung an einen zentrums-ähnlichen Status die Beziehung zur Peripherie in ein ausbeuterisches und von Wettkampf gezeichnetes Verhältnis umwandle (vgl. ebd.: 532).

Carbone et al. schreiben im Journal „Global Affairs“ über die Wandlung der Entwicklungsarchitektur an sich und daran anknüpfend über die EU als Akteurin im Speziellen. Sie legen dar, dass der Gegenstand und das Wesen von „Entwicklung“ selbst ständig in einem Prozess der Aushandlung stehe: “From maximization of economic growth to employment creation and satisfaction of basic needs, and from human development to sustainable and inclusive economic growth and development” (Carbone, Steingass & Winand 2021: 425). Die Komplexität würde durch einen geographischen Wandel erhöht. Die Grenzen des Nord-Süd-Gefälles würden aufgrund der Abnahme der Ungleichheiten zwischen den Ländern und der Zunahme der Ungleichheiten innerhalb der Länder, der Entstehung einer Mittelschicht im Süden und der zunehmenden Ausgrenzung im Norden, verschwimmen (vgl. ebd.: 425). Damit, so die Autor*innen, stehe aber auch der Auftrag und die Relevanz der EU in Aushandlung.

Weil die EU ihre Außenpolitik primär an ihre Entwicklungsarbeit knüpfe, sei es kaum verwunderlich, dass die Ausweitung derselben über die vergangenen zwanzig Jahre die Union in dieser Hinsicht zu einer verantwortungsbewussten und international anerkannten Partnerin hat heranwachsen lassen. Gleichzeitig bedeute dies aber auch, dass diese Verschiebungen zu Spannungen innerhalb der EU-Außenpolitik aufgrund konkurrierender interner außen- und sicherheitspolitischer Ziele beitragen (vgl. ebd.: 428). Die Europäische Union müsse sich folglich die Frage stellen, inwiefern ihr außenpolitischer Fokus innerhalb einer nachhaltigen Entwicklungsdebatte stand halten kann.

Parallel dazu würden sich internationalen Dynamiken entfalten, innerhalb derer die Bedeutung anderer Politikbereiche als der Entwicklungshilfe für Entwicklung, wie z.B. Klima, Handelspolitik, Migration und Sicherheit, zunehmen, weshalb Entwicklung zunehmend instrumentalisiert sei, indem sie als Anreiz für außenpolitisches Verhalten genutzt würde (vgl. Carbone,

Steingass & Winand 2021: 428-429). Dadurch, und innerhalb der Annahme von einer europäischen Außenpolitik, welche sich in Entwicklungsvorhaben äußert, stünde die EU und ihre Rolle international unter Anfechtung. Paradoxerweise könnte der Auftrag der Union an Legitimation verlieren, erfahren wir doch einen Wandel der Geber*innen-Empfänger*innen-Beziehung, welche die Existenz der Auslandshilfe selbst untergräbt (vgl. ebd.: 430).

Der „Wettbewerb“ zwischen China und der EU scheint real und einer der Austragungsorte ist der afrikanische Kontinent. Ausgehend von der Vermutung, dass die Grenzen zwischen der Entwicklungspolitik und anderen Bereichen der Außenbeziehungen sich zunehmend vermischen, und die Handels-, Außen- und Sicherheitspolitik der EU gegenüber den afrikanischen Ländern hat an Bedeutung gewinnen, (vgl. Grimm & Hackenesch 2016: 549), nimmt China aus der europäischen Sicht die oppositionelle Position ein. Der Vorwurf gegenüber Peking richtet sich an dessen primär wirtschaftlich orientierten Ansatz und die daran geknüpften eigens gesetzten Ziele zur Entwicklung chinesischer Unternehmen sowie zur Etablierung konditionsloser Partnerschaften (vgl. ebd.: 550). Grimm und Hackenesch kommen zu dem Schluss, „that China’s presence affects the incentive structures for individual European actors (the European Commission, the External Action Service and Member States) only to a limited extent and therefore has limited impact on EU collective action on development“ (ebd.: 550).

Das Dilemma der EU bestünde darin, dass die Union auf der einen Seite zwar als eine Vorreiterin in (nachhaltigen) Entwicklungsdebatten gilt, welche über internationale Prinzipien und Agenden vorangetrieben würde. Die tatsächliche Implementation auf dem afrikanischen Kontinent würde diesen Policen aber nicht gerecht. Folglich sei die EU in zweierlei Form gefordert: “One is a discussion on the relevance and tools of development policy-making itself and its relations to other EU policies. Secondly, the reform discussion takes place in a changing global context with other actors operating at previously unknown scales on the African continent” (ebd.: 551). Umgekehrt deckt diese Tatsache der europäischen Entwicklungspolitik intrinsische Charakteristika auf, welche sich in den nationalen Debatten widerspiegeln. Die Autor*innen benennen Eigeninteressen der Geber*innen im Bereich der Entwicklungspolitik, die sich verändernden innenpolitischen Kontexte in den afrikanischen Ländern und andere konkurrierende oder widersprüchliche politische Interessen wie die Förderung des europäischen Außenhandels (vgl. ebd.: 552) als drei essentielle Faktoren.

Daraus, so Grimm und Hackenesch, leiten sich zwei Tatsachen für die europäisch-chinesische Beziehung im Kontext der Entwicklungsdebatte auf dem afrikanischen Kontinent ab. Die Frage nach einem realen Wettbewerb zwischen der EU und China als Akteur*innen der Entwicklungspolitik sowie die Frage, inwiefern die jeweils eigenen ökonomischen Absichten diesen

Wettkampf beeinflussen (vgl. Grimm & Hackenesch 2016: 554). Sorgen, aber auch Hoffnungen sind diesen neuen Tatsachen implizit. Negativ wäre die Auswirkung auf die Identität der europäischen Entwicklungspolitik, indem man sich der Konkurrenz beugt und Prinzipien von ungebundener Hilfe und europäischen Prinzipien aufgibt. Eine positive Wirkung hingegen könnte die neue Wettbewerbsstruktur entfalten und sich derart entwickeln, als dass afrikanische Länder aus mehreren Angeboten eine Auswahl treffen können. Im Umkehrschluss würde dies die EU dazu zwingen die Implementierung ihrer ursprünglichen Entwicklungspolitik vor Ort attraktiver und effektiver zu gestalten (vgl. ebd.: 555).

Die erfolgreiche Zusammenarbeit, abseits der wirtschaftlichen Großmächte aus dem Globalen Norden, angeleitet durch Peking, sei ein Zeichen für die Bewegung innerhalb der globalen Machtverhältnisse: „The pluralistic, multipolar world order is taking shape as formations and initiatives such as BRICS [...], SCO [...], AU/NEPAD [...], and ASEAN [...] are gaining in confidence, making their presence felt more clearly as they represent most of the human population” (Managa & Thokozani 2018: 158). Die Frage nach der Aktualität des Modells von Z-SP-P sei demnach relevant, weil solche Formationen expandieren und neue interregionale Verbindungen knüpfen, die uns der Realität einer multipolaren, sicheren Weltordnung, die von friedlicher Koexistenz und Wohlstand geprägt ist, näher bringen würden (vgl. ebd.: 158).

Li hingegen argumentiert, dass Chinas Aufstieg verschiedenen Entwicklungsländern des globalen Südens Aufwärtsmobilität und Handlungsspielraum verschafft hat, aber auch einen neuen Zyklus des ungleichen Austauschs und der Deindustrialisierung in Ländern des Globalen Südens zur Folge hat (vgl. Li 2021: 545). Aufgrund der großen Bevölkerungszahl, dem zunehmend steigenden Anteil an weltweiten Vermögen und Ressourcen samt der höheren Positionierung innerhalb der Wertschöpfungskette (vgl. ebd.: 546), ergäben sich neue Dynamiken, Fragen und Probleme: „On the one hand, China is both politically challenging and economically overcrowding the core with its state capitalism model. On the other hand, it is also becoming an emerging hegemon (a core state) to the semi-peripheral and peripheral parts of the world order” (ebd.: 546).

Spannungen werden erzeugt, weil Peking durch seine Form der Kredite, durch Investitionen in Infrastruktur und durch Produktionsverlagerungen weiterhin seine Position in Richtung einer höheren Position in globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten ausbaue, während die arbeitsintensiven und technologiearmen Arbeitsprozesse und Industrien ausgelagert werden (vgl. ebd.: 546). Jene Entwicklung könnte zum entscheidenden Brennpunkt zwischen den derzeitigen Zentrumsländern und China werden, weil das Weltsystem an seine Grenzen stößt, überlastet

durch Klassenkampf, globale wirtschaftliche Ungleichgewichte, Ölförderungen, Klimawandel und politische Machtkämpfe (vgl. Li 2021: 547).

Ungleiche Beziehungen

Die Kritik am BC und die Unterstellung nationaler Interessen und hegemonialer Ansprüche bündeln sich in dieser Kategorie. Hier eingeordnete Kodes stellen eine Verlängerung der Kritik am chinesischen Modell dar. Die Verfolgung ökonomischer Motive und die politische Einflussnahme im Zusammenhang des Entwicklungsdiskurses werden kritisiert. Damit verweisen die Kodes auf einen zentralen Aspekt der WST. Die ungleichen Ausbeutungsprinzipien und vertikalen Machtverhältnisse zwischen Zentrum, Semi-Peripherie und Peripherie bleiben, unabhängig davon welche Nationalstaaten an der Spitze stehen, bestehen. Die Forscher*innen bemängeln, dass Peking die kapitalistischen Ungleichheiten aufrechterhalten wird und fürchten negative Auswirkungen für afrikanische Staaten.

Kritisch bewertet werden müsse die (noch) ungleiche Beziehung zwischen China und Afrika. Problematisch seien der massive Zustrom chinesischer Arbeitskräfte und Waren sowie die Angst vor der Extraktion wertvoller Mineralien, mit der Folge, dass die afrikanischen Wirtschaften und Sozialstrukturen zerstört und viele Länder ihre Souveränität verlieren würden (vgl. Managa & Thokozani 2018: 16). Ebenso unvorhersehbar sei auch die Zusammenarbeit zwischen Peking und autoritären afrikanischen Eliten. Korruption sei ein Stolperstein für die Sicherstellung, dass Investitionen dort greifen, wofür sie ursprünglich vorgesehen waren: „Beijing’s ‘non-intervention in domestic affairs’ realpolitik is aiding and abetting those African leaders who refuse to follow modern democratic rules about the length of time they can stay in office” (ebd.: 17).

Die Form der Diversifizierung im sino-afrikanischen Handel ist ungleich und fällt zugunsten Chinas aus. Während ressourcenarme Länder Defizite aufweisen, ist dieser Umstand für ressourcenreiche Länder umgekehrt. Chinas Exporte seien diversifiziert, d.h. jede Exportkategorie macht einen kleinen Teil des Gesamthandels aus; im Gegensatz dazu konzentrieren sich die afrikanischen Exporte nach China auf eine enge Bandbreite von Rohstoffprodukten (vgl. Eisenman 2012: 806). Außenpolitisch positioniere sich Peking als willkommenes Gegenmodell, um sich vom Globalen Norden abzugrenzen; andererseits versuche man, die afrikanischen Länder davon zu überzeugen, dass der Handel für beide Seiten von Vorteil sei (vgl. ebd.: 809). Durch Begriffe wie “gegenseitiger Nutzen” oder “win-win” würde ein Bild geschaffen, das eine Partnerschaft auf Augenhöhe verspricht. Vorteile würden aber primär für die chinesische Seite entstehen: „[The] comparative advantage in labor-intensive and capital-intensive production

undermines the development of homegrown African industries that could underpin long-run stability” (Eisenman 2012: 809).

In der Beziehung zu Afrika ist China im Vorteil, denn der Staat wird sein investiertes Geld zurückbekommen, während gleichzeitig die eigenen kleinen und mittleren Unternehmen auf dem Kontinent entwickelt werden. Letztlich ist Chinas Vorgehen weitgehend durch Eigeninteresse motiviert. Die Überzeugung, dass Infrastruktur Entwicklung voraussetzt, verbindet sich mit dem Willen kleine und mittlere chinesische Unternehmen zu internationalisieren sowie politischen Einfluss zu gewinnen. Man bleibt der Logik der Kapitalakkumulation treu, denn der ausbeuterische und ungleiche Charakter des Kapitalismus wird nicht reformiert.

In diesem Sinne resümiert Rayman, dass beide Modelle, sowohl das des Globalen Nordens, als auch das chinesische, ein heteronomes, antidemokratisches, asymmetrisches Mittel der Unterwerfung und Souveränität darstellen (vgl. Rayman 2021: 107). Während ersteres meist geopolitischen Interessen folgt, würde letzteres durch die Nicht-Berücksichtigung demokratischer Standards die Gefährdung von Menschen und Umwelt riskieren (vgl. ebd.: 107). Speziell die Infrastrukturvorhaben müssen hinsichtlich ihrer Folgen für die Umwelt, ihrer Finanzierung, ihrem wirtschaftlichen Nutzen samt möglichen Auswirkungen und ob ihrer ökonomischen Integration des Partnerlandes hinterfragt werden. Inwiefern Peking seine Ambitionen als potentielle Zentrumsmacht durch politische Blindheit in der Wahl der Partner*innen vorantreiben kann, muss ebenso kritisch verfolgt werden.

Fazit

Die Verteilung der Codes für Frage 5 kann in *Tabelle 1* und *Diagramm 7* nachverfolgt werden. Innerhalb dieser Frage kumulieren die bisher erarbeiteten Kategorien. Prominent vertreten ist die Betonung alternativer Entwicklungsmöglichkeiten, während gleichzeitig von den Autor*innen darauf verwiesen wird, dass sie Entwicklung als Mittel zur Stärkung von Hegemonie werten und primär ökonomische Motivationen vermuten. Diese Codes beziehen sich auf den Entwicklungsdiskurs als Ganzen. Wird speziell der Vergleich zwischen China und dem Globalen Norden diskutiert, dann beschreiben die Codes des vorangegangenen sowie des aktuellen Kapitels die Strategien Pekings als eine Emanzipierung vom Globalen Norden, samt der praktischen Revision starrer Modelle und Ideologien.

In der Frage der Eignung des chinesischen Modells als Alternative, ist es das Angebot Chinas an die Länder der (Semi-)Peripherie, welches von den Autor*innen positiv gewertet wird. Zunächst ermöglicht die bloße Präsenz Pekings auf dem afrikanischen Kontinent die Vergrößerung des Wettbewerbs. Weiter sind es die zwei Faktoren – Infrastruktur und Industrialisierung

– deren Förderung einen Mangel ansprechen, der durch schnelle sowie flexible chinesische Kredite angegangen werden kann. Und drittens, treibt China einen Entwicklungsdiskurs und -narrativ voran, das sich vom Globalen Norden durch die Aufhebung hierarchischer Dynamiken und Konditionen zugunsten einer geschäftlichen Beziehung abgrenzen möchte. Dies geschieht ideologisch, sowohl durch den Verweis auf die gemeinsame imperialistische Vergangenheit, als auch durch die politische Ambition als „Dritte Instanz“.

Dieser Ansatz äußert sich in neuen Kreditformen, die meist schnell verfügbar, unter Markniveau, unter längeren Laufzeiten, in alternativen Finanzierungsmodellen und ohne Konditionalitäten angeboten werden. Das Verhältnis von „Geber*in“ und „Nehmer*in“ wird ebenfalls adressiert. Durch die Propagierung von „mutual benefit“ und „non-interference“ sollen die Praktiken Pekings die Hierarchien der „traditionellen“ Hilfe aufbrechen und die Partner*innen gleichgestellt werden, indem Autonomie und Souveränität gewahrt werden würden. Für China sind Hilfe und Entwicklung zwei unterschiedliche Konzepte. Die chinesische Seite verneint die Dualität von Hilfe und Entwicklung. Entwicklung ist, zumindest in den Augen Pekings, nicht durch "traditionelle“ Hilfe² möglich.

Die Auswertung der Kodes zeigt, dass sich Peking auf die geschäftliche Seite der Unternehmungen konzentriert. Das Hauptaugenmerk liegt auf der Entwicklung der nationalen Unternehmen und der Beibehaltung einer kostengünstigen Produktion. Faktisch hat sich die chinesische Unternehmensinfrastruktur ausgedehnt, und der Handel mit afrikanischen Ländern dient als Startrampe für die chinesische Produktion außerhalb der eigenen Grenzen. Die Kritik, nicht nur des Entwicklungsmodells, sondern auch an den Entwicklungspraktiken an sich, setzt an der ökonomischen Motivation an. Der Zugriff auf Ressourcen oder auf fremde Märkte innerhalb eines hierarchischen Gefälles, welches die chinesische Seite bevorteilt, wird offengelegt. Gleichzeitig schwingt die Verfolgung politischer Interessen mit. Manche Forscher*innen vermuten, dass hegemoniale Machtkämpfe innerhalb der Entwicklungspolitik eine Rolle spielen.

² An dieser Stelle soll darauf verwiesen werden, dass der englische Begriff „development aid“ die Grenze zwischen den Wörtern „Entwicklungshilfe“ und „Entwicklungszusammenarbeit“ schwinden lässt. Innerhalb dieser Arbeit wird „Hilfe“ mitunter als Synonym für EZA verwendet, obgleich in der deutschen Sprache zwei unterschiedliche Definitionen vorliegen.

5. Schlussfolgerungen und Ausblick

Zusammenfassung der Ergebnisse

Diese Forschung kommt zu dem Schluss, dass Pekings Positionierung im WS unklar ist. Je nachdem welche Faktoren (z.B. ökonomische oder politische) zur Bestimmung herangezogen werden, kann das Ergebnis unterschiedlich ausfallen. Gleichzeitig können Forscher*innen, obgleich sie dieselben Parameter heranziehen, differenzierende Meinungen äußern. Dennoch sind sich die Autor*innen einig, dass China – ob nun als Zentrumsland definiert oder als Semi-Peripherie – eine wichtige Rolle im WST einnimmt, aufgrund seiner besonderen Rolle in der globalen Wirtschaft sowie durch die zunehmende außen- wie entwicklungspolitische Präsenz. Die Investitionen auf dem afrikanischen Kontinent sind ein Beispiel dieser Präsenz. Sämtliche Autor*innen gehen von einem anhaltendem Wachstum aus, weswegen der endgültige Vorstoß Chinas in das Zentrum eher eine Frage der Zeit sei.

Chinas Bedeutung für das Welt-System transzendiert das Dasein als „globale Werkbank“. Kredite fließen in den Globalen Süden, internationale Abkommen, Gremien oder Initiativen werden gegründet und es wird nach Partnerschaften abseits des Zentrums gesucht, weshalb manche Autor*innen den Begriff „Quasi-Zentrum“ verwenden, um Chinas Position zu definieren. Diese Aktivitäten erweitern den (politischen) Handlungsspielraum Pekings und beschränken jenen des Globalen Nordens. Das Welt-System kann als ein sich im Umbruch befindendes System beschrieben werden.

Das Interesse am afrikanischen Kontinent lässt sich primär auf ökonomische und politische Faktoren zurückführen. Das ökonomische Interesse ist geprägt durch den Zugriff auf Ressourcen, wobei das Ausmaß dieses Interesses je nach Autor*in unterschiedlich bewertet wird. Jener Import von Ressourcen wird begleitet durch den Export eigener Waren und den Zugriff auf die wachsenden, jungen, afrikanischen Märkte. Diese Faktoren stehen in enger Verbindung der Entwicklung (bzw. Finanzierung) der afrikanischen Infrastruktur und der Durchdringung von chinesischen FDI's in Sub-Sahara-Afrika. Durch politische Bündnisse erhofft sich die Regierung in Peking die Verbreitung eigener Ideologien und positioniert sich, historisch wie aktuell, als dritte Instanz zwischen „Ost“ und „West“. Die ökonomischen Aktivitäten sind eng verbunden mit den politischen Interessen. In internationalen Organisation (vor allem jene mit dem Model „One Country One Vote“) sind jegliche Stimmpartner*innen hilfreich, um den eigenen Einfluss auszuweiten.

Durch die Auswertung der Forschungsliteratur und ausgehend von den unterschiedlichen Annahmen bezüglich des Status von China, offenbart sich indirekt, dass die zweite Annahme in

ihrer Frage nach dem Zustand des derzeitigen Welt-Systems Berechtigung findet. Solche Autor*innen, die China im Zentrum platzieren, stellen gleichzeitig die Existenzfähigkeit der derzeitigen globalen Ordnung infrage, welcher eine unfaire Bevorteilung und Kontrolle durch den Globalen Norden unterstellt wird (vgl. Kapitel 4). Jene Ungleichheit äußert sich in dieser Forschung durch eine Entwicklungspolitik, die durch Kontrollmechanismen und Einflussnahme der Geberländer zu ungerechten, vertikalen Verhältnissen geführt hätte. In diesem Sinne fragen kritische Autor*innen nach machtpolitischen Interessen, welche durch das derzeitige Zentrum gewahrt werden würden. Eine neue, multimodale Ordnung sei möglich. Gleichzeitig würde dies aber im Rahmen der kapitalistischen Logik passieren, weshalb Pekings Aufstieg zwar beeindruckend sei, aber eben aufgrund der günstigen Startvoraussetzungen auch nicht unerklärlich wäre.

Weiter findet auch die dritte Annahme Bestätigung. Die Welt-System-Theorie muss sich womöglich von der starren Dreiteilung zwischen Z-SP-P verabschieden, ansonsten kann sie der Komplexität der globalen Ordnung unter Umständen nicht mehr gerecht werden – jene Komplexität, welche sie sich selbst vornimmt darzustellen. Trotzdem schlage ich in diesem Zusammenhang eher eine Erweiterung der WST als eine Abkehr von derselben vor. Wallerstein hat bereits einen Wandel erkannt und die Krise des Welt-Systems der voranschreitenden Finanzialisierung zugeschrieben. Ob und weshalb das Welt-System gefährdet ist und ob die WST für kommende Analysen (in neuen Formen) angewendet werden kann, ist weitere Untersuchungen wert. Für diese Arbeit fungiert die WST als geeignetes Mittel zur Erklärung der (historischen) Ambitionen Pekings sowie der damit einhergehenden Potentiale wie Gefahren des chinesischen Aufstiegs und daraus resultierenden konfliktiven Dynamiken.

Paradoxerweise hilft die ungeklärte Positionierung Chinas zum Aufzeigen der komplexen Struktur des Welt-Systems samt dessen möglichen Wandels sowie der Folgen für die globale Ordnung. Nicht nur die Position Chinas erscheint zentrumsähnlich, der gesamte asiatische Raum könnte als neuer Referenzpunkt erwägt werden. Die Ignoranz dieser Entwicklung müsste als Teil einer europäischen Hybris gewertet werden und könnte zu der antagonistischen Haltung gegenüber China beitragen, sowie die eigene Fehltritte auf dem afrikanischen Kontinent verkennen. Zwar besteht Uneinigkeit über die Position Chinas, unter der Berücksichtigung von bestimmten Faktoren nimmt Peking aber eine zentrumsähnliche Position ein.

Gleichzeitig muss der Fall China hinsichtlich seiner Einzigartigkeit betrachtet werden. Die außerordentliche Größe (und damit die potentielle Arbeitskraft) sowie die strenge Kontrolle durch das politische System machen das chinesische Beispiel kaum reproduzierbar. Auf längere Sicht scheint der endgültige Vorstoß ins Zentrum vorprogrammiert. Das Ausmaß des Umbruchs ist

noch nicht abzusehen, jedoch zeigt diese Forschung, dass China einen Weg abseits des vom Globalen Norden propagierten Pfades gefunden hat und die derart gewonnen Erkenntnisse erfolgreich in anderen Ländern umsetzt. Jene Art und Weise der Umsetzung durch die chinesische Regierung ist es, die den Grad der Komplikation anwachsen lässt, denn das Interesse Pekings am afrikanischen Kontinent erscheint undurchsichtig.

An dieser Stelle schließt sich der Kreis unter Berücksichtigung der WST. Das Wachstum Chinas ermöglicht die Einnahme einer höheren wirtschaftlichen und politischen Position. Den Fragen zur Wahrung der Menschenrechte und den Bedenken zur ökonomischen, ökologischen, politischen und sozialen Nachhaltigkeit muss sich Peking stellen. Ebenso kann und wird die Renovierung des kapitalistischen Systems, einem der zentralen Kritikpunkte in Wallersteins Analyse, nicht angestrebt. Die Auslagerung von Niedriglohnarbeit und die Fortführung kapitalistischer Ausbeutungsmechanismen wird aufrechterhalten.

Abschließende Diskussion

Ausgehend von Wallerstein, stellt sich Lubieniecka die Frage, ob und inwiefern Chinas Aktivitäten auf dem afrikanischen Kontinent mit dem Welt-System-Ansatz untersucht werden können. Die Ursache für eine mögliche Neuinterpretation sitzt im Wirtschaftswachstums Südostasiens, Chinas sowie Indiens (vgl. Lubieniecka 2014: 441). An dieser Aussage offenbart sich ein Nexus, der eine Problematik von Chinas Aufstieg darlegt und ein Beleg für einen Machtkampf zwischen den Entwicklungsmodellen sein könnte. Tatsache ist, dass sowohl die USA als auch die EU ihre eigenen Entwicklungsprogramme mit dem Schwerpunkt „Infrastruktur“ („Build back better“ und „Global Gateway“) gestartet haben. Ob dies damit zusammenhängt, dass Infrastruktur (und auch Industrialisierung) als Startrampe für Entwicklung genutzt werden könnte, oder aber ob diese Modelle als politische Gegenpole zu Peking fungieren sollen, bleibt abzuwarten. Sollte Infrastruktur den erhofften Katalysator darstellen, dann muss gefragt werden, weshalb dessen positive Effekte außer Acht gelassen wurden.

Ein Grund könnten die verschiedenen Fokussierungen „westlicher“ Entwicklungspolitik sein. Calderón und Servén erkennen zwei Faktoren, welche aus ihrer Sicht dazu beigetragen haben, dass sich akademische Debatten bezüglich Entwicklungsfragen zunächst von Infrastruktur abgewendet haben, sich aber nun auf dieselben rückbesinnen. Erstens, die Tatsache, dass sich der öffentliche Sektor seit Mitte der 1980er Jahre vieler Industrie- und Entwicklungsländern unter dem zunehmenden Druck aus der Bereitstellung von Infrastrukturen zurückgezogen habe (vgl. Calderón & Servén 2004: 2). Und zweitens, die Öffnung der Infrastrukturindustrien für den privaten Sektor öffentlicher Versorgungsbetriebe samt zahlreicher Konzessionen und anderen

Formen öffentlich-privater Partnerschaften (vgl. Calderón & Servén 2004: 2). Calderón und Servén kommen daher zu dem Schluss, dass Infrastruktur ein Schlüssel zur Armutsbekämpfung, zur Reduktion von Einkommensungleichheiten sowie zur effizienten Ressourcenverteilung und Handelswachstum sei (vgl. ebd.: 2).

Möglich wäre aber auch, dass, basierend auf den Erkenntnissen Pekings, die Internationalisierung eigener Unternehmen auf neuen potentiellen afrikanischen Absatzmärkten als Chance erkannt wurde. Oder – ganz im Zeichen der Welt-System-Theorie – die chinesischen Investitionen stellen die hegemonialen Ansprüche des Globalen Nordens infrage, weshalb nun nach einer entsprechenden Antwort gesucht wird. In Anlehnung an Wallerstein schreibt Artner diesbezüglich, dass der globale Finanzmarkt Ausgangspunkt für ökonomische, politische und letztlich sogar militärische Kämpfe sei, weshalb sie eine Verbindung zwischen Finanzströmen und geopolitischen Interessen vermutet (vgl. Artner 2020: 1890). Artner sieht in China den nächsten Hegemon des Welt-Systems, wodurch gleichzeitig eine neue Welt-Ordnung entstehen würde (vgl. ebd.: 1893).

An dieser Stelle soll der Raum geöffnet werden. China ist nur eines der Beispiele für Änderungen innerhalb des Welt-Systems. Ähnliche Debatten, die sich mit der eigenen Rolle innerhalb des WS beschäftigen, erfolgen ebenso in Europa und den USA. Wallersteins System war bis dato ein geschlossenes, welches politische, wirtschaftliche und militärische Hoheit für das Zentrum miteinbezog. Das Beispiel China zeigt, dass nicht alle Voraussetzungen erfüllt werden müssen, um zentrumsähnliche Effekte auszustrahlen. Mitunter reichen statistische Kennzahlen nicht aus, um die Position von Nationalstaaten zu bestimmen – oder es wird an den falschen Stellen gesucht. Dennoch sollte weiterhin an Wallersteins Theorie gearbeitet werden. Vielleicht mag die ursprüngliche Definition mit den USA als Hegemon richtig gewesen sein. Womöglich ist sie es heute noch. Jedoch muss die WST als ein fluktuierendes System verstanden werden. Mit Blick auf aktuelle Geschehnisse wirkt die globale Ordnung starr. Wird die historische Betrachtungsweise verwendet, dann besteht am Auf und Ab der Nationalstaaten kein Zweifel. Es gilt herauszufinden, an welchen Punkt der Welle wir uns befinden. Bricht sie, müssen andere Modelle der globalen Ordnung in Betracht gezogen werden.

Vielleicht ist es die Idee einer multimodalen Welt mit multiplen Zentren und kleineren Systemen, die innerhalb eines übergreifenden Systems miteinander verbunden sind, welche sich als geeignet erweist. Vielleicht erleben wir Zentren bald wieder als Blöcke. Vielleicht werden Zentren zukünftig als wirtschaftlich bzw. politisch definiert. Unabhängig von der Entwicklung wird über Ideologien und Werte diskutiert werden. Die Regeln der internationalen Zusammenarbeit

werden hinsichtlich ihrer Ziele und Inhalte hinterfragt werden. Diesen Prozess gilt es kritisch zu begleiten, um den Inhalt der WST an das aktuelle Zeitgeschehen anzupassen.

Ausblick

Weitere Forschungen könnten sich genauer mit der Positionierung Chinas innerhalb des Welt-Systems beschäftigen. Sowohl um Wallersteins Theorie weiterzuführen, als auch um nach der tatsächlichen Ordnung zu fragen. Besteht die Dreiteilung Z-SP-P noch immer oder sollte über alternative Modelle nachgedacht werden? Die zu untersuchenden Dynamiken ziehen sich wie Adern über den gesamten Globus, weswegen die Begleitung dieser Entwicklung weitreichende Implikationen für sämtliche Nationalstaaten offenlegen dürfte.

Weiter erscheint es sinnvoll sowohl die neu gestarteten Infrastrukturprogramme, als auch generelle Entwicklungsprogramme der EU und der USA hinsichtlich ihrer Implementation, Finanzierung und Struktur im „Wettkampf“ mit chinesischen Vorhaben kritisch zu begleiten. Auf diese Weise können Investitionen verglichen werden, in der Hoffnung weitere Einblicke zu der Effektivität von Infrastruktur und Industrialisierung zu gewinnen. Gleichzeitig können Motivationen beleuchtet werden: Sind die zwei Faktoren tatsächlich Katalysatoren für Entwicklung? Oder ist es die Ausweitung der eigenen Produktion und der Zugriff auf fremde Märkte, die erfolgsversprechend wirken? Wie groß ist der eigentliche Nutzen für die jeweiligen Länder? Und sollte das Paar „Hilfe“ und „Entwicklung“ aufgebrochen werden, zugunsten einer Beziehung, die Handlungsfähigkeit, Souveränität und Verantwortung betont?

Diese Arbeit hat gezeigt, dass es Wege für Entwicklung abseits der vom Globalen Norden definierten Pfade gibt. Chimhowu et al beobachten ein vermehrtes Aufkommen neuer nationaler Entwicklungspläne (NDP). Aus ihren Daten geht hervor, dass sich die Anzahl der Länder mit einem NDP zwischen 2006 und 2018 von 62 auf 134 mehr als verdoppelt hat (Chimhowu, Hulme & Munro 2019: 76). Dies sei sowohl eine Reaktion auf die Trends der Liberalisierung, der Marktwirtschaft und der Deregulierung der letzten drei Jahrzehnte, als auch auf die Möglichkeiten durch innovative Finanzierungen (vgl. ebd.: 76). Die Autor*innen erkennen vier Gründe im vermehrten Aufkommen der Entwicklungspläne: die Konditionen der Strategiepapiere zur Armutsminderung (PRSP) würden eine über die Armutsbekämpfung hinausgehende Planung ermöglichen; die NDP's seien eine direkte Antwort auf die Herausforderung der MDG's bzw. der SDG's; paradoxer Weise seien die NDP's aber auch gleichzeitig als Abgrenzung zu der globalen Agenda gedacht; und letztlich stelle die voranschreitende (ökonomische) Globalisierung eine ganz eigene Kraft dar, welcher die Länder nun mit ihren NDP's entgegen-treten (vgl. ebd.: 81).

Die Pläne, so die Autor*innen, unterscheiden sich hinsichtlich ihres Planungshorizonts, der jeweiligen Instanz, welche die Planung und Durchsetzung übersieht sowie der tatsächlichen politischen Macht, welche die jeweilige Instanz hat, um ihr Vorhaben umzusetzen (vgl. Chimhowu, Hulme & Munro 2019: 81-82). Gemeinsamkeiten könnten hingegen bei der klar auf die Wirtschaft ausgelegten Ziele der NDP's beobachtet werden. Auch sei zu beobachten, dass sich die Pläne strukturell ähnlicher Länder, bzw. die Pläne von Ländern derselben Region gleichen. Und zuletzt würde besonders auf die Bekämpfung globaler Probleme geachtet werden, ungeachtet der Herkunft des NDP.

Der Begriff „Entwicklung“ wird nicht mehr nur durch den Globalen Nordens definiert, obwohl der Hauptteil der finanziellen Summen noch immer aus den europäischen oder nord-amerikanischen Ländern stammt. Die spannende Implikation der Forschungsergebnisse ist, dass die Hoheit über die Kredite womöglich keine Diskurshoheit mehr nach sich zieht. Dadurch ergeben sich neue Möglichkeiten wie Entwicklung, sowohl durch nationale Interessen als auch durch internationale Kooperationen, gefördert werden kann.

Literaturverzeichnis

Abel, Martin & Pehnelt, Gernot (2007): China's Development Policy in Africa. The South African Institute of International Affairs, Report No.1.

Ansar, Flyvbjerg, Budzier & Lunn (2016): Does Infrastructure Investment Lead to Economic Growth or Economic Fragility? Evidence from China. *Oxford Review of Economic Policy*, 32 (3), S. 360–390. DOI: 10.1093/oxrep/grw022

Artner, Annamária (2020): Can China Lead the Change of the World? *Third World Quarterly*, 41 (11), S. 1881-1899. DOI: 10.1080/01436597.2020.1793664.

Babaci-Wilhite, Macleans & Shizhou (2013): China's Aid to Africa: Competitor or Alternative to the OECD Aid Architecture? *International Journal of Social Economics* 40, (8), S. 729–743. DOI: 10.1108/IJSE-09-2012-0172.

Bair, Jennifer (2005): Global Capitalism and Commodity Chains: Looking Back, Going Forward. *Competition and Change*, 9 (2). S. 153-180.

Bandov, Goran & Gosovic, Gabrijela (2020): Humanitarian Aid Policies Within the European Union External Action. *Journal of Liberty and International Affairs*, 4 (2), S. 26-39. DOI: 10.47305/JLIA.

Bliss, Frank (2021): Armutsbekämpfung durch Entwicklungszusammenarbeit. Springer Fachmedien Wiesbaden.

Boatca, Komlosy & Nolte (2018): Global Inequalities in World-Systems Perspective. Vol. XXXIX (1. Auflage). Routledge.

Brautigam, Deborah (2009): China's Foreign Aid in Africa: What Do We Know? In: Rotberg, Robert (Hrsg.): China Into Africa: Trade, Aid, and Influence, Washington DC: Brookings Institution Press, S. 197-216.

Brautigam, Deborah (2009): *The Dragon's Gift: The Real Story of China in Africa*. Oxford, New York: Oxford UP.

Brautigam, Farole & Xiaoyang (2010): *China's Investment in African Special Economic Zones: Prospects, Challenges, and Opportunities*. The World Bank.

Broadman, Harry G. (2009): *Chinese-African Trade and Investment: The Vanguard of South-South Commerce in the Twenty-First Century*. In: Rotberg, Robert (Hrsg.): *China Into Africa: Trade, Aid, and Influence*. Washington DC: Brookings Institution Press, S. 87-108.

Calderón, César & Servén, Luis (2004): *The Effects of Infrastructure Development on Growth and Income Distribution. Policy Research Working Paper*; No.3400. World Bank, Washington, D.C..

Carbone, Maurizio (2013): *Between EU actorness and aid effectiveness: The logics of EU aid to Sub-Saharan Africa. International relations (London)*, 27 (3), S. 341–355. DOI: 10.1177/0047117813497300.

Carbone, Maurizio & Keijzer, Niels (2015): *The European Union and Policy Coherence for Development: Reforms, Results, Resistance', European journal of development research*, 28 (1), S. 30–43. DOI: 10.1057/ejdr.2015.72.

Carbone, Steingass & Winand (2021): *The European Union and the Evolving Requirements of International Development: Aid, Policies, Partnerships. Global Affairs*, 7 (4), S. 425-436, DOI: 10.1080/23340460.2021.1999174.

Cheng, Enfu & Zhai, Chan (2021): *China as a “Quasi-Center” in the World Economic System: Developing a New “Center–Quasi-center–Semi-periphery–Periphery” Theory. World Review of Political Economy* 12, (1) S. 4–26. DOI: 10.13169/WORLREVIPOLIECON.12.1.0004.

Chimhowu, Hulme & Munro (2019): *The ‘New’ National Development Planning and Global Development Goals: Processes and Partnerships. World Development*, 120, S. 76-89. DOI: 10.1016/j.worlddev.2019.03.013.

Condon, Madison (2012): China in Africa: What the Policy of Nonintervention Adds to the Western Development Dilemma. *Praxis: The Fletcher Journal of Human Security*, Vol. 27, S. 5-25.

Eisenman, Joshua (2009): China's Political Outreach to Africa. In: Rotberg, Robert (Hrsg.): *China Into Africa: Trade, Aid, and Influence*. Washington DC: Brookings Institution Press, S. 230-249.

Eisenman, Joshua (2012): China-Africa Trade Patterns: Causes and Consequences. *Journal of Contemporary China*, 21 (77), S. 793-810. DOI: 10.1080/10670564.2012.684964

Esfahani, Hadi Salehi & Ramírez, María Teresa (2003): Institutions, Infrastructure, and Economic Growth. *Journal of Development Economics*, 70 (2), S. 443–477. DOI:10.1016/S0304-3878(02)00105-0.

European Commission, Directorate-General for International Cooperation and Development, (2018): The new European Consensus on Development 'Our World, Our Dignity, Our Future'. Joint Statement by the Council and the Representatives of the Governments of the Member States Meeting within the Council, the European Parliament, and the European Commission. Publications Office.

Evers, Tilman (1977): *Bürgerliche Herrschaft in Der Dritten Welt : Zur Theorie des Staates in ökonomisch Unterentwickelten Gesellschaftsformationen*. Frankfurt Am Main [u.a.]: Europ. Verl.-Anst.

Grell-Brisk, Marilyn (2017): China and global economic stratification in an interdependent world. *Palgrave Communications*, 3 (1), S. 1–12. DOI: 10.1057/palcomms.2017.87.

Grimm, Sven & Hackenesch, Christine (2017): China in Africa: What challenges for a reforming European Union development policy? Illustrations from country cases. *Development Policy Review*, 35 (4), S. 549-566. DOI: 10.1111/dpr.12195

Gu, Jing & Carey, Richard (2019): China's Development Finance and African Infrastructure Development. In: Oqubay, Arkebe & Yifu Lin, Justin (Hrsg.): China-Africa and an Economic Transformation. Oxford University Press, S. 19-34.

Holden, Patrick (2009): In Search of Structural Power: EU Aid Policy as a Global Political Instrument. Farnham, England; Burlington, VT: Ashgate.

Hubbard, Paul (2009): Chinese Concessional Loans. In: Rotberg, Robert (Hrsg.): China Into Africa: Trade, Aid, and Influence. Washington DC: Brookings Institution Press, S. 217-229.

Keller, Reiner (2014): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. Qualitative Sozialforschung Band 14. Wiesbaden.

Kiely, Ray (2012): Spatial hierarchy and/or Contemporary Geopolitics: What Can and Can't Uneven and Combined Development Explain?, *Cambridge Review of International Affairs*, 25 (2), S. 231-248, DOI: 10.1080/09557571.2012.678299.

Li, Minqi (2021): China - Imperialism or Semi-Periphery? *Monthly Review*, 73 (3), S. 47–74. DOI: 10.14452/MR-073-03-2021-07_4

Li, Xing (2021): The Rise of China and its Impact on World Economic Stratification and Re-stratification. *Cambridge Review of International Affairs*, 34 (4), S. 530-550. DOI: 10.1080/09557571.2020.1800589

Liu, Ling (2005): China's Industrial Policies and the Global Business Revolution: The Case of the Domestic Appliance Industry, Taylor & Francis Group.

Lubieniecka, Ewelina Róža (2014): Chinese Engagement in Sub-Saharan Africa: Can the Beijing Consensus be Explained Under World-Systems Analysis. *Fudan Journal of the Humanities and Social Sciences*, 7 (3), S. 433–450. DOI 10.1007/s40647-014-0023-1.

Managa, Lavheselani Rodney & Thokozani, Simelane (2018): Belt and Road Initiative: Alternative Development Path for Africa. Pretoria, South Africa: Africa Institute of South Africa.

Mohan, Power & Tan-Mullins (2010): Redefining 'Aid' in the China-Africa Context. *Development and Change*, 41 (5), S. 857–881. DOI: 10.1111/j.1467-7660.2010.01662.x.

Morgan, Pippa (2019): Can China's Economic Statecraft Win Soft Power in Africa? Unpacking Trade, Investment and Aid. *Chinese Journal of Political Science*, 24 (3), S. 387–409. DOI: 10.1007/s11366-018-09592-w.

Moyo, Dambisa (2015): Economic Growth has Stalled. Let's Fix it. https://www.ted.com/talks/dambisa_moyo_economic_growth_has_stalled_let_s_fix_it?language=en#t-832479. [Letzter Zugriff: 20.03.2022].

Olivié, Iliana & Pérez, Aitor (2021): Whose and what Aid Securitisation? An Analysis of EU Aid Narratives and Flows, *Third World Quarterly*, 42 (8), S. 1903-1922, DOI: 10.1080/01436597.2021.1939006

Organisation for Economic Co-operation and Development (2021): OECD Strategy on Development. <https://www.oecd.org/gov/pcsd/OECD%20Development%20Strategy.pdf> (Letzter Zugriff: 13.04.2022).

Overbeek, Henk (2018): Rivalität und ungleiche Entwicklung. VS Verlag für Sozialwissenschaften. DOI: 10.1007/978-3-531-91055-0.

Rayman, Joshua (2021): China's Challenge to World Development Paradigms. *Journal of Global Ethics*, 17 (1), S. 91-113. DOI: 10.1080/17449626.2021.1946837.

Saad-Filho, Alfredo (2011): Growth, Poverty and Inequality: Policies and Debates from the (Post-)Washington Consensus to Inclusive Growth. *Indian Journal of Human Development*, 5 (2). S. 321-344.

Schmidt, Lukas, Sabine Schröder, and Mandelbaum Verlag Michael Baiculescu Verlag. Entwicklungstheorien : Klassiker, Kritik Und Alternativen. 1. Auflage. ed. Wien: Mandelbaum Verlag, 2016. Print. Gesellschaft, Entwicklung, Politik ; Band 17.

Schreier, Margrit (2014): Varianten qualitativer Inhaltsanalyse: Ein Wegweiser im Dickicht der Begrifflichkeiten. *Forum Qualitative Sozialforschung*, 15 (1), Art. 18, Januar 2014. URL: <https://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/2043> [Letzter Zugriff: 10.01.2023]

Sianes, Antonio (2017): Shedding Light On Policy Coherence for Development: A Conceptual Framework'. *Journal of international development*, 29 (1), S. 134–146. DOI:10.1002/jid.2977.

Tang, Xiaoyang (2020): Coevolutionary Pragmatism: Approaches and Impacts of China-Africa Economic Cooperation. Cambridge: Cambridge University Press.

Torp, Cornelius (1998): Die Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins. Eine kritische Analyse. *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, 1, S. 217-241.

Wallerstein, Immanuel (2008): Entwicklung: Leitstern oder Illusion? In: Fischer, Karin (Hrsg.): *Klassiker der Entwicklungstheorie*. Wien: Mandelbaum Verlag, 2008, S. 168-188.

Wallerstein, Immanuel (2018): Welt-System-Analyse. Springer Vieweg. in Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH. DOI: 10.1007/978-3-658-21962-8.

Wang, Zhahui (2019): Understanding Trump's Trade Policy with China: International Pressures Meet Domestic Politics. *Pacific Focus*, 34 (3), S. 376-407. DOI:10.1111/pafo.12148.

Wenping, He (2020): A Community with a Shared Future. Beijing's Vision of China-Africa Relations. *China Quarterly of International Strategic Studies*, 6 (1), S. 37–52. DOI: 10.1142/S2377740020500025

Yueh, Linda (2019): China's Economic Emergence and Implications for Africa. In: Oqubay, Arkebe & Yifu Lin, Justin (Hrsg.): *China-Africa and an Economic Transformation*. Oxford University Press, S. 19-34.

Zhang, Li (2016): Reflexive Expectations in EU-China Relations: Media Analysis Approach. *Journal of Common Market Studies*, 54 (2), S. 463-479.

Anhang

Tabelle 1

Annahme 1	Annahme 2	Annahme 3	Frage 1	Frage 2	Frage 3	Frage 4	Frage 5
Hegemonie WST Kritik Entwicklungsdiskurs Wirtschaft Politik	Kapitalismus WST Kritik Hegemonie	Entwicklungsdiskurs WST Kritik Position China	Hegemonie WST Kritik Position China	Hegemonie Entwicklungsdiskurs Entwicklungsdiskurs Entwicklungsmodell China Kapitalismus	Hegemonie Entwicklungsdiskurs Wirtschaft Politik Entwicklungsmodell China	Hegemonie Wirtschaft Entwicklungsmodell China Kritik China	Hegemonie Entwicklungsdiskurs Wirtschaft Politik WST Kritik Entwicklungsmodell China Kapitalismus Kritik Gloabler Norden Kritik China

Tabelle 2

Hegemonie	WST Kritik	Entwicklungsdiskurs	Wirtschaft	Politik	Kapitalismus	Position China	Entwicklungsmodell China	Kritik China	Kritik Globaler Norden
Gegen-Narrativ Zugriff Entwl. = Unterdr. Ausbr. V. Ideolog. Soft Power (d. Entwl.) Kampf um H	WST = EZ Int. P schlecht für Entwl. Z-SP-P zu einfach Multipolar	Alt. Entwl. Neuer ED Entwl. d IPM Entwl. d FDI Süd-Süd China = Vorbild Diversifikation Stärkung afrik. Länder Wettbewerb Entwicklung	Ökon. Motiv	Polit. Einfluss	Kap. Endlich Kap. Regeln Kredite ohne Wert Kap.Akk. Endlich PS fehlt Kampf um SV China = Werkbank ökon. Integration Abhg. v. Rohstoffen	China = QZ China = SP	Nicht-Einmischung China auch Trad. Hilfe Chinas Entwickl.gremien Chin. Kredite Sicherheiten BC flexibel IP = chines. Ideol Staat = Lenker Entw. d Industr Entw. d Infr Strukturwandel Alt. Finanz.modelle Ungebundene Hilfe Günstige Darlehen mutual benefit Pragmatismus	Chin. Hilfe = undurchsichtig Chin. Kredite Konditionen! BC kurzfristig Infra gefährlich	Kond. hindert Entwl. GN statisch
Summe	6	4	9	1	1	9	2	15	4

Tabelle 3

Chinesische Entwicklung	Struktur Chin. Modell	Prinzipien	Infrastruktur und Industrialisierung	Alt. Kreditformen	Pragmatismus
IP = chines. Ideol Staat = Lenker Entw. d Industr Entw. d Infr Strukturwandel Pragmatismus	IP = chines. Ideol Staat = Lenker Entw. d Industr Strukturwandel Chinas Entwickl.gremien	Alt. Finanz.modelle Ungebundene Hilfe Günstige Darlehen mutual benefit Pragmatismus	Ökon. Motiv Entw. d Industr Entw. d Infr Günstige Darlehen	Alt. Finanz.modelle Günstige Darlehen mutual benefit	Entw. d Industr Strukturwandel Ökon. Motiv BC flexibel Chin. Hilfe = undurchsichtig BC kurzfristig

Tabelle 4

Versäumnisse	Ungebunde Hilfe - Der BC	Flexibilität	Wettbewerb	Hegemonie	Ungl. Bez.
Kond. hindert Entwl. GN statisch	Nicht-Einmischung BC flexibel Strukturwandel Alt. Finanz.modelle Ungebundene Hilfe Günstige Darlehen mutual benefit	Pragmatismus Strukturwandel Ungebundene Hilfe	Diversifikation Stärkung afrik. Länder Wettbewerb Entwicklung Alt. Entwl.	Gegen-Narrativ Zugriff Entwl. = Unterdr. Ausbr. V. Ideolog. Soft Power (d. Entwl.) Kampf um H	Chin. Hilfe = undurchsichtig Chin. Kredite Konditionen! BC kurzfristig Infra gefährlich Ökon. Motiv Polit. Einfluss

Tabelle 5

Kodierung					Verteilung									
Code	Kategorie	Beschreibung	Summe		Annahme 1	Annahme 2	Annahme 3		Frage 1	Frage 2	Frage 3	Frage 4	Frage 5	
Gegen-Narrativ	Hegemonie	Gegen-Narrativ zu Entwicklung v. Globalen Norden/China	11		3	0	0		0	1	1	4	2	
Zugriff	Hegemonie	Zugriff auf Peripherie (insgesamt)	2		2	0	0		0	0	0	0	0	
WST = EZ	WST Kritik	Welt-System Theorie ist eurozentristisch	2		2	0	0		0	0	0	0	0	
Alt. Entw.	Entwicklungsdiskurs	Alternative Entwicklung	20		6	0	2		0	1	1	0	10	
Entwl. = Unterdr.	Hegemonie	Entwicklung als Mittel zur Stärkung v. Hegemonie	14		4	0	0		1	0	0	0	9	
Ausbr. V. Ideolog.	Hegemonie	Ausbreitung eigener Ideologien erhofft	2		2	0	0		0	0	0	0	0	
Ökon. Motiv	Wirtschaft	Ökonomische Motivation	17		3	0	0		0	0	4	3	7	
Polit. Einfluss	Politik	Politischer Einfluss	9		4	0	0		0	0	5	0	0	
Soft Power (d. Entw.)	Hegemonie	Einflussnahme durch Soft Power durch Entwicklungsvorhaben	5		1	0	0		0	0	0	2	2	
Neuer ED	Entwicklungsdiskurs	Entwicklungsdiskurs erfährt neue Einsichten	1		1	0	0		0	0	0	0	0	
Kap. Endlich	Kapitalismus	Kapitalismus hat Ablaufdatum (nicht unendlich)	1		0	1	0		0	0	0	0	0	
Kap. Regeln	Kapitalismus	Kapitalismus hat Regeln, die ihn begünstigen	1		0	1	0		0	0	0	0	0	
Kredite ohne Wert	Kapitalismus	Kredite, die Kapital nur verlagern, nicht schaffen	1		0	1	0		0	0	0	0	0	
Kap.Akk. Endlich	Kapitalismus	Kapital kann nicht endlos akkumuliert werden	1		0	1	0		0	0	0	0	0	
PS fehlt	Kapitalismus	Kapitalismus braucht polit. Stabilität	3		0	3	0		0	0	0	0	0	
Kampf um SV	Kapitalismus	Kampf um Surplus Value	1		0	1	0		0	0	0	0	0	
Int. P schlecht für Entw.	WST Kritik	Integration der Peripherie schlecht für Entwicklung	1		0	1	0		0	0	0	0	0	
Kampf um H	Hegemonie	Kampf um Hegemonie	1		0	1	0		0	0	0	0	0	
Z-SP-P zu einfach	WST Kritik	WST -Dreiteilung wird Komplexität nicht gerecht	9		1	0	3		2	0	0	0	3	
Multipolar	WST Kritik	WST schließt multipolarer Weltordnung aus	4		1	0	2		1	0	0	0	0	
China = QZ	Position China	China als Quasi-Zentrum	5		0	0	1		4	0	0	0	0	
China = SP	Position China	China als Semi-Peripherie	2		0	0	0		2	0	0	0	0	
Entwl. d IPM	Entwicklungsdiskurs	Entwicklung durch industriepolit. Maßnahmen	1		0	0	0		0	1	0	0	0	
Entwl. d FDI	Entwicklungsdiskurs	Entwicklung durch Anziehen von FDI	4		0	0	0		0	2	2	0	0	
IP = chines. Ideol	Entwicklungsmodell China	Industriepolitik durchzogen von chinesischen Ideologien	2		0	0	0		0	2	0	0	0	
Staat = Lenker	Entwicklungsmodell China	Staat agiert als Lenker von Finanzierungen	6		0	0	0		0	5	0	0	1	
Entw. d Industr	Entwicklungsmodell China	Entwicklung durch Industrialisierung	7		0	0	0		0	2	0	2	3	
China = Werkbank	Kapitalismus	China als Werkbank int. Arbeitsteilung	1		0	0	0		0	1	0	0	0	
Entw. d Infr	Entwicklungsmodell China	Entwicklung durch Infrastruktur	8		0	0	0		0	1	1	2	4	
Strukturwandel	Entwicklungsmodell China	Entwicklung durch Strukturwandel	2		0	0	0		0	1	0	0	1	
Pragmatismus	Entwicklungsmodell China	Keine Entwicklungsideologie, Learning by Doing	6		0	0	0		0	1	0	2	3	
Süd-Süd	Entwicklungsdiskurs	Süd-Süd-Handel = neue Form wirtschl. Kooperation	4		0	0	0		0	0	3	0	1	
China = Vorbild	Entwicklungsdiskurs	China als Vorbild für SP/P	1		0	0	0		0	0	1	0	0	
Alt. Finanz.modelle	Entwicklungsmodell China	Alternative Finanzierungsmodelle	4		0	0	0		0	0	0	3	1	
Ungebundene Hilfe	Entwicklungsmodell China	Finanzierung ohne Konditionalitäten	3		0	0	0		0	0	0	2	1	
Günstige Darlehen	Entwicklungsmodell China	Kredite zu vergünstigten Konditionen	1		0	0	0		0	0	0	1	0	
mutual benefit	Entwicklungsmodell China	Politik des mutual benefit	1		0	0	0		0	0	0	1	0	
Nicht-Einmischung	Entwicklungsmodell China	Politik der Nicht-Einmischung	5		0	0	0		0	0	0	3	2	
China auch Trad. Hilfe	Entwicklungsmodell China	China gibt auch "traditionelle Hilfe"	1		0	0	0		0	0	0	1	0	
Chinas Entwickl.gremien	Entwicklungsmodell China	Chinas Entwicklungsgremien	1		0	0	0		0	0	0	1	0	
Chin. Hilfe = undurchsichtig	Kritik China	Nicht direkt klar, welche Ämter zuständig/Summe	2		0	0	0		0	0	0	2	0	
Chin. Kredite Sicherheiten	Entwicklungsmodell China	Chinesische Kredite enthalten Sicherheiten	1		0	0	0		0	0	0	1	0	
Chin. Kredite Konditionen!	Kritik China	Chinesische Kredite enthalten mitunter Konditionen	1		0	0	0		0	0	0	1	0	
ökon. Integration	Kapitalismus	Chinas Handeln bedingt ökon. Integration	2		0	0	0		0	0	0	0	2	
Diversifikation	Entwicklungsdiskurs	Diversifikation afrik. Länder abseits v. Ressourcen etc.	1		0	0	0		0	0	0	0	1	
Abhg. v. Rohstoffen	Kapitalismus	Afrik. Länder teilweise deformiert d. Rohstoffhandel	1		0	0	0		0	0	0	0	1	
Kond. hindert Entw.	Kritik Globaler Norden	Konditionale Hilfe hindert Entwicklung	2		0	0	0		0	0	0	0	2	
Stärkung afrik. Länder	Entwicklungsdiskurs	Stärkung der Handlungsfähigkeit afrik. Länder	6		1	0	0		0	0	0	0	5	
GN statisch	Kritik Globaler Norden	Entwicklungsmodelle des GN zu statisch/Ideologisch	4		0	0	0		0	0	0	0	4	
BC flexibel	Entwicklungsmodell China	Beijing Consensus als flexibles, schnelles Modell	3		0	0	0		0	0	0	0	3	
BC kurzfristig	Kritik China	BC zugunsten v. Menschenrechten, Governance, Klima	6		0	0	0		0	0	0	0	6	
Wettbewerb Entwicklung	Entwicklungsdiskurs	Neue Formen v. Entwicklung führen zu Wettbewerb	2		1	0	0		0	0	0	0	1	
Infra gefährlich	Kritik China	Infrastruktur benötigt hohe Kosten, daher risikoreich	1		0	0	0		0	0	0	0	0	

Diagramm 1

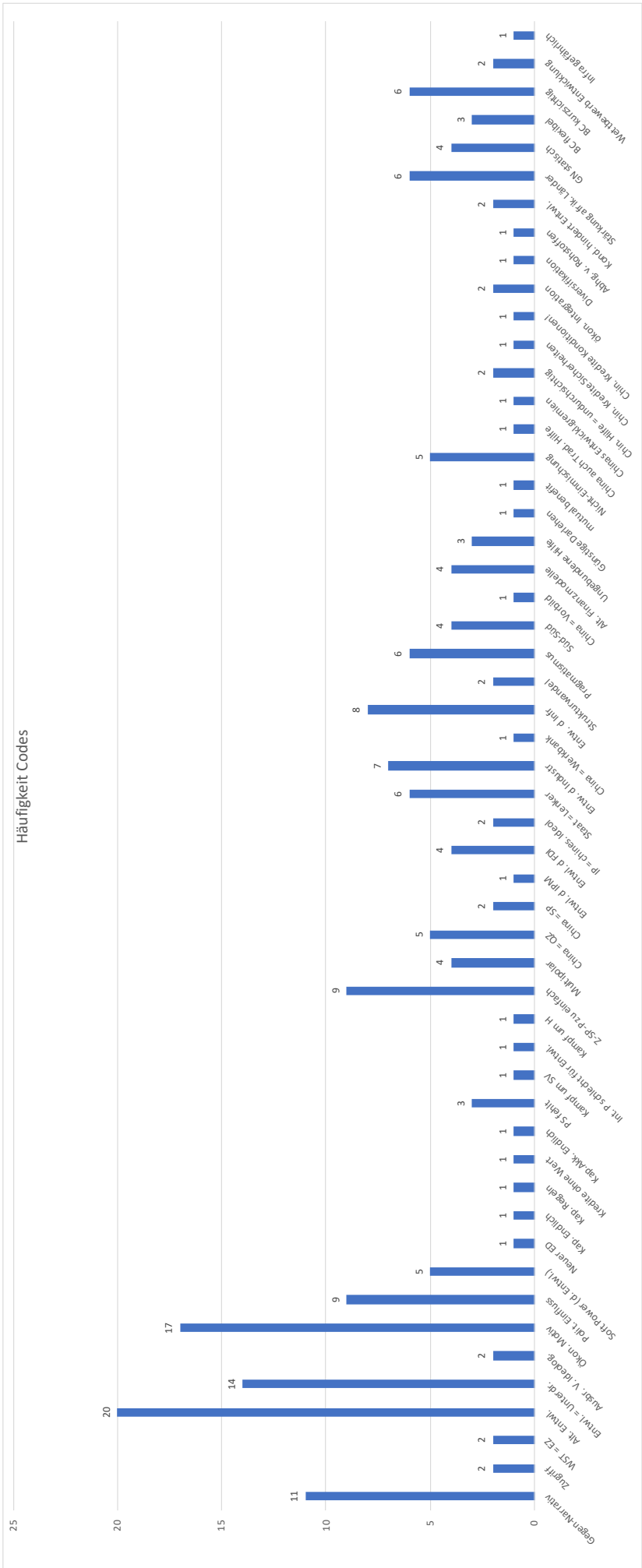


Diagramm 2

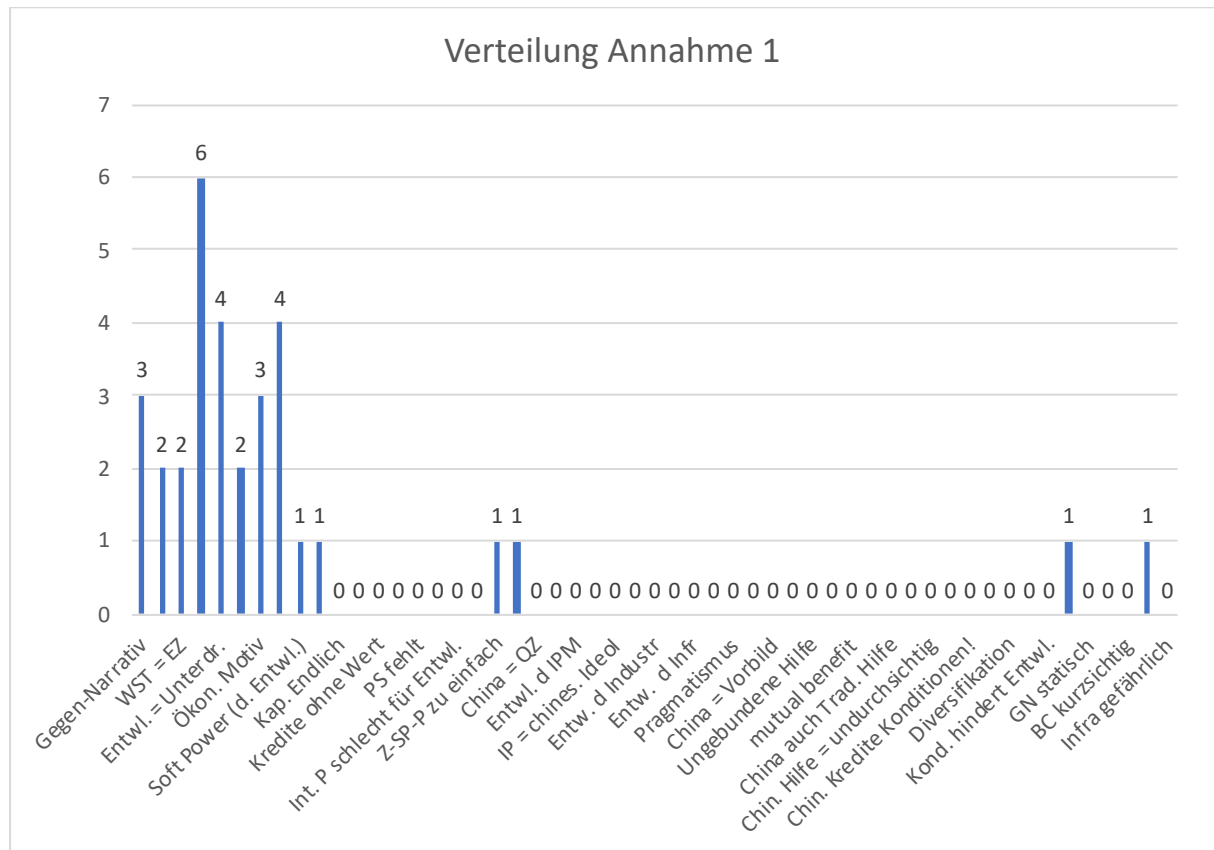


Diagramm 3

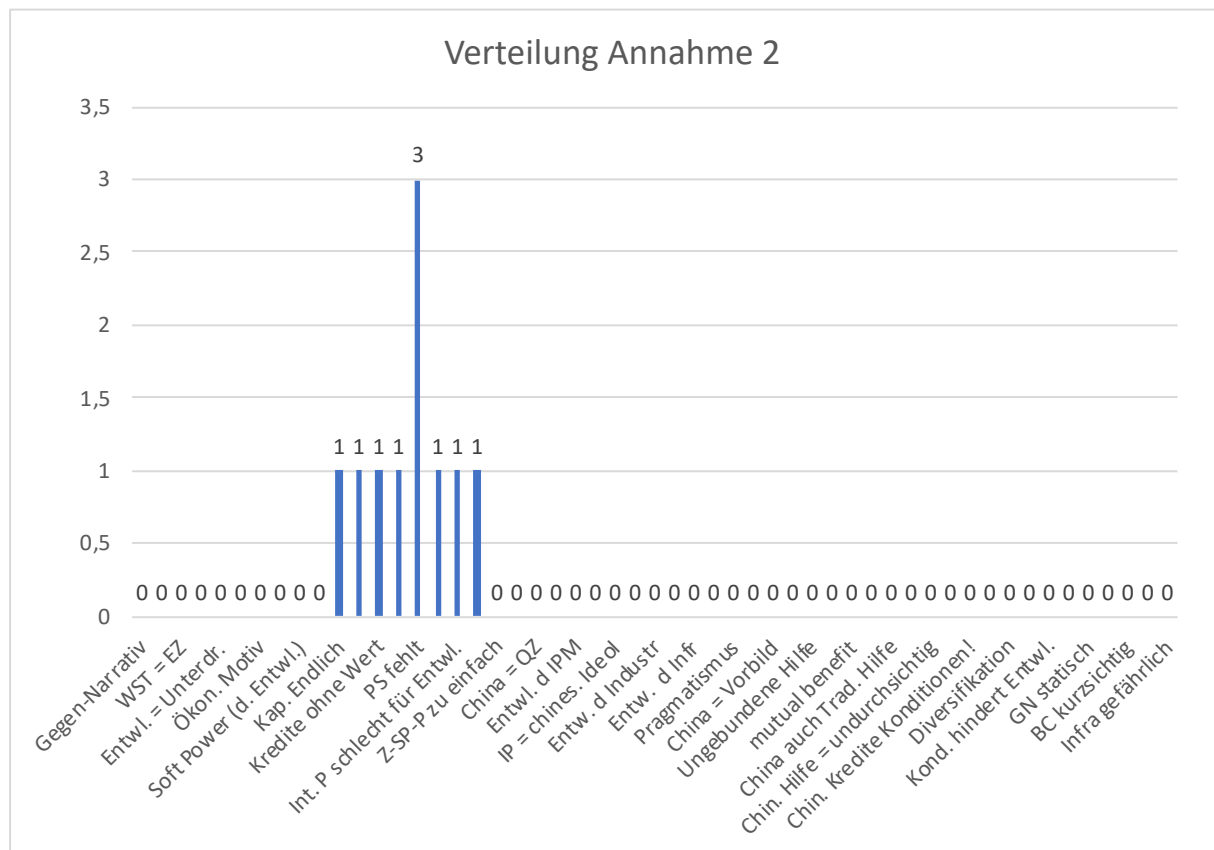


Diagramm 4

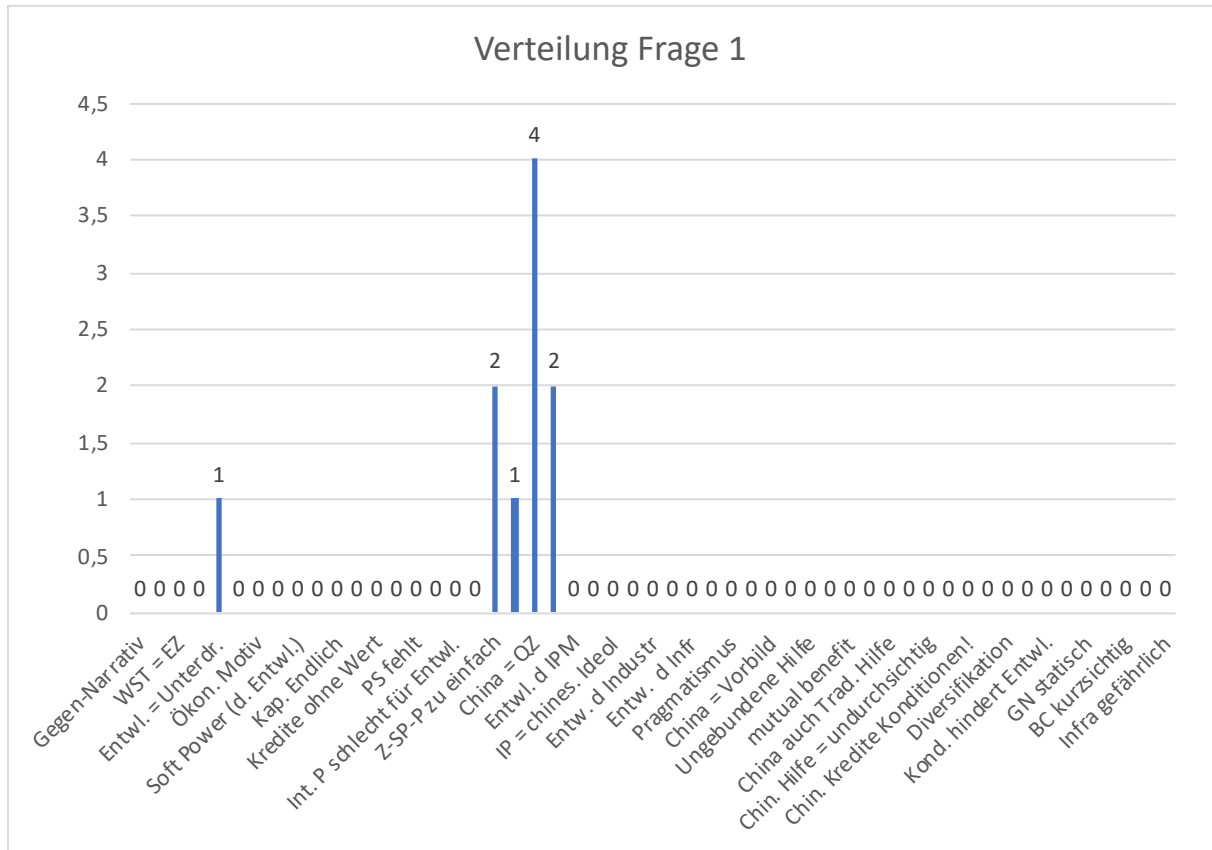


Diagramm 5

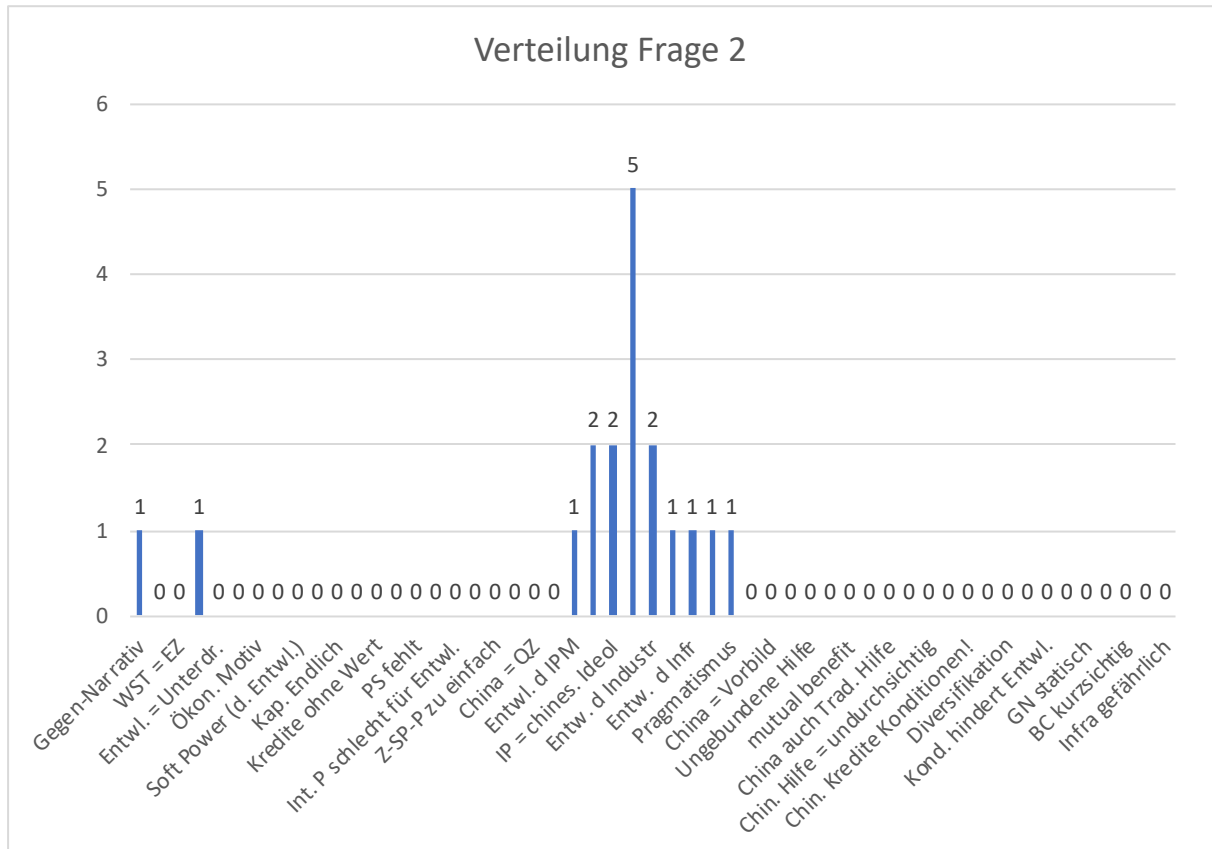


Diagramm 6

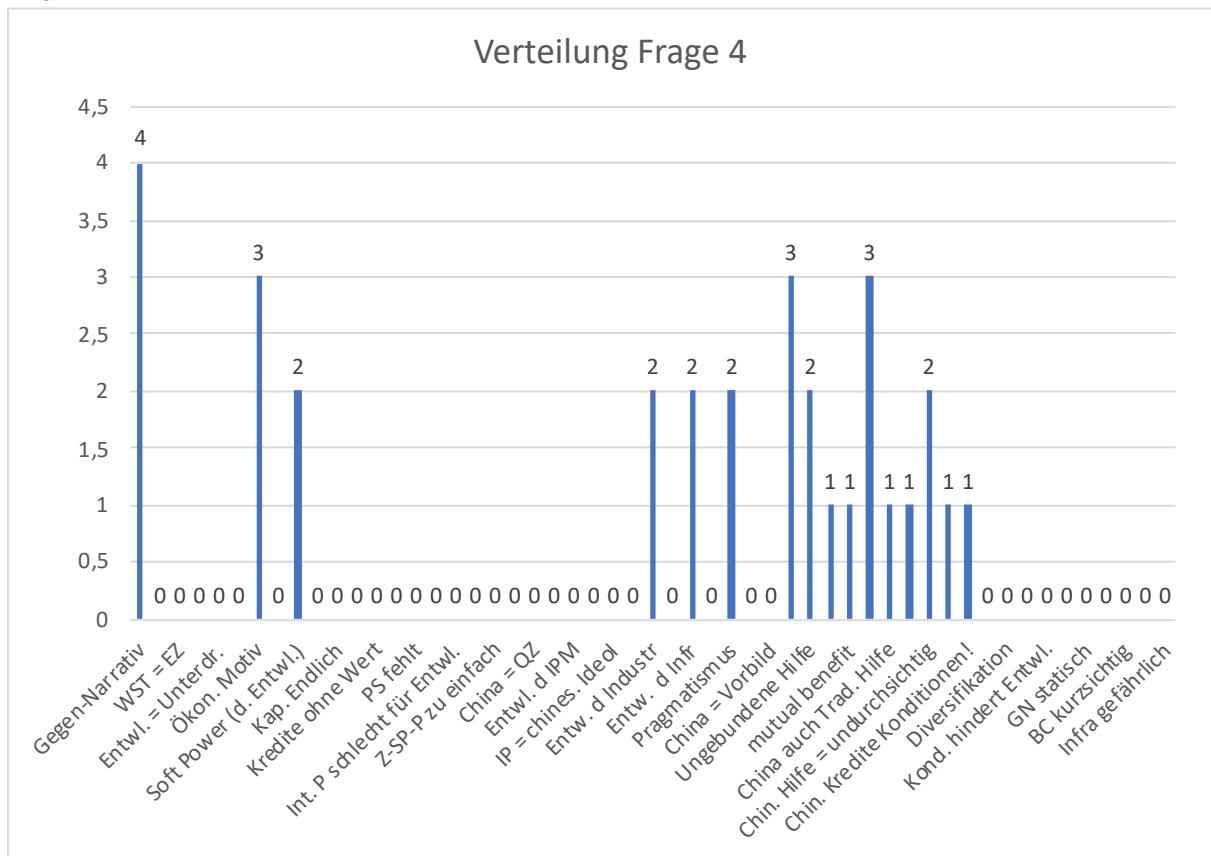


Diagramm 7

